

**Marcus Scheiblecker, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly,
Julia Bock-Schappelwein, Elisabeth Christen, Werner Hölzl, Christine Mayrhuber,
Michael Peneder, Silvia Rocha-Akis, Stefan Schiman, Stefan Schönfelder, Franz Sinabell,
Egon Smeral, Thomas Url, Michael Weingärtler**

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2013: Nachwirkungen der Rezession 2008/09

Österreichs Wirtschaft im Jahr 2013: Nachwirkungen der Rezession 2008/09

2013 expandierte die heimische Wirtschaft um nur 0,4%. Dies war die schwächste Entwicklung seit der Rezession 2008/09, als die gesamtwirtschaftliche Produktion um 3,8% geschrumpft war. Sowohl das Investitionsvolumen als auch der Konsum der privaten Haushalte verringerten sich in realer Rechnung. Die Arbeitslosenquote stieg kräftig und erreichte mit 7,6% einen neuen Höchstwert. Die Inflationsrate verringerte sich, blieb jedoch im europäischen Vergleich relativ hoch.

Austria's Economy in 2013: the Aftershocks of the 2008-09 Recession

In 2013, Austria's economy grew by just 0.4 percent, the slowest growth rate since the recession of 2008-09 when overall production had shrunk by 3.8 percent. Both the investment volume and private household consumption declined in real terms. Unemployment rose sharply to a new height of 7.6 percent. Inflation weakened but was still relatively high compared to other European countries.

Kontakt:

Die einzelnen Kapitel werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet (E-Mail-Adressen jeweils am Kapitelende).

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Nach +3,2% im Jahr 2012 wuchs die Weltwirtschaft 2013 neuerlich um nur rund 3%. Die der Rezession 2008/09 folgende Wachstumsdelle wurde damit noch nicht überwunden. Das kräftige Wachstum in den Schwellenländern, das der Weltwirtschaft in den letzten Jahren starke Impulse verliehen hatte, verlor 2013 neuerlich an Dynamik, umfangreiche Kapitalabflüsse waren die Folge. Die Währungen der betroffenen Länder werteten deutlich ab, und die Zinssätze stiegen dort kräftig.

In den Industrieländern verstärkte sich das Produktionswachstum hingegen im Jahresverlauf. In den USA beschleunigte sich die Expansionsrate von Quartal zu Quartal, und im Euro-Raum konnte die hartnäckige Folgerezession überwunden werden. Auch die japanische Wirtschaft wuchs 2013 bei anhaltend schrumpfender Bevölkerung mit +1,5% relativ kräftig. In den für Österreichs Wirtschaft bedeutenden Ländern Ostmitteleuropas (MOEL 5) blieb das Wachstum wie im Vorjahr unter 1%, wenngleich auch hier eine stetige Zunahme der Dynamik festzustellen war.

Vor diesem Hintergrund wuchs der heimische Außenhandel laut VGR 2013 sehr verhalten. Der Export erhöhte sich real um nur 2,8% (Waren +2,6%, Dienstleistungen +3,1%). Die Schwäche des privaten Konsums und der Rückgang der Investitionen belasteten neben der heimischen Wirtschaftsentwicklung auch den Import, der real um nur 0,6% stieg (Waren +0,2%, Dienstleistungen +2,3%).

Die Nachfrageflaute und die trüben Wirtschaftsaussichten hinterließen deutliche Spuren in der Investitionsbereitschaft. Die Bruttoanlageinvestitionen verringerten sich 2013 real um 0,9%, nachdem sie bereits im Vorjahr kaum gewachsen waren (2012 +1,6%). Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen schrumpften (über -3%), aber auch die Nachfrage nach Bauinvestitionen war mit real +0,7% äußerst schwach (2012 +2,5%).

Aufgrund der nur geringen Steigerung der verfügbaren Einkommen schränkten die privaten Haushalte ihren Konsum leicht ein (real -0,2%), obwohl die Sparquote neuerlich sank (von 7,4% im Jahr 2012 auf 6,6%, den niedrigsten Wert seit dem Beginn

vergleichbarer Berechnungen 1995). Auch der öffentliche Konsum bot mit einem Wachstum von 0,1% keine Stütze für die Inlandsnachfrage.

Die Konjunkturschwäche und der Rückgang der Rohstoffpreise (vor allem Erdölprodukte) verringerten den Preisauftrieb in Österreich. Nach +2,4% im Jahr 2012 sank die Inflationsrate 2013 weiter auf 2%. Im Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes war sie jedoch recht hoch. Im gesamten Währungsgebiet stieg der harmonisierte Verbraucherpreisindex um 1,3% mit einer deutlichen Verlangsamung gegen Jahresende, während sich für Österreich eine Inflationsrate 2,1% ergab. In einigen Ländern des Währungsraumes zeigten sich sogar deflationäre Entwicklungen.

Der heimische Arbeitsmarkt litt unter der Konjunkturschwäche. Die Beschäftigung wuchs um lediglich 0,6% (+21.200) und damit langsamer als in den drei Jahren zuvor. Gleichzeitig war eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten (+26.600, +10% gegenüber dem Vorjahr), der Anstieg der Arbeitslosenquote (nach österreichischer Berechnungsmethode) beschleunigte sich (2012 +0,3 Prozentpunkte, 2013 +0,6 Prozentpunkte auf den neuen Höchstwert von 7,6%).

Die Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und verschiedene Sondereffekte (z. B. aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen oder der Abgeltungssteuer aus der Schweiz) ermöglichten trotz der Konjunkturschwäche eine Senkung des Budgetdefizits von 2,6% des BIP im Jahr 2012 auf 1,5%.

1. Gedämpftes Wachstum der Weltwirtschaft, steigende Risiken auf den Finanzmärkten

Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamte sich 2013 abermals leicht (+3,0%, 2012 +3,2%, 2011 +3,8%), übertraf aber weiterhin die Dynamik des Welthandels, die sich allerdings verstärkte (+2,7%, 2012 +1,9%). Diese unübliche Konstellation ging mit der ausgeprägten Konjunkturschwäche in vielen europäischen Ländern einher, die den Welthandel aufgrund des hohen Gewichtes des innereuropäischen Handels relativ stark beeinflusst.

1.1 Geldpolitik prägt Wechselkurse

Wichtige geldpolitische Maßnahmen und Ankündigungen prägten 2013 die Entwicklung der Wechselkurse: Die stärkste Abwertung verzeichnete unter den Währungen der Industrieländer der japanische Yen. Sie erfolgte zwischen Ende 2012 und Mitte 2013 als Reaktion auf die Ankündigung einer massiven Geldmengenausweitung, mit der die Zentralbank die Deflationsspirale beenden will. Die Aufwertung des Euro hielt 2013 mit abgeschwächter Dynamik an, nachdem die Zentralbank der USA 2012 die Geldpolitik neuerlich gelockert und die EZB mit der Ankündigung von Offenmarkttransaktionen die europäischen Anleihenmärkte beruhigt hatte¹⁾, der Euro-Kurs stieg auf über 1,35 \$. Im Mai 2013 kündigte die Fed eine Straffung ihrer lockeren Geldpolitik an, worauf sich die Rendite von Bundesanleihen der USA mit einer Laufzeit von 10 Jahren beinahe verdoppelte (von 1,5% bis 2% auf 2,5% bis 3%). Dadurch ausgelöste Portfolio-Umschichtungen gingen mit hohen Kapitalabflüssen und Währungsschwankungen in Schwellenländern einher. Die Währungen der "fragilen Fünf" (Brasilien, Indien, Indonesien, Türkei, Südafrika) werteten stark ab, auch der russische Rubel verlor beständig an Wert. In Indien, Brasilien und der Türkei wiederholten sich damit die Wechselkursschübe der Vorjahre, allerdings in stärkerem Ausmaß. Der Kurs des südafrikanischen Rand setzte seinen Abwärtstrend fort. Dazu kam ein Wechselkurschock in Indonesien, das von den spekulativen Kapitalflüssen der letzten Jahre wohl am stärksten betroffen war.

1.2 Aktienkursboom in Industrieländern

Nachdem sich die Aktienpreise in den Industrieländern (MSCI World Index) und in den Schwellenländern (MSCI Emerging Market Index) in den Jahren 2010 bis 2012 weitgehend synchron entwickelt hatten, divergierten sie 2013 erheblich: Die Erho-

Japans expansive Geldpolitik drückte 2013 den Außenwert des Yen. Die Ankündigung einer weniger lockeren Politik in den USA zog Kapitalabflüsse aus einigen Schwellenländern nach sich.

¹⁾ Die Zinssätze der Euro-Länder sind seither mehrheitlich weiter gesunken.

lung an den Börsen seit Mitte 2012 mündete in den Industrieländern 2013 in einen Aktienkursboom (vor allem in den USA), in den Schwellenländern hingegen in einen Preistrückgang im Jahresverlauf. Diese historisch seltene Konstellation war zuletzt während der Asienkrise 1997/98 aufgetreten.

1.3 Angebots- und Nachfrageeffekte entlasten Rohölpreise

Die Preislücke zwischen Rohöl aus der Nordsee (Brent) und jenem aus dem Mittleren Westen der USA (West Texas Intermediate, WTI), die sich 2011 mit der Ausweitung des Angebotes an Schieferöl geöffnet hatte, blieb 2013 bestehen. Die Rohölpreise stiegen 2013 nicht, sondern schwankten in einer Bandbreite zwischen 95 \$ und 106 \$ (WTI) bzw. 102 \$ und 118 \$ (Brent) je Barrel, da einerseits die positiven Angebotseffekte in den USA anhielten und andererseits die weltweite Nachfrage weiterhin gedämpft blieb. In einigen Schwellenländern, insbesondere in China, wurde der Anstieg der Rohölnachfrage durch die Wachstumsverlangsamung merklich gebremst: In China wuchs das reale BIP 2013, wie schon 2012, um nur 7,7% und damit so schwach wie zuletzt 1998 und 1999.

1.4 USA: Vermögenseffekte überlagern Fiskalrestriktionen

Mit einem BIP-Wachstum von 1,9% im Jahr 2013 nach +2,5% 2010, +1,8% 2011 und +2,8% 2012 verläuft die Konjunkturerholung in den USA scheinbar wellenförmig (Abbildung 1). Die Wellentäler 2011 und 2013 gehen aber vor allem auf eine Einschränkung des öffentlichen Konsums zurück, die private Nachfrage wurde davon nur wenig beeinträchtigt. Der deutliche Rückgang der öffentlichen Nachfrage im IV. Quartal 2012, der sich als statistischer Überhang merklich in der Jahreswachstumsrate 2013 niederschlug, spiegelt Maßnahmen zur Vorbereitung auf die drohende Budgetkürzung wider. Diese wurde zwar letztlich entschärft, begleitete das Wirtschaftsgeschehen in den USA aber das ganze Jahr 2013 hindurch: Im Oktober 2013 mussten die Bundesbehörden für wenige Wochen ihren Dienst einstellen, da eine Budgeteinigung für das angebrochene Fiskaljahr nicht zustande kam. Gleichzeitig wurde ein drohender Konjunkturerbruch abgewendet, indem die Schuldengrenze noch rechtzeitig angehoben wurde. Die automatischen Budgetkürzungen, die Anhebung des höchsten Einkommensteuersatzes und der Kapitalertragsteuer sowie das Auslaufen der vorübergehenden Senkung der Sozialversicherungsbeiträge drückten das bundesstaatliche Defizit von 6,8% des BIP im Jahr 2012 auf 4,1% 2013. Der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates sank von -9,7% auf -7,3% des BIP.

Vermögenseffekte dürften 2013 stärker als in den Vorjahren zur Stützung des privaten Konsums beigetragen haben: Sowohl die Aktien- als auch die Immobilienpreise stiegen kräftig. Umgekehrt verringerte sich die Sparquote der privaten Haushalte erstmals seit 2010 merklich. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresverlauf 2013 unerwartet deutlich von 7,9% auf 6,7% zurück (Jahresdurchschnitt 7,4%), sodass die Zentralbank nun davon absieht, die Arbeitslosenquote als zentralen Maßstab für Zinsanhebungen zu verwenden. Die Erwerbsquote sank 2013 zwar nochmals leicht, gleichzeitig wuchs aber die Beschäftigung anhaltend dynamisch. Die Kapazitäten blieben unterausgelastet; die Kerninflationsrate gab im Jahresverlauf von 1,9% auf 1,7% leicht nach. Aufgrund der Energieverbilligung lag die Gesamtinflationsrate im Durchschnitt darunter (1,5%).

1.5 Japan: Erste Hinweise auf Ende der Deflationsphase

Die Yen-Abwertung erzeugte im 1. Halbjahr 2013 einen Schub für den japanischen Export, der im 2. Halbjahr rasch abflaute. Die Jahresinflationsrate war mit 0,4% vor allem deshalb positiv, weil die Energiepreise abwertungsbedingt und wegen des erhöhten Importbedarfes (Drosselung der Atomstromproduktion) stiegen. Aber auch der langjährige Negativtrend der Kerninflationsrate ging zu Ende; gleichzeitig gewannen die Investitionen im II. Quartal an Kraft. Das reale BIP stieg 2013 um 1,5%.

1.6 Euro-Raum: Einseitiger Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte belastet die Binnennachfrage

Im Durchschnitt der EU 28 stagnierte die Wirtschaftsleistung 2013 (+0,1%), nachdem sie 2012 noch geschrumpft war (-0,4%). Im Euro-Raum war sie weiterhin rückläufig

2013 ergab sich eine seltene Divergenz der Aktienpreise: In den Industrieländern stiegen die Indizes stark, in den Schwellenländern gingen sie tendenziell zurück.

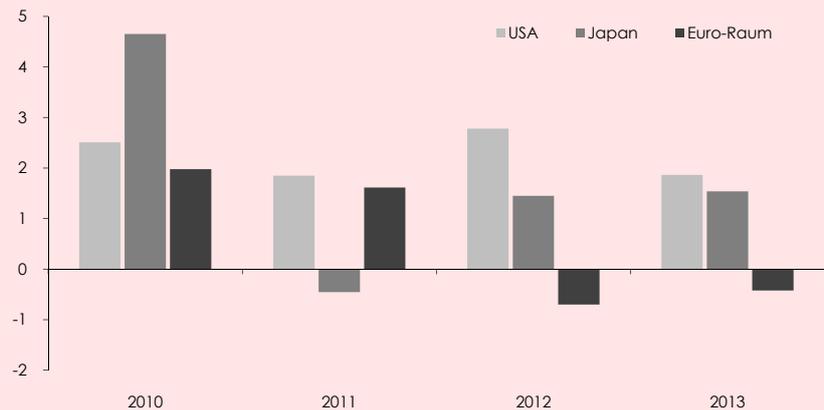
Die USA verringerten ihr Budgetdefizit 2013 deutlich. Der Aktienkursboom und ein kräftiger Anstieg der Immobilienpreise stabilisierten aber den privaten Konsum, die Sparquote nahm ab. Der Rückgang der Arbeitslosenquote beschleunigte sich.

Nach den abwertungsbedingten Exportzuwächsen im 1. Halbjahr 2013 zogen die Investitionen in Japan ab dem II. Quartal an. In der zweiten Jahreshälfte begann die Kerninflationsrate leicht zu steigen.

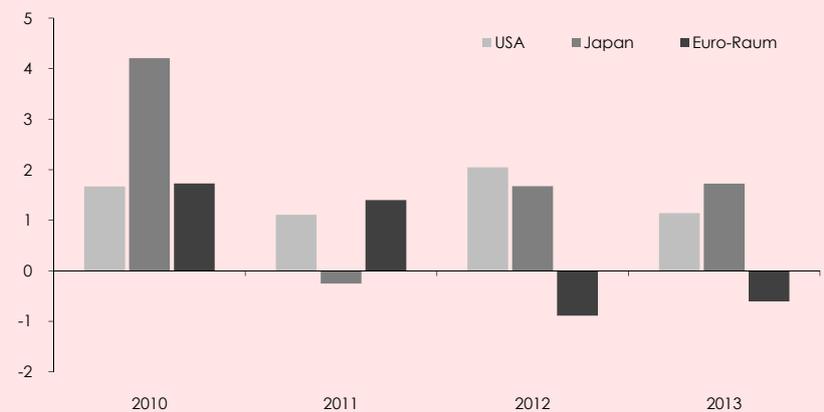
(-0,4%), wenn auch weniger stark als 2012 (-0,7%). Am kräftigsten wuchs das BIP in Lettland, Rumänien und Litauen (zwischen +3,3% und +4,1%). Auch in Großbritannien, Polen und Schweden war das Wachstum robust. Am stärksten rückläufig war die Wirtschaftsleistung erstmals nicht in Griechenland (-3,9%), sondern in Zypern (-5,4%). Deutliche Einbußen erlitt auch Italien (-1,9%); ferner schrumpfte das BIP in Finnland, Portugal, Spanien, Tschechien, Slowenien, den Niederlanden, Kroatien und Irland. In den meisten Ländern verbesserte sich die Konjunktur im Jahresverlauf, im IV. Quartal wurden überwiegend Zuwächse erzielt.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum und BIP pro Kopf ausgewählter Länder

BIP, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



BIP, real pro Kopf, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Eurostat, OECD, WIFO-Berechnungen.

Der prozyklische Rückgang des öffentlichen Konsums ging 2013 zu Ende. Die Budgetkonsolidierung hielt insgesamt an.

Während in den USA die Schwäche der öffentlichen Nachfrage das Wachstum antizyklisch bremste, lieferten die öffentlichen Haushalte in der EU wieder tendenziell positive Impulse, sodass die Konjunkturlaute anders als 2011 und 2012 nicht prozyklisch verstärkt wurde. Die Staatsausgaben wuchsen insgesamt aber langsamer als die Wirtschaftsleistung, und die Quote der Staatseinnahmen stieg, sodass sich die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fortsetzte. Der Finanzierungssaldo verbesserte sich im Durchschnitt des Euro-Raumes daher von -3,7% des BIP 2012 auf -3,1% 2013; besonders deutlich sank das Defizit in Spanien (von 10,6% auf 7,2% des BIP). In Griechenland wurde die anhaltend starke Konsolidierung durch zusätzliche Ausgaben für Bankenrekapitalisierungen in der Höhe von 11,0% des BIP überdeckt, sodass das Gesamtdefizit von 9,0% 2012 auf 13,2% zunahm. In der zweiten Jahreshälfte 2013 begann die Binnennachfrage in der EU insgesamt und im Euro-Raum wieder leicht zu steigen.

Die EZB setzte 2013 ihren expansiven geldpolitischen Kurs fort. Die beiden Leitzinssenkungen (von 0,75% auf 0,5% im Mai 2013 und auf 0,25% im November) hatten aber kaum realwirtschaftliche Auswirkungen und beeinträchtigten selbst den Auftrieb des Euro-Kurses gegenüber dem Dollar nicht. Die Zinspolitik verliert ihre Wirksamkeit aufgrund der Nullzinsschranke, die den Spielraum für weitere Zinssenkungen begrenzt. Für die Refinanzierungsbedingungen der Unternehmen spielte ohnehin jeweils die Situation des inländischen Bankensektors eine bedeutendere Rolle. In Spanien und Irland, deren Bankensektor weiterhin erheblich geschwächt ist, war die Kreditvergabe anhaltend rückläufig. Die Ineffektivität der zinspolitischen Maßnahmen wurde durch die Verlangsamung des Preisauftriebes und den daraus folgenden Anstieg der Realzinssätze verschärft. Der Rückgang der Inflationsrate im Euro-Raum ist nicht nur Ausdruck der gedämpften Rohstoffpreisentwicklung, sondern auch der hohen Unterauslastung: Die Kerninflationsrate verringerte sich im Jahresverlauf von 1,5% auf 0,9%, die gesamte Inflationsrate von 2,0% auf 0,8% (Jahresdurchschnitt jeweils 1,3%).

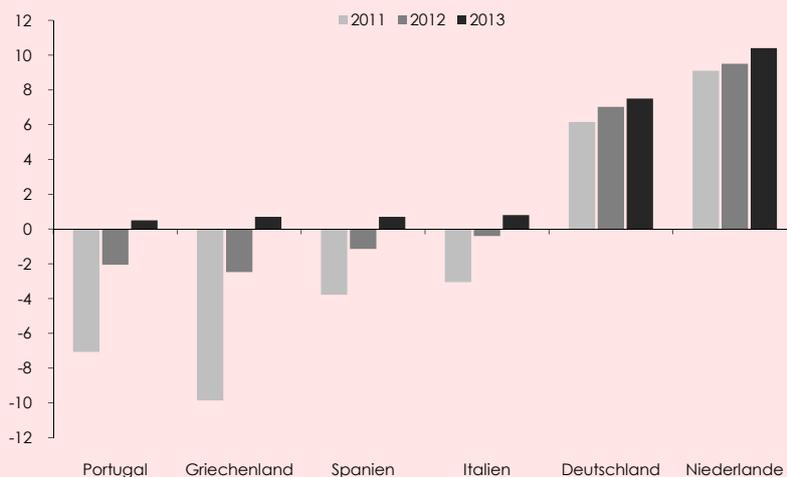
Vor dem Hintergrund der zu geringen Kapazitätsauslastung stieg die Arbeitslosenquote in der EU Anfang 2013 auf einen Höchstwert von 10,9%; bis zum Jahresende ging sie nur leicht auf 10,7% zurück. Die Zahl der Beschäftigten sank 2013. Die Arbeitslosenquote Griechenlands übertraf jene Spaniens, flachte im Jahresverlauf aber ab und betrug im Dezember schließlich 27,5% (Spanien 25,8%). Sehr hoch mit steigender Tendenz war die Quote in Kroatien (Dezember 17,3%) und Zypern (16,9%), rückläufig in Portugal (15,3%).

Die Leitzinssenkungen der EZB hatten aufgrund der Nullzinsschranke kaum Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Da die Inflation nachließ, stiegen die Realzinssätze für Unternehmen und Haushalte.

EU-weit erreichte die Arbeitslosenquote 2013 einen Höchststand. Die Leistungsbilanzsalden der Peripherieländer stiegen, während sich Deutschlands Überschuss weiter erhöhte.

Abbildung 2: Leistungsbilanz ausgewählter Länder

In % des BIP



Q: IWF.

Der beträchtliche Leistungsbilanzüberschuss der Niederlande und Deutschlands vergrößerte sich 2013 weiter (auf 10,4% bzw. 7,5% des BIP), die strukturbedingte Schwäche der Binnennachfrage in diesen Ländern hielt demnach an (Abbildung 2). Italien, Spanien, Portugal und Griechenland erwirtschafteten hingegen erstmals einen Außenhandelsüberschuss.

Stefan Schiman (Stefan.Schiman@wifo.ac.at)
Statistik: Martha Steiner (Martha.Steiner@wifo.ac.at)

2. Konjunkturrückschlag in Österreich

Der Erholungsprozess nach der Rezession der Jahre 2008/09 wurde 2012 unterbrochen. Auch im 1. Halbjahr 2013 wuchs die Wirtschaft noch sehr gedämpft. Im weiteren Jahresverlauf war eine schrittweise Zunahme der Dynamik festzustellen. Für das gesamte Jahr 2013 ergab sich dennoch ein Wirtschaftswachstum von nur 0,4%.

Die internationale Konjunkturschwäche des Jahres 2012 übertrug sich 2013 auf die österreichische Binnennachfrage. Die ungünstige Entwicklung auf dem heimischen Arbeitsmarkt und damit verbunden der Einkommen ließ den Konsum der privaten Haushalte erstmals seit 1997 wieder zurückgehen. Besonders zögerlich entwickelte sich die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern. Der reale Rückgang des Konsums der privaten Haushalte um 0,2% war eher auf die mäßige Einkommensentwicklung als auf verstärkte Sparbemühungen zurückzuführen: Die Sparquote sank 2013 auf 6,6%, den niedrigsten Stand seit Beginn der Erfassung vergleichbarer Werte 1995. Vor der Krise hatte sie noch Werte von über 11% erreicht.

Übersicht 1: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Laut ESVG 1995, real

	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,4	- 0,1
Private Haushalte ¹⁾	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2
Staat	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Bruttoinvestitionen	+ 0,9	+ 12,2	- 1,2	- 4,1
Bruttoanlageinvestitionen	- 1,4	+ 8,5	+ 1,6	- 0,9
Ausrüstungen	+ 2,1	+ 14,3	+ 2,1	- 3,1
Bauten	- 3,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,7
Inländische Verwendung	+ 1,3	+ 3,2	± 0,0	- 0,9
Exporte	+ 9,4	+ 6,6	+ 1,2	+ 2,8
Importe	+ 9,1	+ 7,6	- 0,3	+ 0,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Auch der Konsum der öffentlichen Haushalte entwickelte sich im Vorjahr sehr schwach und lieferte der heimischen Konjunktur keinerlei Impulse. Die anhaltenden Konsolidierungsbemühungen des Staates zur Senkung des Defizits erlaubten nur eine äußerst geringe Ausweitung um real 0,1% (2012 +0,2%).

Übersicht 2: Inländische Verwendung

Laut ESVG 1995, zu laufenden Preisen

	2013 Mrd. €	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	313,20	+ 2,0
Minus Exporte	179,91	+ 2,5
Plus Importe	165,36	- 0,2
Inländische Verwendung	298,65	+ 0,5
Konsumausgaben insgesamt	231,29	+ 1,7
Private Haushalte ¹⁾	172,32	+ 2,0
Staat	58,97	+ 1,1
Bruttoinvestitionen	67,33	- 3,3
Bruttoanlageinvestitionen	66,17	+ 0,5
Ausrüstungen	24,39	- 2,7
Bauten	35,62	+ 2,6
Vorratsveränderung ²⁾	1,16	
Statistische Differenz	0,03	

Q: WIFO. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Das Anhalten der Rezession im Euro-Raum und die damit verbundenen skeptischen Konjunkturerwartungen heimischer Unternehmen belasteten die Investitionsbereitschaft erheblich. Die Bruttoanlageinvestitionen verringerten sich 2013 real um 0,9%. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen schrumpften um über 3% (2012 +2,1%). Sowohl die Ausgaben für Fahrzeuge als auch jene für Maschinen und Elektrogeräte waren rückläufig.

Die geringe Investitionsbereitschaft zog auch den Wirtschaftsbau in Mitleidenschaft. Die Nicht-Wohnbauinvestitionen blieben, nach der kräftigen Steigerung 2012 um real über 4%, 2013 um 0,4% unter dem Vorjahresniveau. Hingegen zogen die Wohnbauinvestitionen 2013 mit +2,3% deutlich an (2012 +0,2%). Insgesamt stiegen die Bauinvestitionen 2013 real um nur 0,7% (2012 +2,5%).

2.1 Anstieg des Außenbeitrages aufgrund der Impor schwäche

Der Wert der gesamten Ausfuhr laut VGR wuchs 2013 mit +2,5% ebenso schwach wie 2012. Aufgrund des Rückganges der Exportpreise im Warenhandel ergab sich in realer Rechnung hingegen eine Beschleunigung des Exportwachstums auf 2,8% (2012 +1,2%).

Sowohl preisbereinigt als auch gemessen am Wert war der größte Exportanstieg auch 2013 in den Dienstleistungen der Kategorie "sonstige marktbestimmte Güter" zu beobachten (real +4,1%, nominell +5,6%). Der Reiseverkehrsexport entwickelte sich hingegen 2013 gedämpft (real +0,5%, 2012 +0,8%).

Die ungünstige internationale Wirtschaftslage ließ die Preise im Außenhandel deutlich sinken. Die Warenimportpreise gaben wegen des Rückganges der Rohstoffpreise stärker nach als die Exportpreise, sodass sich die Terms-of-Trade verbesserten. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich in der Folge gegenüber 2012 von 7,3 Mrd. € auf rund 8,5 Mrd. €.

Übersicht 3: Verteilung des Nettonationaleinkommens

Zu laufenden Preisen

	2013 Mrd. €	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	158,63	+ 2,8
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	120,74	+ 1,2
Produktionsabgaben minus Subventionen	33,82	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	313,20	+ 2,0
Primäreinkommen an die übrige Welt	29,76	- 4,6
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	27,25	- 7,0
Bruttonationaleinkommen	310,69	+ 1,8
Minus Abschreibungen	51,12	+ 3,4
Nettonationaleinkommen	259,57	+ 1,5
Laufende Transfers an die übrige Welt	6,13	+ 16,3
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	2,67	- 2,9
Verfügbares Nettonationaleinkommen	256,11	+ 1,2

Q: WIFO.

Übersicht 4: Außenhandel, Zahlungsbilanz

	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+ 16,7	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,5
Real	+ 13,6	+ 8,1	+ 0,8	+ 2,7
Importe, Waren				
Nominell	+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	- 1,5
Real	+ 11,7	+ 8,6	- 1,3	+ 0,2
Terms-of-Trade	- 1,5	- 3,0	- 1,4	+ 0,6
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	- 4,3	- 9,2	- 8,4	- 4,6
In % des BIP	- 1,5	- 3,1	- 2,7	- 1,5
Leistungsbilanz				
Mrd. €	+ 9,74	+ 4,90	+ 7,33	+ 8,45
In % des BIP	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,7

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO.

2.2 Abermals geringes Wachstum der heimischen Warenproduktion

Die Flaute der Auslandsnachfrage und der Binnenkonjunktur belastete in erster Linie die besonders konjunkturreaktive heimische Warenproduktion. Die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereiches erhöhte sich 2013 wie im Vorjahr real um nur 1,2%, die Beschäftigung stagnierte bei rückläufigem Arbeitsvolumen.

Übersicht 5: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Laut ESVG 1995, real

	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 2,8	+ 13,9	- 8,0	- 1,4
Bergbau	- 3,2	+ 8,2	- 2,4	- 3,5
Herstellung von Waren	+ 7,8	+ 8,3	+ 1,2	+ 1,2
Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	- 3,8	+ 2,1	+ 9,7	+ 12,7
Bauwesen	- 3,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,2
Handel	+ 2,2	+ 1,3	- 1,7	- 1,4
Verkehr	- 3,1	+ 1,9	- 1,0	- 0,6
Beherbergung und Gastronomie	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,6	- 2,2
Information und Kommunikation	- 1,8	+ 6,3	- 1,5	- 2,0
Kredit- und Versicherungswesen	- 3,4	+ 3,5	+ 2,7	± 0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,7
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 3,5	+ 4,4	+ 0,8	+ 0,4
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ³⁾	+ 1,8	+ 3,2	+ 0,8	+ 0,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O bis Q). – ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

In der Wertschöpfung des Handels schlug sich der Ausfall der Konsumnachfrage der privaten Haushalte deutlich nieder (2013 real -1,4%, 2012 -1,7%). Unter dem Vorjahresniveau blieb die Wertschöpfung auch im Verkehrswesen, der Beherbergung und Gastronomie sowie dem Informations- und Kommunikationswesen. Die Bauwirtschaft stagnierte 2013 nahezu (+0,2%).

Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,6
Exportpreise Waren	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,7	- 1,1
Importpreise Waren	+ 4,3	+ 6,2	+ 2,1	- 1,7
Weltmarktrohstoffpreise (auf Dollarbasis)	+ 28,9	+ 28,6	- 2,8	- 1,9
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 1,2	- 2,1	- 1,1	+ 0,5
Waren	- 1,5	- 3,0	- 1,4	+ 0,6
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 2,0	+ 3,9	+ 4,0	+ 2,9
Je Beschäftigungsverhältnis laut VGR	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1

Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Mit dem Nachgeben der Rohstoffpreise sank die Inflationsrate in Österreich 2013 weiter auf 2,0% (2011 +3,3%, 2012 +2,4%). Inflationsdämpfend wirkte vor allem die Entwicklung der Treibstoffpreise, während die Kategorien "Wohnung, Wasser, Energie" und "Nahrungsmittel" die höchsten Preissteigerungsraten aufwiesen. Der EU-weit harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg in Österreich 2013 um 2,1%; dies war die vierthöchste Inflationsrate unter den 18 Euro-Ländern (nach Estland, Finnland und den Niederlanden). Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) war mit 2,3% gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Das geringe Wirtschaftswachstum des Jahres 2013 beeinträchtigte auch den heimischen Arbeitsmarkt. Das Stellenangebot wurde schwächer ausgeweitet als in den Jahren zuvor, die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten stieg um nur 0,6% nach +1,4% 2012 und +1,9% 2011. Die Zuwächse konzentrierten sich auf den Bereich der wenig konjunktur reagiblen Dienstleistungen, während die Beschäftigung in der Warenproduktion stagnierte.

Das Angebot an Arbeitskräften wuchs wie in den vergangenen Jahren nahezu ungebrochen. Zum einen hielt der Trend einer Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen an, zum anderen dämpfte die Einschränkung des Zuganges zur Frühpension die Zahl der Pensionsantritte, und auch der Zustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland blieb aufrecht. Die Ausweitung der Beschäftigung reichte nicht aus, um das erhöhte Angebot an Arbeitskräften vollständig zu absorbieren, sodass die Zahl der Arbeitslosen um 26.600 Personen zunahm. Die Arbeitslosenquote stieg nach österreichischer Berechnungsmethode von 7,0% im Jahr 2012 auf 7,6%. Die EU-weit harmonisierte Arbeitslosenquote lag 2013 bei 4,9% und war damit weiterhin die niedrigste in der gesamten EU.

Übersicht 7: Arbeitsmarkt, Lohnstückkosten, Produktivität

		2010	2011	2012	2013
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Arbeitskräfteangebot					
Erwerbspersonen ¹⁾		+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4
Unselbständige ²⁾		+ 0,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3
Arbeitslosenquote ³⁾	in %	6,9	6,7	7,0	7,6
Arbeitskräftenachfrage					
Aktiv Erwerbstätige ⁴⁾		+ 1,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6
Ausländische Arbeitskräfte		+ 4,6	+ 8,3	+ 7,8	+ 5,6
Unselbständig Beschäftigte, Herstellung von Waren ⁵⁾		- 1,3	+ 1,7	+ 1,1	- 0,0
Geleistete Arbeitsstunden, Herstellung von Waren ⁶⁾		+ 1,6	+ 1,4	+ 0,6	- 1,2
Beschäftigungsquote ⁷⁾	in %	65,4	66,2	66,9	67,3
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft (laut VGR)		± 0,0	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,4
Herstellung von Waren		- 6,9	- 3,0	+ 3,0	+ 2,0
Produktivität					
Gesamtwirtschaft					
BIP je Erwerbstätigen (laut VGR)		+ 1,0	+ 1,0	- 0,5	- 0,2
BIP je geleistete Arbeitsstunde (laut VGR)		+ 1,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,3
Herstellung von Waren					
Produktion je geleistete Arbeitsstunde (laut VGR)		+ 6,1	+ 6,9	+ 0,6	+ 2,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienner) + Selbständige + Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte + Arbeitslose. – ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁴⁾ Arbeitskräfteangebot ohne Arbeitslose. – ⁵⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁶⁾ Laut VGR. – ⁷⁾ Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

2.3 Budgetkonsolidierung bei ungünstiger Konjunkturlage

Trotz der ungünstigen Konjunkturlage gelang es 2013, das Defizit der öffentlichen Haushalte zu verringern. Während die Staatsausgaben um nur 1,2% ausgeweitet wurden, erhöhten sich die Einnahmen um 3,4%. Neben der deutlichen Zunahme der Steuereinnahmen waren dafür auch Sondereffekte bestimmend (Abgeltungssteuer aus der Schweiz). In der Folge verringerte sich das Budgetdefizit des Gesamtstaates auf 1,5% des BIP (2012: 2,6%). Der Schuldenstand blieb nahezu unverändert bei einer Quote von 74,5% des BIP (2012: 74,4%).

Marcus Scheiblecker (Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at)
 Statistik: Christine Kaufmann (Christine.Kaufmann@wifo.ac.at)

3. EZB bietet weiter Ersatz für ausbleibende Interbankkredite

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) war auch 2013 von den Folgewirkungen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise geprägt. Im März 2013 wurde der Liquiditätsmangel zypriotischer Kreditinstitute öffentlich bekannt, der von Verlusten aus Wertberichtigungen für griechische Staatsanleihen herrührte. Besonders gefährdet waren die zwei größten Institute des Landes, die Bank of Cyprus und die Laiki Bank. Beide hatten nur mehr im Rahmen des Emergency-Liquidity-Assistance-Programms (ELA) Zugang zu Finanzierungsmitteln. Den Höhepunkt erreichte die Zypernkrise am 21. März 2013, als die EZB mitteilte, innerhalb der ELA keine weiteren Mittel für zypriotische Banken bereitzustellen, sofern nicht ein Rettungsplan mit der EU und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbart wäre. Unter diesem Druck kam am 25. März 2013 eine Übereinkunft mit der EU und dem IWF über eine Kredithilfe im Ausmaß von 10 Mrd. € zustande. Gleichzeitig wurden alle Spareinlagen über einem Wert von 100.000 € direkt zur Sanierung der Kreditinstitute herangezogen. Die Laiki Bank wurde zerschlagen und ging in der Bank of Cyprus auf. Vor dem Abschluss des Rettungsplanes sah die zypriotische Regierung die Gefahr einer Kapitalflucht und war gezwungen Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, die Geldinstitute zu schließen und die Abhebung von Bargeld von Bankomaten auf 100 € pro Tag zu beschränken.

Die Zypernkrise belebte auch wieder die Diskussion über die Target-2-Salden. Mit 510 Mrd. € war die Deutsche Bundesbank Ende 2013 der Hauptgläubiger innerhalb des Zahlungsverkehrssystems des Euro-Raumes vor den Zentralbanken von Luxemburg (104 Mrd. €), den Niederlanden (46,1 Mrd. €) und Finnland (26,4 Mrd. €). Die größten Schuldner im Target-2-System waren mit den Zentralbanken von Italien (229,1 Mrd. €), Spanien (213,7 Mrd. €), Portugal (59,6 Mrd. €), Irland (55,7 Mrd. €) und Griechenland (51,1 Mrd. €) die Krisenländer im Euro-Raum. Österreich folgte an 6. Stelle mit Target-2-Schulden von 40,2 Mrd. €. Als Erklärung für die Ausweitung der Target-2-Salden identifiziert Auer (2014)²⁾ den Zusammenbruch der privaten Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten. Nach dem Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 flossen private Einlagen nur zu einem geringen Teil aus den Krisenländern ab, ein Großteil der Kapitalflucht erfolgte durch den Rückzug der Kreditinstitute aus der grenzüberschreitenden Finanzierung über den Interbankenmarkt. Damit verbunden war eine Verlagerung ihrer Veranlagungen von Emissionen der Kreditinstitute zu besonders sicheren Staatsanleihen. Die EZB übernahm auch 2013 die Finanzierungsrolle von privaten Marktteilnehmern und setzte die volle Zuteilung von Liquidität in den Wertpapierpensionsgeschäften fort. Sie erweiterte auch die pensionsfähigen Wertpapiere um Titel mit höherem Risiko. Dadurch entstanden in den dezentralen Bilanzen des Eurosystems Ungleichgewichte. Wie *Cecchetti – McCauley – McGuire* (2012)³⁾ in einer Detailanalyse der Transaktionen der beteiligten Kreditinstitute zeigen, waren auch Kreditinstitute mit Hauptsitz außerhalb der Europäischen Währungsunion für die Ausweitung der Target-2-Salden mitverantwortlich. Vor allem britische Institute befürchteten offenbar einen Zerfall der Währungsunion und verringerten daher besonders 2012 ihre Nettogläubigerposition gegenüber den Krisenländern. Bei Austritt eines Mitgliedslandes wären zuvor in Euro denominierte Forderungen mit entsprechenden Kursverlusten in die neue hypothetische Währung umgewandelt worden. Die britischen Kreditinstitute blieben zwar Gläubiger von z. B. spanischen Schuldnern, finanzierten diese Kredite aber ab Mitte 2012 vermehrt über die lokalen Zentralbanken. Durch die gleichzeitige Veranlagung erheblicher Beträge in deutschen Bundesanleihen schwoll der Target-2-Überschuss Deutschlands allein im I. Quartal 2012 um nahezu 100 Mrd. € an (*Cecchetti – McCauley – McGuire, 2012*). Insgesamt milderte die EZB mit der unlimitierten Finanzierung der Kreditinstitute in den Krisenländern den Druck auf eine sofortige Anpassung der Außenwirtschaftsungleichgewichte. Dadurch blieb dort das Zinsniveau niedrig, und der Konjunkturab-

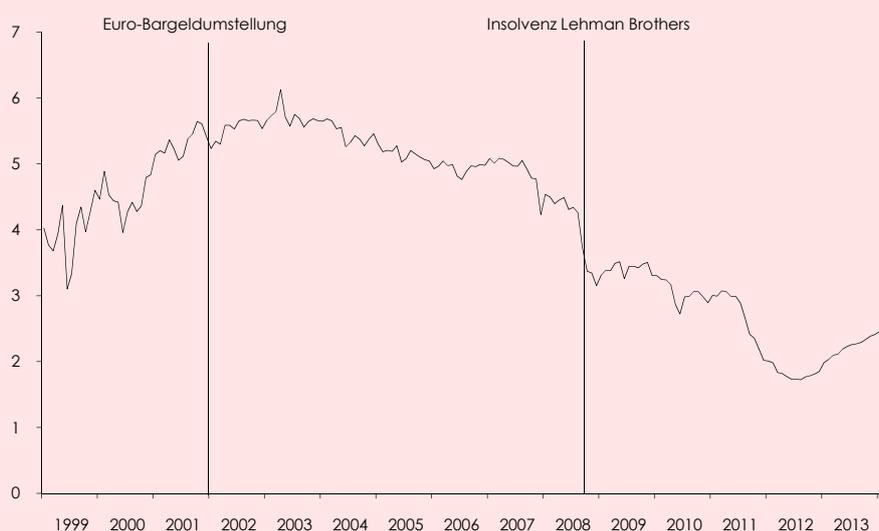
²⁾ Auer, R. A., "What Drives Target2 Balances?", *Economic Policy*, 2014, 29(77), S. 139-197.

³⁾ Cecchetti, S. G., McCauley, R. N., McGuire, P. M., "Interpreting Target2 Balances", *BIS Working Papers*, 2012, (393).

schwung verlief milder als z. B. während einer typischen Zahlungsbilanzkrise wie in Thailand 1997/98.

Die EZB behielt die während der Finanzmarktkrise neu entwickelten Instrumente – Long Term Refinancing Operations (LTRO), Covered Bond Purchase Programme, Securities Market Programme und das Covered Bond Purchase Programme 2 – 2013 weiter im Einsatz. Sie gab im November 2013 bekannt, die vollständige Zuteilung der Liquiditätswünsche von Kreditinstituten in der Offenmarktpolitik zum geltenden niedrigen Zinssatz zumindest bis Juli 2015 unverändert beizubehalten. Da sich die Lage auf dem europäischen Interbankenmarkt im Jahresverlauf entspannte und einige Kreditinstitute die zugeteilten Mittel aus den dreijährigen LTRO-Operationen vorzeitig zurückzahlten, verringerte sich die Bilanzsumme der EZB im Jahresabstand um 23%. Die fortschreitende Normalisierung der Lage ist auch am Verhältnis zwischen der Geldmenge M3 und der Bilanzsumme der EZB zu erkennen (Abbildung 3), das zeigt, wie weit die expansive Zuteilung der EZB tatsächlich vom Kreditwesen aufgenommen wird. 2012 floss noch ein Großteil der zusätzlichen Liquidität von den Kreditinstituten unmittelbar in die Einlagen in der EZB. Dadurch blieben die Offenmarktoperationen ohne Wirkung auf die Geldmenge und verlängerten ausschließlich die Bilanz der Zentralbank.

Abbildung 3: Verhältnis zwischen der Geldmenge M3 und der Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank



Q: EZB.

Wie Abbildung 3 zeigt, stabilisierte sich die Relation zwischen M3 und der EZB-Bilanzsumme nach den ersten Turbulenzen in der Einführungsphase des Euro-Bargeldes auf einem Wert von durchschnittlich 5,3. Mit dem Einsetzen der Finanzmarktkrise ab Mitte 2007 begann sie zu sinken und erreichte Mitte 2012 einen Tiefstwert. Seit Herbst 2012 steigt die Relation wieder; Ende 2013 lag sie mit 2,4 immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die Entwicklung der Geldmengenaggregate im Euro-Raum trug zu dieser Korrekturbewegung nur wenig bei. Mit +5,5% gegenüber dem Jahresendstand 2012 wuchs die Geldmenge M1 im Euro-Raum am stärksten, M2 erhöhte sich um 2,4%, M3 dagegen um nur 0,5%. Auch 2013 bestand demnach großer Bedarf an liquiden Mitteln wie z. B. Bargeld- und Sichteinlagen, während gebundene Einlagen, Geldmarktpapiere und Bankschuldverschreibungen, auch wegen des weiterhin niedrigen Zinsniveaus, wenig nachgefragt wurden. Die erwähnte Steigerung der Relation zwischen der Geldmenge M3 und der Bilanzsumme der EZB geht also überwiegend auf die Bilanzverkürzung zurück.

Die Inflationsrate lag im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt 2013 mit 1,4% deutlich unter dem Zielwert der EZB von knapp unter 2% jährlich. Im Jahresverlauf verringerte sie sich von einem hohen Niveau aus kontinuierlich. Diese Entwicklung verstärkte wieder

die Diskussion über Deflationstendenzen in der europäischen Wirtschaft. Innerhalb des Euro-Raumes verzeichneten Ende 2013 Griechenland und Zypern einen Rückgang der Verbraucherpreise. Das niedrige Geldmengen- und Kreditwachstum, die deutliche Unterschreitung des Inflationszieles und die schwachen Stimmungsindikatoren des Frühjahrs 2013 veranlassten die EZB, die Leitzinssätze herabzusetzen. Anfang Mai 2013 senkte die EZB den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 0,25 Prozentpunkte auf 0,5% und Anfang November weiter auf 0,25%. Der Zinssatz für die Einlagenfazilität wurde bereits Mitte 2012 auf 0% gesetzt, seither erhalten Kreditinstitute für ihre Einlagen in der EZB keine Zinsgutschriften mehr.

Auf dem Geldmarkt hatten beide Zinssenkungsschritte über alle Laufzeiten keine Auswirkung. Im Jahresdurchschnitt ergab sich 2013 dennoch ein leichter Rückgang gegenüber 2012, weil die kurzfristigen Zinssätze Anfang 2012 noch deutlich über den Werten am Jahresende gelegen waren. Die Kundenzinssätze reagierten in Österreich nur teilweise auf die Zinsschritte der EZB. Der Zinssatz für Wohnbaukredite und Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen ging im Jahresverlauf um etwa 45 Basispunkte zurück. Im Gegensatz dazu hielten die Kreditinstitute den Zinssatz für Konsumentenkredite angesichts der höheren Kreditnachfrage annähernd konstant.

Die tägliche Festlegung des Referenzzinssatzes für Geldmarktzinssätze im Euro-Raum durch die Mitglieder des Euribor-Panels geriet 2012 erstmals in Verruf, Barclays wurde von der Europäischen Kommission zu einer Strafzahlung verurteilt. Danach wurden die Untersuchungen über Manipulationen bei der Festlegung des Referenzzinssatzes auf andere Geldinstitute ausgeweitet. Die Europäische Kommission verurteilte im Herbst 2013 weitere sechs große internationale Investmentbanken zu einer Strafzahlung von insgesamt 1,7 Mrd. €. Drei weitere Banken werden von der Kommission der Teilnahme an den Manipulationen des Euribor verdächtigt; zusätzlich initiierte die Kommission eine Untersuchung über Manipulationen bei der Festlegung von Referenzkursen auf Devisenmärkten.

Die Kreditinstitute des Euro-Raumes schätzen weiterhin festverzinsliche Staatsanleihen aus den Kernländern des Euro-Raumes als attraktive Alternative zu Einlagen in der EZB und änderten 2013 in Summe ihre Veranlagung in festverzinslichen Anlagen kaum. Die Nachfrage anderer Wirtschaftssektoren blieb ebenfalls ungebrochen. Dementsprechend niedrig blieb 2013 die Rendite auf Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren aus Deutschland (1,6%) oder Österreich (2%). Im Mai kündigte der Gouverneur der Federal Reserve Ben Bernanke an, dass das Anleiheankaufprogramm der Fed auslaufen wird. In der Folge begannen die Renditen auf Staatsanleihen weltweit zu steigen. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in den Schwellenländern, weil internationale Investoren mit Dollarkrediten finanzierte Investitionen in den Schwellenländern rückabwickelten. Erst im Herbst beruhigten sich die Märkte wieder, und die Renditen sanken in Europa auf breiter Front.

Die Aktienmärkte schlossen 2013 an die gute Entwicklung des Vorjahres an (Abbildung 4). Unter den großen Börsen stach Tokio mit einem Kursgewinn von knapp 55% hervor; in New York und Frankfurt zogen der NYSE- und der DAX-Index jeweils um 21% an. Während in Japan die koordiniert expansive Geld- und Fiskalpolitik für den lange fehlenden Schwung an der Börse sorgte, war in Europa und den USA die Kombination aus lockerer Geldpolitik und verbessertem Konjunkturoptimismus für die Kurssteigerung bestimmend. Die deutschen Börsen profitierten von guten Umfragewerten über das Geschäftsklima überdurchschnittlich; in Wien fiel hingegen der Kursgewinn deutlich geringer aus (+6%). Die Schwäche der Finanzdienstleister mit einem großen Gewicht im Wiener Index wirkte sich 2013 negativ auf die Entwicklung des Gesamtmarktes aus. Im Zuge von acht Kapitalerhöhungen wurden insgesamt 1,6 Mrd. € an Eigenkapital über die Wiener Börse aufgebracht. Die Wiener Börse steigerte ihren Gesamtumsatz nach dem Tiefpunkt des Jahres 2012 um 7,4%, schloss damit aber nicht an das Transaktionsvolumen des Jahres 2011 an.

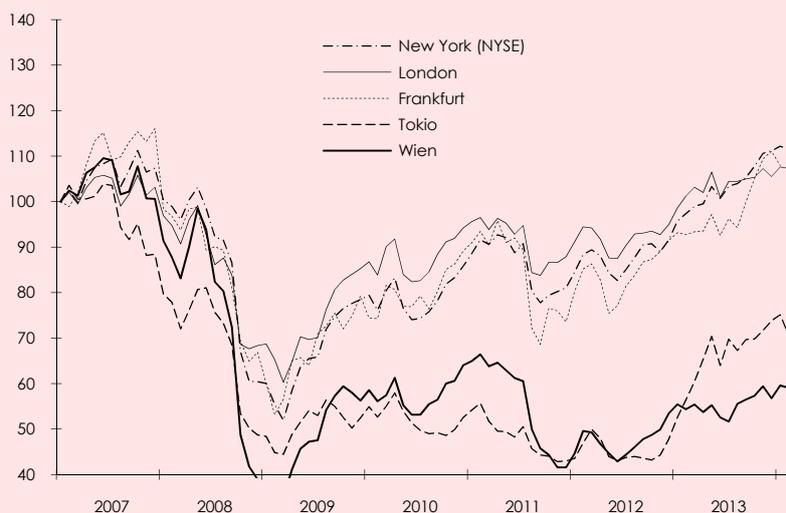
3.1 Sowohl nominelle als auch reale Aufwertung

Der nominell-effektive Wechselkurs zeigt die Änderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den wichtigsten Handelspartnern Österreichs. Mit einer Aufwertung um 1,7% gegenüber dem Jahr 2012 wurde die nominelle Abwertung des Vor-

jahres (-1,5%) annähernd korrigiert. Der Wechselkurs ist gegenüber dem Großteil der Handelspartner durch den Euro fixiert, daher dominiert die Entwicklung des Dollar die Bewegungen des nominellen Wechselkurses. Der Euro wertete gegenüber dem Dollar 2013 um 3,3% auf. Österreich wertete gegenüber nahezu allen Handelspartnern auf. Besonders groß waren die Kursbewegungen gegenüber Japan (+27%), Südafrika (+22%), Indonesien (+15%) und Brasilien (+14%). Real effektiv – also bereinigt um die Inflationsunterschiede zwischen Österreich und dem jeweiligen Handelspartner – fiel die Aufwertung 2013 mit +2% etwas höher aus.

Abbildung 4: Internationale Börsenindizes

Jänner 2007 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

3.2 Weitere Erfolge um einheitliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute

Im März 2013 erzielten das Europäische Parlament und die Europäische Kommission im Rahmen des Trilogs eine Einigung über den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus für europäische Kreditinstitute durch die EZB. Die entsprechenden Rechtsakte wurden fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman im Oktober 2008 veröffentlicht (EU-Verordnungen Nr. 1024/2013 und 1022/2013). Die Länder des Euro-Raumes übertragen ihre Aufsichtsfunktionen für Kreditinstitute damit an die EZB. Die anderen EU-Länder können am Einheitlichen Aufsichtsmechanismus ebenfalls teilnehmen und hätten in diesem Fall in den entsprechenden Aufsichtsgremien als gleichwertige Mitglieder Sitz und Stimme. Die EZB soll vor allem eine einheitliche Anwendung des geltenden Regelwerkes zur Beaufsichtigung von Kreditinstituten gewährleisten. Eine direkte Beaufsichtigung von Kreditinstituten durch die EZB erfolgt jedoch nur für Unternehmensgruppen mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder mehr als 20% des heimischen BIP oder für Gruppen, die direkt öffentliche Mittel von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Anspruch nehmen. Kleinere Kreditinstitute werden weiterhin von den nationalen Behörden bzw. Institutionen beaufsichtigt, diese Behörden unterliegen jedoch der Beobachtung durch die EZB. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Beaufsichtigung auf hohem Niveau kann die EZB jederzeit auch kleinere Kreditinstitute direkt beaufsichtigen. Für Kreditinstitute aus EU-Ländern außerhalb des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus gelten weiterhin die bestehenden Regeln zur gemeinsamen Beaufsichtigung durch die Behörden des Heimat- und des Gastlandes in Colleges. Im Fall von direkt durch die EZB beaufsichtigten Kreditinstituten übernimmt die EZB die Rolle des Heimatlandes. Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus soll Ende 2014 wirksam werden.

Am 12. Dezember 2013 wurde der Abschluss einer Trilog-Vereinbarung über eine EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten verlautbart. Die Richtlinie

gilt für alle EU-Länder und soll künftig massive staatliche Beihilfen für Kreditinstitute mit Liquiditätsproblemen vermeiden. Kreditinstitute müssen in Zukunft der Aufsicht bereits vorab Sanierungspläne vorlegen. Zusätzlich kann die Aufsichtsbehörde bereits in einem frühen Stadium von Schwierigkeiten im Kreditinstitut Interventionen setzen. Falls ein Kreditinstitut trotzdem in unlösbare Liquiditätsprobleme geraten sollte, werden in Zukunft sowohl Aktionäre als auch Gläubiger zur Abwicklung beitragen müssen. Ein teilweiser Ausschluss von der Haftung ist für private Sparguthaben vorgesehen: Während Guthaben bis zu 100.000 € vollständig garantiert sein werden, sollen private Einlagen über 100.000 € nur bevorzugt behandelt werden. Falls die Haftungssummen der Aktionäre und Gläubiger nicht ausreichen sollten, stehen Mittel aus nationalen Abwicklungsfonds zur Verfügung. Die nationalen Abwicklungsfonds sollen in einer Übergangsphase von acht Jahren mit Beiträgen der Kreditinstitute von 1% der garantierten Spareinlagen aufgebaut werden. Die Höhe der Beitragszahlungen in den Abwicklungsfonds soll vom Risiko im Portfolio des Kreditinstitutes abhängig sein. Während der Übergangsphase bleibt der Fonds in nationalen Abteilungen; erst nach acht Jahren gehen die nationalen Abteilungen in einen gegenseitigen Fonds der Teilnehmerländer auf. Der Abwicklungsfonds soll nationale Einrichtungen zur Garantie von Spareinlagen ersetzen.

Im Juli 2013 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag für einen Einheitlichen Mechanismus zur Bankenabwicklung, der nur für jene Kreditinstitute gelten soll, die dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus unterliegen. Mit der einheitlichen Bankenabwicklung sollen Kreditinstitute in ernsthaften Liquiditätsproblemen rasch und mit geringen Kosten für die öffentliche Hand geschlossen werden können. Dazu dient ein neu zu schaffender Ausschuss für die einheitliche Abwicklung aus Vertretern der EZB, der Europäischen Kommission und der zuständigen nationalen Behörden (Ministerien und Aufsichtsbehörden). Dieser Ausschuss entscheidet, ob das betroffene Kreditinstitut systemrelevant ist. Falls keine private Lösung möglich erscheint, legt der Ausschuss ein Konzept für die Abwicklung fest, das der Europäische Rat ablehnen kann. Die nationalen Behörden müssen dem Konzept des Ausschusses folgen und werden während der Abwicklung vom Ausschuss beobachtet. Dem Ausschuss stehen dafür mittelfristige Finanzierungen aus dem erwähnten EU-weiten Bankenabwicklungsfonds zur Verfügung.

Die österreichischen Kreditinstitute beschleunigten 2013 die Verringerung ihrer Bilanzsumme (Übersicht 8). Diese Anpassung konzentrierte sich auf die inländischen Zwischenbankforderungen und die Auslandsaktiva. Die inländischen Direktkredite schrumpften nur geringfügig und behaupteten damit ihre Stellung als bedeutendste Komponente auf der Aktivseite der Bankbilanz. Allerdings divergierte die Entwicklung zwischen dem Unternehmens- und dem Haushaltssektor: Während die Kredite an Unternehmen leicht abnahmen, zogen die Ausleihungen an Privathaushalte etwas an. Die öffentliche Hand nutzte auch 2013 verstärkt die günstigen Finanzierungsbedingungen auf dem österreichischen Kapitalmarkt und baute das Kreditvolumen zügig ab. Entsprechend den Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken aus dem Jahr 2011 vergaben die österreichischen Kreditinstitute auch 2013 keine neuen Fremdwährungskredite an Privathaushalte; dadurch nahm der ausstehende Betrag an Fremdwährungskrediten um knapp 16% ab. Der Bestand an Euro-Krediten überschritt hingegen knapp das Vorjahresniveau.

Die gespaltene Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum schlägt sich auch in der Kreditnachfrage nieder. Während das Kreditvolumen im gesamten Euro-Raum um 3,8% abnahm, verzeichnete Österreich eine leichte Zunahme, die sich auf die Wirtschaftsbereiche Sachgütererzeugung, Bauwesen, Verkehrswirtschaft sowie das Beherbergungs- und Wohnungswesen konzentrierte. Der Handel und die Energieversorger reagierten auf die schwierigen Geschäftsbedingungen 2013 mit einer zögerlichen Kreditnachfrage. Trotz der schwachen Kreditnachfrage wurde die Dynamik in der Kreditvergabe 2013, wie Umfrageergebnisse zeigen, auch auf der Angebotsseite gehemmt. Kleine und mittlere Unternehmen meldeten eine Verschlechterung der Verfügbarkeit von Bankkrediten im Jahresverlauf, weil der Konjunkturabschwung eine strengere Gestaltung der Sicherheitserfordernisse zur Folge hatte und die Zusatz- und Nebenvereinbarungen in den Kreditverträgen anhaltend restriktiv gehandhabt

wurden. Diese Tendenz bestätigen auch Umfragen unter Kreditmanagern, die erst im Oktober 2013 eine Stabilisierung der Kreditstandards signalisierten.

Übersicht 8: Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	2000	2005	2010	2012	2013	2000	2005	2010	2012	2013	2010	2012	2013
	Mrd. €					Anteile an der Bilanzsumme in %					Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Aktiva													
Inländische Zwischenbankforderungen	88,7	105,6	170,6	162,6	148,8	15,8	14,6	17,4	16,6	16,0	-13,8	-10,7	- 8,5
Inländische Wertpapiere	53,0	60,1	85,2	78,6	75,6	9,4	8,3	8,7	8,0	8,1	- 1,7	- 4,9	- 3,9
Direktkredite	224,9	263,3	311,1	319,4	315,6	40,0	36,3	31,8	32,5	34,0	+ 2,9	+ 0,0	- 1,2
An den öffentlichen Sektor	28,7	29,4	27,2	28,8	26,8	5,1	4,1	2,8	2,9	2,9	+ 4,1	- 3,9	- 7,0
An Unternehmen	112,3	109,3	133,3	138,1	137,4	20,0	15,1	13,6	14,1	14,8	+ 2,4	+ 0,8	- 0,5
An private Haushalte	75,0	104,9	128,4	132,7	132,9	13,3	14,5	13,1	13,5	14,3	+ 5,9	+ 0,7	+ 0,2
Euro-Kredite	185,4	210,1	253,8	273,1	276,5	33,0	29,0	25,9	27,8	29,8	+ 1,5	+ 3,7	+ 1,3
Fremdwährungskredite	39,5	53,2	57,3	46,4	39,0	7,0	7,3	5,9	4,7	4,2	+ 9,6	-17,1	-15,8
Auslandsaktiva	157,8	245,9	319,0	303,6	283,7	28,0	33,9	32,6	30,9	30,5	- 5,5	- 5,4	- 6,6
Passiva													
Inländische Zwischenbankverpflichtungen	101,0	120,1	178,3	174,8	153,5	18,0	16,6	18,2	17,8	16,5	-16,1	- 9,2	-12,2
Sichteinlagen	34,5	58,1	87,0	107,2	116,8	6,1	8,0	8,9	10,9	12,6	+ 2,9	+13,7	+ 9,0
Termineinlagen	18,3	22,1	34,2	28,8	30,1	3,3	3,0	3,5	2,9	3,2	+ 5,6	-16,4	+ 4,5
Spareinlagen	119,7	136,9	156,2	156,2	151,7	21,3	18,9	16,0	15,9	16,3	- 1,7	- 0,5	- 2,9
Fremdwährungseinlagen	3,3	3,7	4,2	4,2	4,5	0,6	0,5	0,4	0,4	0,5	+24,7	+ 7,0	+ 5,3
Eigene Inlandsemissionen	64,7	84,1	158,3	142,7	137,4	11,5	11,6	16,2	14,5	14,8	- 2,1	- 6,7	- 3,7
Auslandspassiva	174,8	234,8	238,4	235,1	208,5	31,1	32,4	24,4	23,9	22,4	- 4,4	- 6,4	-11,3
Bilanzsumme	562,7	725,7	978,6	982,1	929,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	- 4,9	- 3,2	- 5,4

Q: OeNB.

Die Verringerung der Finanzierungserfordernisse im österreichischen Kreditwesen wirkte sich vor allem in einem Abbau der Zwischenbankverpflichtungen und der Auslandspassiva aus, aber auch die eigenen Inlandsemissionen wurden zurückgenommen (Übersicht 8). Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und der verhaltenen Entwicklung der verfügbaren Einkommen sank die Sparquote 2013 auf einen neuen Tiefstwert von 6,5%; damit verbunden war eine Abwärtsbewegung der Spareinlagen, die durch einen Aufbau der sehr liquiden Sichteinlagen überkompensiert wurde. Die flexiblere Veranlagung privater Haushalte erschwerte zwar eine stabile Refinanzierung des österreichischen Kreditwesens; dennoch bauten die österreichischen Kreditinstitute ihren Bestand an Ausleihungen bei der EZB innerhalb der Long-Term Refinancing Operations (LTRO) mit 3-jähriger Laufzeit vorzeitig ab. Insgesamt waren Ende 2013 noch etwa 590 Mrd. € der ursprünglich um die Jahreswende 2011/12 von der EZB zur Verfügung gestellten LTRO von 1.018 Mrd. € im Umlauf. Ähnlich rückläufig waren die Beträge in den beiden Covered-Bond-Purchase-Programmen (zusammen 53 Mrd. €) und im Securities-Market-Programm (176 Mrd. €).

Die Kreditinstitute bauten ihre Eigenmittel im Vorjahresvergleich um 0,9% auf. Zum Jahresende 2013 betrug die öffentlichen Beteiligungen an Kreditinstituten in Form von Partizipationskapital und Gesellschafterzuschüssen gemäß FinStaG insgesamt 7,4 Mrd. €; weitere 2,6 Mrd. € wurden bereits an Verlusten realisiert, und 4,4 Mrd. € waren an Bundeshaftungen ausständig. Die inländischen Kreditinstitute erzielten Mitte 2013 eine harte Kernkapitalquote entsprechend der Basel-III-Definition von 11,6% der risikogewichteten Veranlagungen. Im europäischen Vergleich lag diese Quote nach wie vor im unteren Drittel. Die höchste Kernkapitalquote verzeichneten Kreditinstitute aus Luxemburg, Estland, Dänemark und Rumänien. Mit Ausnahme Sloweniens waren die ostmitteleuropäischen Institute vergleichsweise gut kapitalisiert.

Die beiden Zinssenkungsschritte der EZB wirkten sich sowohl auf die Zinserträge (-17%) als auch auf die Zinsaufwendungen (-26%) des österreichischen Kreditwesens aus. Mit 8,8 Mrd. € blieb aber der Nettozinsenertrag gegenüber dem Vorjahr konstant. Druck auf das Ergebnis entstand auch durch deutliche Einbußen der Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen (-18%) und durch das volatile Ergebnis aus Finanzgeschäften (-21%), das 2013 nach dem erfolgreichen Vorjahr wieder durchschnittlich ausfiel. Um knapp ein Fünftel stiegen die sonstigen Erträge der Kreditinstitute.

Insgesamt lagen die Betriebserträge etwas unter dem Niveau des Vorjahres (-0,8%). Die größte Aufwandsposition im Kreditwesen sind die Personalkosten, sie zogen 2013 um 4,2% an, obwohl der Tariflohnindex für das Kreditwesen im Jahresdurchschnitt um nur 2,7% stieg. Wegen hoher sonstiger betrieblicher Aufwendungen wuchsen die Betriebsaufwendungen insgesamt um 5,3%, sodass das Betriebsergebnis um ein Zehntel unter dem Vorjahreswert lag. Überdurchschnittlich hohe erwartete Wertberichtigungen für Kreditrisiken und Verluste aus Wertpapieren bzw. Beteiligungen drückten das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und den Jahresüberschuss auf ein Viertel des Vorjahreswertes. Die Eigenkapitalrendite ging dementsprechend auf 0,8% zurück. Die Erhöhung der Stabilitätsabgabe in Form eines Sonderbeitrages (BGBl. I Nr. 22/2012) hob die Steuereinnahmen – trotz des Gewinnrückganges – über den Vorjahreswert. Das Aufkommen des Sonderbeitrages fließt ausschließlich dem Bund zu und speist den "Fonds für Maßnahmen gemäß FinStaG". Die Mittelverwendung ist für Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes zweckgebunden. Im Kreditwesen waren in Österreich 2013 etwa 77.700 Personen beschäftigt, das entsprach 66.100 Vollzeitäquivalenten.

Thomas Url (Thomas.Url@wifo.ac.at)

Statistik: Ursula Glauninger (Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

4. Wachstumsimpulse für die Exportwirtschaft

Die internationalen Rahmenbedingungen für den österreichischen Außenhandel verbesserten sich im Jahresverlauf 2013 stetig und waren auch zum Jahresende 2013 günstig. Kräftige Impulse für die Weltwirtschaft kamen aus den USA und China, aber auch die Konjunkturerholung in vielen Ländern Europas verstärkte sich zuletzt, wenngleich noch wenig dynamisch. Damit gewann der Welthandel im Jahresverlauf leicht an Schwung und expandierte 2013 im Vorjahresvergleich um 2,7%. Von diesem verbesserten Umfeld gingen 2013 auch Wachstumsimpulse für die österreichische Exportkonjunktur aus, die besonders im 2. Halbjahr 2013 auflebte. Gemäß den vorläufigen Werten von Statistik Austria lag der nominelle Wert der österreichischen Ausfuhr 2013 mit 125,4 Mrd. € um 1,5% über dem Vorjahresergebnis. Real erhöhten sich die Warenexporte um 2,7%. Die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage belastete den österreichischen Import, er wurde 2013 real um lediglich 0,2% ausgeweitet. Der kräftige Rückgang der Energie- und Erdölpreise schlug verstärkt auf den österreichischen Importpreis durch, sodass die Wareneinfuhr 2013 in nomineller Rechnung um 1,5% abnahm. Aufgrund der Importdämpfung und der Zunahme der Exporte verbesserte sich die Handelsbilanz 2013 deutlich um 3,9 Mrd. € auf ein Defizit von 4,6 Mrd. €. Die Importquote sank um 1,5 Prozentpunkte auf 41,5%, die Warenexportquote blieb mit 40,0% gegenüber dem Vorjahr annähernd unverändert.

Übersicht 9: Österreichs Außenhandel im Überblick

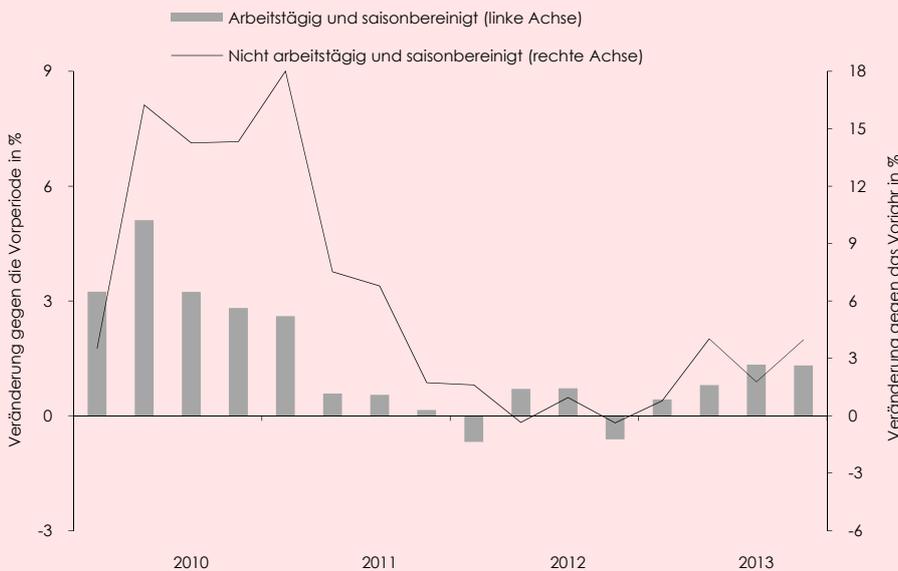
	Export			Import			Saldo		Terms-of-Trade ¹⁾		
	Werte		Real	Werte		Real	Werte	Veränderung gegen das Vorjahr			
	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Preise ¹⁾	Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Preise ¹⁾	Mrd. €	Mrd. €	In %		
2012	123,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,7	132,0	+ 0,7	- 1,3	+ 2,1	- 8,4	+ 0,8	- 1,4
2013	125,4	+ 1,5	+ 2,7	- 1,1	130,0	- 1,5	+ 0,2	- 1,7	- 4,6	+ 3,9	+ 0,6
2012, I. Quartal	30,7	+ 3,1	+ 2,1	+ 1,0	33,3	+ 3,8	+ 0,8	+ 3,0	- 2,5	- 0,3	- 1,9
II. Quartal	30,9	+ 0,4	- 0,3	+ 0,8	32,8	+ 0,7	- 1,5	+ 2,3	- 1,8	- 0,1	- 1,5
III. Quartal	30,9	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,5	32,8	- 0,7	- 2,7	+ 2,1	- 1,9	+ 0,8	- 1,6
IV. Quartal	31,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	33,1	- 0,8	- 1,8	+ 1,0	- 2,1	+ 0,4	- 0,6
2013, I. Quartal	30,5	- 0,6	+ 0,3	- 0,9	31,7	- 4,8	- 3,3	- 1,6	- 1,1	+ 1,4	+ 0,7
II. Quartal	31,8	+ 2,8	+ 4,2	- 1,3	32,2	- 1,8	+ 0,1	- 1,9	- 0,4	+ 1,5	+ 0,6
III. Quartal	31,0	+ 0,3	+ 1,7	- 1,4	33,0	+ 0,4	+ 2,6	- 2,1	- 2,0	- 0,1	+ 0,7
IV. Quartal	32,1	+ 3,6	+ 4,4	- 0,8	33,1	+ 0,1	+ 1,3	- 1,2	- 1,1	+ 1,1	+ 0,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Preise laut VGR.

Parallel zur verstärkten Konjunkturerholung in Europa in der zweiten Jahreshälfte gewann der österreichische Warenexport im Laufe des Jahres 2013 immer mehr an Kraft. Nach dem Rückgang im I. Quartal 2013 (-0,6% gegenüber dem Vorjahr) wuchs die nominelle Warenausfuhr im 1. Halbjahr 2013 (+1,1%) und im III. Quartal 2013 noch verhalten (+0,3%); erst im IV. Quartal zogen die Exporte deutlich an (+3,6%). Maßgebend waren dafür insbesondere die starken Nachfrageimpulse aus Großbritannien, China und den MOEL 5, vor allem aus Polen und Ungarn.

Abbildung 5: Entwicklung der realen Warenexporte laut VGR

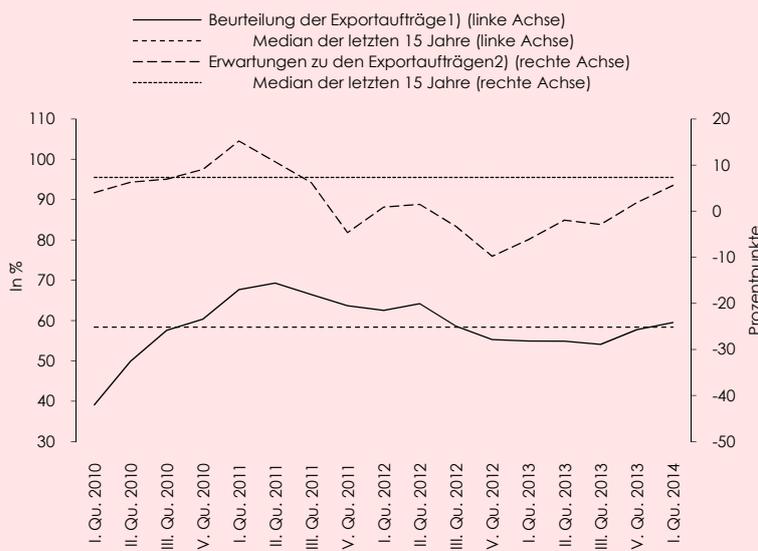
Mrd. €



Q: WIFO-Berechnungen basierend auf Daten von Statistik Austria.

Abbildung 6: Beurteilung und Erwartungen der österreichischen Sachgütererzeugung zu den Exportaufträgen

Saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. – 1) Anteil der Unternehmen, die ihre Exportaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen. – 2) Saldo aus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten einen Anstieg der Exportaufträge erwarten, und dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten einen Rückgang erwarten.

Die anhaltende Verbesserung der österreichischen Exportkonjunktur im Jahresverlauf 2013 spiegelt sich auch in der Entwicklung der realen arbeitstägig und saisonbereinigten Exportwerte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung: Wuchs die reale Ausfuhr im I. Quartal arbeitstägig und saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode um nur 0,4%, so gewann die Dynamik dank der Belebung des internationalen Umfeldes im III. und IV. Quartal an Schwung (jeweils +1,3%).

Übersicht 10: Entwicklung des Außenhandels nach Ländern und Regionen 2013

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung in Mrd. €
Intra-EU 28	68,8	+ 1,1	71,1	- 1,4	- 6,1	+ 2,3
Intra-EU 15	52,0	+ 1,0	56,8	- 1,8	- 8,6	+ 2,0
Deutschland	30,1	- 0,3	37,3	- 2,2	-10,7	+ 1,0
Italien	6,5	- 3,2	6,1	- 4,1	0,3	+ 0,1
Frankreich	4,7	+ 4,8	2,9	+ 1,2	2,1	+ 0,2
13 neue EU-Länder	16,8	+ 1,4	14,3	+ 0,0	2,5	+ 0,3
5 neue EU-Länder ¹⁾	13,5	+ 2,1	12,5	+ 0,5	0,6	+ 0,3
Tschechien	3,5	- 2,5	4,1	+ 8,9	- 1,0	- 0,5
Ungarn	3,1	+ 6,7	2,8	- 2,2	0,3	+ 0,3
Polen	2,9	+ 5,2	2,0	- 2,1	1,0	+ 0,2
Baltikum	0,4	+ 9,5	0,1	+ 4,6	0,3	+ 0,0
Bulgarien, Rumänien	1,9	- 6,5	1,2	+ 0,8	0,9	- 0,2
Extra-EU 28	31,2	+ 2,4	28,9	- 1,8	1,6	+ 1,6
Extra-EU 15	48,0	+ 2,1	43,2	- 1,2	4,1	+ 1,9
EFTA	5,9	+ 2,1	5,7	- 5,3	0,1	+ 0,6
Schweiz	5,1	+ 1,7	5,2	- 0,8	- 0,5	+ 0,2
MOEL ²⁾ , Türkei	6,0	+ 5,5	5,9	- 7,5	- 0,2	+ 1,0
Westbalkanländer ³⁾	0,9	- 2,2	0,6	+11,1	0,3	- 0,1
GUS	4,1	+ 8,4	4,4	-12,5	- 0,6	+ 1,2
Russland	2,8	+ 9,2	2,4	-22,2	0,3	+ 1,2
Nordafrika ⁴⁾	0,6	+11,7	0,7	-14,1	- 0,2	+ 0,2
NAFTA	6,8	+ 2,7	3,8	+ 5,6	3,5	- 0,0
USA	5,6	+ 1,9	3,3	+ 4,4	2,8	- 0,1
Südamerika	1,4	-14,3	0,7	- 9,4	0,9	- 0,2
Brasilien	0,7	-19,5	0,3	-14,5	0,5	- 0,1
Asien	9,0	+ 3,6	10,7	+ 1,1	- 2,7	+ 0,2
Japan	1,1	+ 2,5	1,3	- 4,1	- 0,4	+ 0,1
China	2,5	+ 3,5	5,2	+ 0,4	- 3,6	+ 0,1
Indien	0,5	+ 3,6	0,4	+ 3,5	0,1	+ 0,0
6 dynamische Volkswirtschaften in Asien ⁵⁾	2,3	- 2,8	1,8	+ 7,7	0,5	- 0,2
Euro-Raum (17 Länder)	51,8	+ 0,9	57,5	- 1,7	- 9,9	+ 1,8
OPEC	2,1	+10,4	2,1	- 7,5	0,0	+ 0,5
BRIC ⁶⁾	6,5	+ 2,7	8,4	- 7,9	- 2,8	+ 1,1
Schwarzmeerregion ⁷⁾	1,8	+ 3,4	1,8	+14,1	- 0,1	- 0,2
Insgesamt	100,0	+ 1,5	100,0	- 1,5	- 4,6	+ 3,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Westbalkanländer, GUS. – ³⁾ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – ⁴⁾ Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia. – ⁶⁾ Brasilien, Russland, Indien, China. – ⁷⁾ Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine.

Auch der WIFO-Konjunkturtest vom März 2014 bildet die steigende Zuversicht der österreichischen Exportunternehmen gegen Jahresende ab. Der Anteil jener Unternehmen, die ihre Exportaufträge als ausreichend oder mehr als ausreichend beurteilten, lag seit dem IV. Quartal 2012 unter dem langfristigen Durchschnitt (Median der letzten 15 Jahre) und ließ auch bis zum III. Quartal 2013 keine Aufwärtstendenz erwarten. Die Einschätzung der Unternehmen zur aktuellen Lage der Exportaufträge verbesserte sich erst im IV. Quartal 2013 deutlich und lag im I. Quartal 2014 erstmals wieder über dem langfristigen Durchschnitt. Auch die Erwartungen der heimischen Exportunternehmen zur Entwicklung der Auslandsaufträge in den kommenden Monaten waren gegen Jahresende zuversichtlicher. Der Saldo zwischen dem Anteil der Unternehmen, die einen Anstieg bzw. einen Rückgang der Exportaufträge erwarten, verbesserte sich seit Jahresbeginn trotz einer Dämpfung im III. Quartal 2013 merklich.

Erstmals seit dem II. Quartal 2012 überwogen Ende 2013 die positiven Erwartungen (Abbildung 6).

4.1 Export in die EU gesteigert, in Drittländer weiterhin robust

Die positiven Impulse für die österreichische Exportdynamik waren 2013 regional breit gestreut. Einerseits profitierten die Exporteure infolge der Konjunkturerholung direkt vom Anziehen der Importnachfrage der EU-Länder, vor allem in Großbritannien und den MOEL 5, andererseits weiterhin von der robusten Nachfrage in Drittländern, insbesondere den USA. Das Exportwachstum wurde zu etwa gleichen Teilen vom Handel mit Drittländern (+0,93 Mrd. €) und dem Handel mit EU-Ländern (+0,94 Mrd. €) getragen, wobei die Ausfuhr in den Extra-EU-Raum (+2,4%) kräftiger expandierte als der EU-Handel (+1,1%). Dynamisch wuchsen 2013 im Intra-EU-Raum die Exporte in die MOEL 5, vor allem nach Ungarn (+6,7%), Polen (+5,2%) und Slowenien (+8,2%), während sich die Ausfuhr nach Tschechien (IV. Quartal +3,9%, 2013 –2,5%) und in die Slowakei (IV. Quartal +2,8%, 2013 –5,9%) erst im IV. Quartal 2013 erholte. Auch die Lieferungen nach Irland (+109,3%)⁴⁾, Großbritannien (+5,0%) und Frankreich (+4,8%), Österreichs fünftwichtigstem Exportmarkt, wurden 2013 merklich ausgeweitet. Hingegen blieb der Export nach Deutschland auch gegen Jahresende sehr verhalten (IV. Quartal +0,1%) und war 2013 insgesamt erneut leicht rückläufig (–0,3%). Erstmals seit dem Ausbruch der europäischen Schuldenkrise stiegen im 2. Halbjahr 2013 auch die österreichischen Exporte nach Italien (+2,3%, 2013 –3,2%). Den größten positiven Beitrag zum Exportwachstum lieferten 2013 innerhalb der EU Irland, Frankreich, Großbritannien sowie Polen, Ungarn und Slowenien. Zu den Ländern mit den größten negativen Wachstumsbeiträgen zählten der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs Italien, das weiterhin unter dem Eindruck der Konjunkturschwäche und der Staatsschuldenkrise stand, sowie Rumänien und die Slowakei.

Die österreichische Ausfuhr in Drittländer stieg 2013 insgesamt um 2,4%, die Dynamik ließ allerdings im 2. Halbjahr deutlich nach, als die Nachfrage nach österreichischen Waren in der Schweiz (III. Quartal 2013 –11,1%) und den USA (–2,5%) einbrach. Insgesamt nahmen die Exporte in die Schweiz (+1,7%) und in die USA (+1,9%) 2013 aber zu. Im IV. Quartal 2013 schrumpften auch die Exporte nach Russland deutlich (–9,7%), insgesamt war Russland aber neben den USA 2013 eine der wichtigsten Stützen im Export (+9,2%). Uneinheitliche Impulse erhielt die heimische Exportwirtschaft 2013 aus den Schwellenländern. Die Exporteure profitierten von der anhaltend kräftigen Nachfrage aus China (+3,5%) und Indien (+3,6%), die im Jahresverlauf wieder deutlich an Schwung gewann (IV. Quartal 2013: China +15,7%, Indien +25,9%). Hingegen entwickelte sich die Ausfuhr nach Brasilien (–19,5%) und in die 6 dynamischen Länder Asiens (–2,8%) anhaltend ungünstig. Gesteigert wurden die österreichischen Warenexporte in den Schwarzmeerraum (+3,4%), während die Ausfuhr in die westlichen Balkanländer schrumpfte (–2,2%).

4.2 Lebhaftige Entwicklung der Pkw-Exporte stützt Exportkonjunktur

Die mit Abstand wichtigste Warengruppe im österreichischen Export waren auch 2013 Maschinen und Fahrzeuge (39,1% der gesamten Warenexporte). Die Untergruppe der Pkw-Exporte und die Ausfuhr der Autozulieferindustrie spiegeln mit 10% aller Warenlieferungen die große Bedeutung der Autoindustrie im österreichischen Außenhandel wider. Die regional breit gestreute Konjunkturerholung belebte die österreichische Exportindustrie und insbesondere die Pkw-Exporte daher 2013 merklich. Nach dem gedämpften Wachstum 2012 (+0,6%) nahmen die Pkw-Exporte 2013 insgesamt um 14,1% zu, mit wachsender Rate im IV. Quartal 2013. Die Exporte der Autozulieferindustrie stagnierten hingegen 2013. Dynamisch wuchsen auch die österreichischen Lieferungen von Büromaschinen und Nachrichtengeräten (insbesondere Export von Nachrichtengeräten in die Slowakei). Gesteigert wurden 2013 auch die Exporte von konsumnahen Fertigwaren, Nahrungsmitteln sowie chemischen Erzeugnissen, letztere lebten vor allem im IV. Quartal 2013 wieder auf. Der empfindliche

⁴⁾ Die außerordentlich hohe Zuwachsrate der österreichischen Exporte nach Irland ist auf die Lieferung von mehreren Großraumflugzeugen zurückzuführen.

nomielle Rückgang der Exporte und Importe von Brennstoffen sowie anderer energieintensiver Produkte (wie etwa Stahl) war auch ein Ergebnis der erheblichen Verbilligung von Erdöl und anderen Energieträgern.

Die Entlastung der Energierechnung durch eine Verbesserung des Handelsbilanzsaldos im Bereich von Brennstoffen und Energie um 1,4 Mrd. € trug 2013 maßgeblich zur Verbesserung der Warenhandelsbilanz um 3,9 Mrd. € bei. Aufgrund des starken Preisrückganges nahm die österreichische Gesamtwareneinfuhr 2013 in nomineller Rechnung um 1,5% ab, real ergab sich ein schwacher Zuwachs um 0,2%. Positive Wachstumsbeiträge lieferten die Importe von Maschinen und Fahrzeugen, chemischen Erzeugnissen sowie Nahrungsmitteln. Lebhaft entwickelten sich 2013 auch die Bezüge von Holz, das vorwiegend aus Tschechien importiert wurde. Die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage spiegelt sich vor allem im Rückgang der Pkw-Importe im Jahresverlauf (2013 –2,3%) und der Importe von konsumnahen Fertigwaren.

Übersicht 11: Entwicklung des Außenhandels nach Warengruppen 2013

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung in Mrd. €
Nahrungsmittel	7,2	+ 3,8	7,4	+ 3,7	- 0,6	- 0,0
Rohstoffe	3,1	+ 0,1	4,5	- 6,7	- 2,1	+ 0,4
Holz	1,1	+ 2,4	1,1	+ 7,3	0,0	- 0,1
Brennstoffe	2,7	- 25,2	11,4	- 14,4	- 11,4	+ 1,4
Chemische Erzeugnisse	13,3	+ 1,0	13,0	+ 3,0	- 0,3	- 0,3
Bearbeitete Waren	22,0	- 2,3	15,0	- 3,9	8,0	+ 0,1
Papier	3,2	- 3,9	1,5	- 1,8	2,1	- 0,1
Textilien	1,3	+ 2,3	1,2	+ 2,3	- 0,0	- 0,0
Eisen, Stahl	5,4	- 4,3	2,7	- 9,0	3,3	+ 0,0
Maschinen, Fahrzeuge	39,1	+ 4,3	33,1	+ 2,2	6,0	+ 1,1
Autozulieferindustrie	6,5	- 0,1	4,4	+ 1,1	2,5	- 0,1
Pkw	3,5	+ 14,1	5,0	- 2,3	- 2,2	+ 0,7
Konsumnahe Fertigwaren	11,6	+ 5,2	13,9	- 0,4	- 3,5	+ 0,8
Insgesamt	100,0	+ 1,5	100,0	- 1,5	- 4,6	+ 3,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

4.3 Marktanteilsgewinne auf den wichtigsten Märkten

Die österreichischen Exporte belebten sich 2013, obwohl der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren 2013 um 2,1% stieg und somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Exportwaren dämpfte. Nach den massiven Einbußen des Vorjahres erhöhte sich der Weltmarktanteil im Export nominell gemäß den vorliegenden Daten bis November 2013 um 1,8% (2012 –6,5%). Ein Vergleich zwischen dem realen Exportwachstum (+2,7% gegenüber dem Vorjahr) und der Expansion der österreichischen Exportmärkte (+1,7% gegenüber 2012) weist auf reale Marktanteilsgewinne hin, die jedoch etwas geringer ausfielen als in nomineller Rechnung. Der Marktanteil am Export des Euro-Raumes (Übersicht 12), ein Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Ländern im selben Währungsraum, stieg von Jänner bis November 2013 um 0,9%.

Positionsgewinnen im Intra-EU-Handel standen leichte Verluste im Handel mit Drittländern gegenüber. Besonders in den für Österreich bedeutenden MOEL 5 baute die heimische Exportwirtschaft ihre Position aus, obwohl sie in Tschechien Marktanteile einbüßte. Marktanteilsgewinne verzeichneten österreichische Exporteure auch in Deutschland und Frankreich, während in Italien sowie in Bulgarien und Rumänien Marktanteile verloren gingen. Die Positionsverluste im Extra-EU-Raum beschränkten sich auf einzelne Länder: Während die Position auf den wichtigsten Märkten, insbesondere in den USA, der Schweiz und in Russland verbessert wurde, ergaben sich in China, Brasilien und in den Westbalkanländern empfindliche Einbußen. Zugewinne waren auch in Indien, Japan, Nordafrika und in der Schwarzmeerregion zu verzeichnen. Der Ausbau der Marktanteile auf dynamischen Märkten ist für die österreichische Exportwirtschaft besonders wichtig; dies gelang im Vorjahresvergleich in den 13 neuen EU-Ländern, in Nordafrika und Russland besser als in Südamerika und Asien.

Übersicht 12: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	Anteile am Export der Welt			Anteile am Export des Euro-Raumes (17 Länder)		
	2012	2012	2013	2012	2012	2013
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis November Veränderung gegen das Vorjahr in %	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis November Veränderung gegen das Vorjahr in %
Intra-EU 28	2,00	- 2,9	+ 4,0	4,17	- 0,5	+ 1,4
Intra-EU 15	1,70	- 4,1	+ 3,6	3,58	- 1,6	+ 1,0
Deutschland	4,45	- 4,6	+ 0,5	9,38	- 3,9	+ 1,2
Italien	2,28	- 6,3	+ 4,6	5,24	- 4,2	- 1,6
Frankreich	1,11	+ 11,9	+ 10,3	1,91	+ 13,0	+ 9,3
13 neue EU-Länder	3,97	+ 0,2	+ 3,7	7,82	+ 2,6	+ 1,5
5 neue EU-Länder ¹⁾	4,62	+ 2,2	+ 3,4	8,34	+ 3,9	+ 2,7
Tschechien	4,37	- 9,7	- 5,6	6,93	- 8,2	- 4,1
Ungarn	5,62	- 5,6	+ 0,5	10,19	- 5,2	+ 0,5
Polen	2,32	- 1,3	+ 3,6	4,17	+ 0,5	+ 0,9
Baltikum	0,70	- 3,0	+ 15,4	2,51	+ 0,1	+ 4,3
Bulgarien, Rumänien	3,52	- 1,1	- 5,1	7,21	+ 0,4	- 7,6
Extra-EU 28	0,37	- 4,6	+ 0,1	2,95	- 2,2	- 0,4
Extra-EU 15	0,59	- 5,2	+ 1,6	3,94	- 1,7	+ 0,7
EFTA	2,30	+ 3,9	- 10,4	4,51	- 3,1	+ 1,2
Schweiz	2,80	+ 5,2	- 12,5	4,96	- 3,8	+ 1,8
MOEL ²⁾ , Türkei	1,33	- 8,7	+ 1,9	4,39	- 0,6	+ 2,5
Westbalkanländer ³⁾	4,15	- 7,3	- 8,9	8,36	- 6,4	- 6,0
GUS	1,36	- 8,0	+ 3,8	5,07	+ 1,3	+ 6,4
Russland	1,70	- 2,3	+ 2,2	4,72	- 0,3	+ 7,0
Nordafrika ⁴⁾	0,39	- 9,3	+ 12,3	1,02	- 5,7	+ 8,6
NAFTA	0,30	+ 2,3	+ 3,7	2,91	+ 4,0	+ 2,6
USA	0,34	+ 1,8	+ 4,1	2,94	+ 3,2	+ 3,3
Südamerika	0,32	+ 11,6	- 18,0	2,72	+ 10,3	- 22,8
Brasilien	0,55	+ 2,6	- 23,8	3,19	+ 1,6	- 24,1
Asien	0,21	- 11,8	+ 1,2	2,58	- 7,1	+ 0,4
Japan	0,17	- 9,7	+ 10,0	2,79	- 11,4	+ 5,5
China	0,23	- 9,8	- 4,9	2,63	- 4,1	- 4,7
Indien	0,19	- 32,1	+ 13,0	2,12	- 21,6	+ 15,8
6 dynamische Volkswirtschaften in Asien ⁵⁾	0,17	- 9,3	- 5,6	2,72	- 7,9	- 3,3
Euro-Raum (17 Länder)	2,05	- 1,2	+ 4,9	4,29	+ 1,5	+ 2,8
OPEC	0,38	- 6,0	+ 7,3	2,08	+ 0,2	+ 1,6
BRIC ⁶⁾	0,43	- 6,2	- 2,5	3,35	- 2,2	- 0,6
Schwarzmeerregion ⁷⁾	0,88	- 11,7	+ 4,4	2,99	- 3,5	+ 1,2
Insgesamt	0,90	- 6,5	+ 1,8	3,74	- 1,5	+ 0,9

Q: IWF, DOT (Daten für EU-Länder am Eurostat-Konzept angelehnt); WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Westbalkanländer, GUS. – ³⁾ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – ⁴⁾ Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Thailand, Malaysia; für Taiwan keine Daten vorhanden. – ⁶⁾ Brasilien, Russland, Indien, China. – ⁷⁾ Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine.

4.4 Außenhandelsaldo mit Europa verbessert, Energieimporte entlasten Handelsbilanz

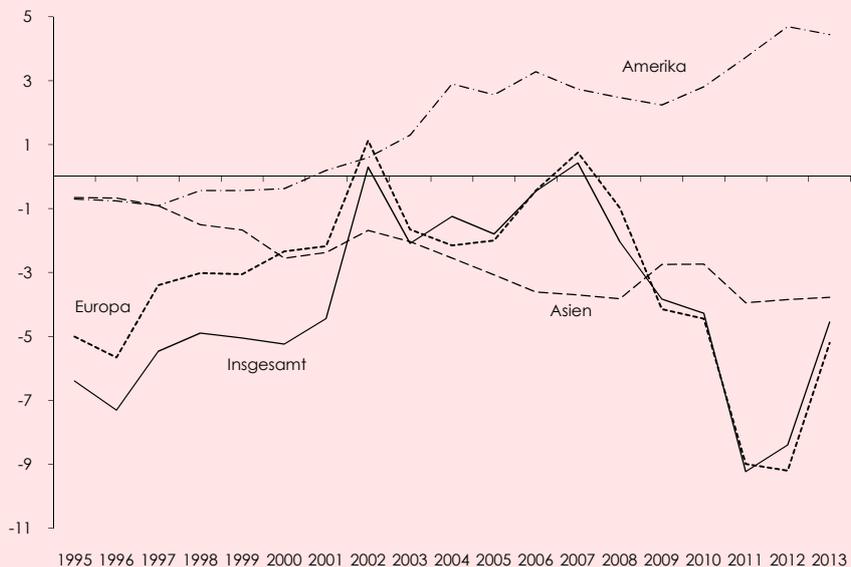
Die deutliche Verbesserung des Handelsbilanzsaldos um 3,9 Mrd. € ist insbesondere der günstigen Entwicklung des Außenhandels mit den EU-Ländern und mit Drittländern zuzuschreiben. Während das Aktivum gegenüber Amerika um 0,2 Mrd. € auf 4,4 Mrd. € zurückging, verbesserte sich der Handelsbilanzsaldo mit Europa um 4,0 Mrd. € auf ein Defizit von 5,2 Mrd. €. Die erhebliche Verbesserung der Handelsbilanz gegenüber der EU 15 um 2,0 Mrd. € lässt sich zu einem großen Teil auf die Verringerung des Passivums gegenüber Deutschland zurückführen. Der Saldo im Handel mit Drittstaaten verbesserte sich um insgesamt 1,6 Mrd. €; dies betraf besonders Russland, einem wichtigen Handelspartner im Außenhandel mit Brennstoffen und Energie.

Der beträchtliche Preisrückgang auf den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten entlastete 2013 die Energierechnung deutlich. Wie die Aufteilung der Handelsbilanzveränderung in eine Preis- und eine Mengenkomponekte zeigt, trugen 2013 positive Mengen- und Preiseffekte zur Verbesserung der Warenverkehrsbilanz bei. Dies steht im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen stets negative Preiseffekte überwogen und dadurch zu einer Verschlechterung des Saldos beigetragen hatten. Die po-

sitiven Preiseffekte ergaben sich 2013 durch den außerordentlich starken Rückgang der Energie- und Erdölpreise, der verstärkt auf den Importpreis durchschlug.

Abbildung 7: Österreichs Handelsbilanz

Mrd. €



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 13: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente von Export und Import zur Veränderung der Handelsbilanz 2013

	Import	Export	Handelsbilanz
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €		
Preiseffekt	- 2,3	- 1,4	+ 0,88
Mengeneffekt	+ 0,2	+ 3,3	+ 3,05
Mischeffekt	- 0,0	- 0,0	- 0,03
Insgesamt	- 2,0	+ 1,9	+ 3,89

Q: WIFO-Berechnungen.

Der österreichische Importpreis von Erdöl, der wichtigsten Komponente im Energieimport, sank 2013 auf Dollarbasis auf 112,4 \$ je Barrel (-2,0% gegenüber dem Vorjahr). Auf Euro-Basis verbilligte sich der Import aufgrund der Euro-Aufwertung gegenüber dem Dollar (+3,3% im Jahresdurchschnitt) um 5,2%. Insgesamt nahm der Wert der österreichischen Erdölimporte um nur 0,5% ab, da die Importmenge merklich ausgeweitet wurde (+4,9%). Aufgrund der geringen eigenen Vorkommen an Erdöl und Erdgas ist Österreich auf Energieimporte angewiesen. Rund ein Fünftel der gesamten Energieimporte bezieht Österreich aus Russland, sodass mehr als 85% der Warenbezüge aus Russland Energieimporte sind (vorwiegend Erdgas und Erdöl). Der Wert der Importe von Erdöl und Erdölprodukten sank 2013 um 11,0%, der Handelsbilanzsaldo verbesserte sich dadurch vor allem preisbedingt um 1,0 Mrd. € auf ein Defizit von 7,7 Mrd. €. Der massive Rückgang des Importwertes von Erdgas um 26,3% war 2013 fast ausschließlich auf die Abnahme der Importmenge zurückzuführen. Ausschlaggebend dafür waren die Verringerung des Erdgasbedarfes insbesondere in der Industrie sowie vermehrte Speicharentnahmen. Insgesamt wurden 2013 um 14,4% weniger Brennstoffe und Energie importiert als im Vorjahr. Daraus ergab sich eine Verbesserung der Handelsbilanz um 1,4 Mrd. € auf ein Defizit von 11,4 Mrd. €. Positiv trug zum Handelsbilanzsaldo auch der Handel mit Industriewaren bei. Diese Verbesserung des Saldos um 2,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr ergab sich über-

wiegend in den Gruppen Maschinen und Fahrzeuge sowie konsumnahe Fertigwaren.

Übersicht 14: Österreichs Energieimporte

		2010	2011	2012	2013	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %
		Absolut				
Erdöl						
Menge	1.000 t	6.770,1	7.358,6	7.463,5	7.831,4	+ 4,9
Wert	Mrd. €	3,0	4,4	4,9	4,9	- 0,5
Preis	€ je t	450,3	603,0	662,6	628,2	- 5,2
Erdöl und -produkte						
Menge	1.000 t	14.546,5	14.556,1	14.832,2	14.263,2	- 3,8
Wert	Mrd. €	7,7	9,7	10,9	9,7	- 11,0
Preis	€ je t	530,4	668,1	736,2	681,1	- 7,5
Erdgas						
Menge	1.000 TJ	474,0	511,0	541,1	397,4	- 26,6
Wert	Mrd. €	2,9	3,7	4,3	3,2	- 26,3
Preis	1.000 € je TJ	6,0	7,3	8,0	8,0	+ 0,3
Brennstoffe, Energie						
Wert	Mrd. €	12,2	15,7	17,3	14,8	- 14,4
	In % des BIP	4,3	5,2	5,6	4,7	.
	Anteile am Gesamtimport in %	10,7	12,0	13,1	11,4	.
Importpreis Erdöl						
	\$ je Barrel	80,3	112,5	114,7	112,4	- 2,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Elisabeth Christen (Elisabeth.Christen@wifo.ac.at)

Statistik: Gabriele Wellan (Gabriele.Wellan@wifo.ac.at)

5. Anhaltende Stagnation im Tourismus

Die Expansion der Weltwirtschaft verliert seit 2011 an Kraft. Ausgehend vom Euro-Raum erfasste die Konjunkturlaute 2013 andere Industrieländer in Europa und in Übersee und beschleunigte in manchen Schwellenländern den Übergang zu einem geringeren Potentialwachstum. Länder wie Brasilien und Indien, deren Leistungsbilanzdefizit durch Kapitalimporte finanziert wird, waren aufgrund der Erwartung einer Straffung der Geldpolitik von einer massiven Kapitalflucht betroffen. Abwertungen, erhöhtes Inflationsrisiko und eine Anhebung der Zinssätze waren die Folge. Kurzfristig überlagerte die konjunkturdämpfende Wirkung dieser Maßnahmen die möglichen positiven Effekte der Abwertung auf die Wettbewerbsfähigkeit⁵⁾.

Die Wirtschaft des Euro-Raumes erholte sich nach dem Einbruch 2009 im Jahr 2010 nur kurzfristig und verlor 2011 wieder an Dynamik. 2012 sank das reale BIP um 0,7%, 2013 um 0,4%. Gegen Ende 2013 kündigte sich in der EU eine leichte Erholung der Industriekonjunktur an. In Deutschland, dem größten Absatzmarkt Österreichs, verbesserte sich das Konjunkturbild 2013 deutlich, die Wirtschaft wuchs um 0,4%. Die mäßige Expansion der Weltwirtschaft dämpfte die Entwicklung der exportdominierten Sachgütererzeugung. Der ifo-Geschäftsklimaindex weist auf eine anhaltende Verbesserung der Konjunktur im Jahr 2014 hin.

Trotz der Abschwächung der Weltkonjunktur im Jahr 2013 belebten sich die weltweiten internationalen Touristenankünfte (2012 +4,0%, 2013 +5,0%)⁶⁾. Die Tourismuskonjunktur wird offenbar erst bei Anhalten eines Konjunkturreinbruches negativ beeinflusst, und Reisen werden in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten kurzfristig aus den Ersparnis-

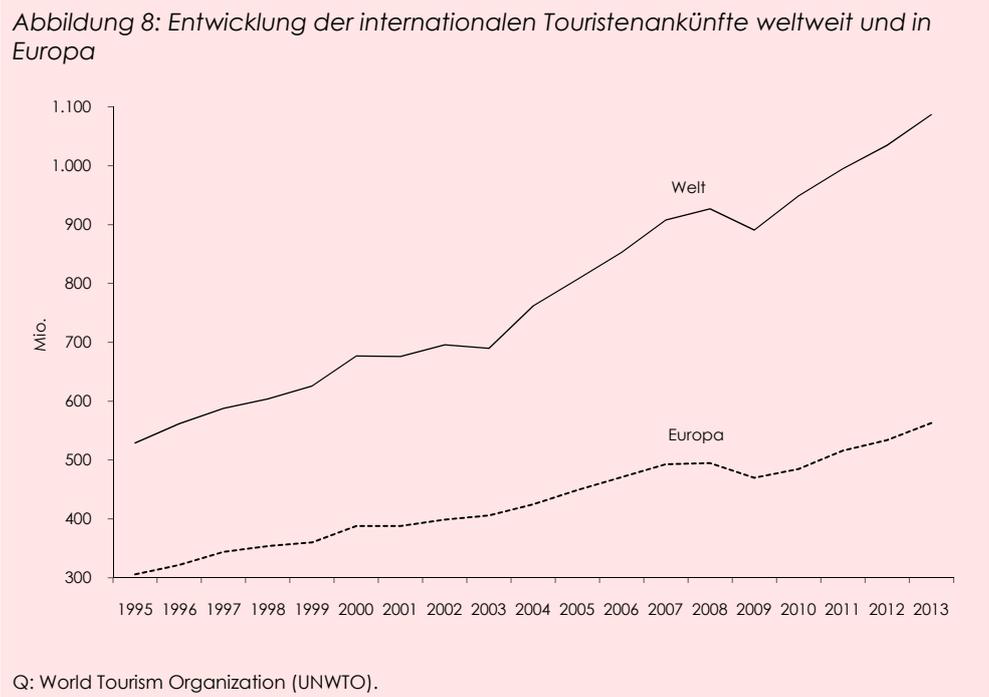
⁵⁾ Schiman, St., "Aufschwung bleibt wegen Konsumschwäche flach. Prognose für 2014 und 2015", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(1), S. 3-15, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47105>.

⁶⁾ UNWTO (World Tourism Organization), World Tourism Barometer, Jänner 2014.

sen finanziert. Das Wachstum dürfte zudem im internationalen Tourismus zum Teil von einer Konsumentenschicht getragen werden, die kurzfristig nicht konjunkturtauglich ist.

Im Welttourismus expandierten die internationalen Touristenankünfte am stärksten in Asien und dem pazifischen Raum (+6,0%), in Afrika (+5,6%) und in Europa (+5,4%). Deutlich schwächere Zuwächse verzeichneten Amerika und die Karibik (+3,6%) sowie der Nahe Osten (+0,3%; laut UNWTO).

Nach 1.035 Mio. im Jahr 2012 erreichten die internationalen Touristenankünfte 2013 weltweit 1.087 Mio. Davon entfielen 563 Mio. auf Europa (2012: 534 Mio.; laut UNWTO; Abbildung 8).



5.1 Realer Aufwand je Nächtigung rückläufig

Österreichs reale Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr (Tourismusexporte) stagnierten 2013 (+0,3%), nachdem sie 2012 noch leicht gestiegen waren (+0,8%); im Binnenreiseverkehr waren die preisbereinigten Einnahmen weiterhin rückläufig (-2,9%; 2012 -1,4%; Übersicht 15). Insgesamt sanken die realen Tourismusumsätze nach einer Stagnation 2012 (+0,2%) im Jahr 2013 um 0,5%.

Seit dem Jahr 2000 stagnieren die realen touristischen Einnahmen nahezu, 2013 lagen sie sogar etwas unter dem Niveau des Rezessionsjahres 2009. Der reale Aufwand je Übernachtung sank im Zeitraum 2000/2008 insgesamt nur leicht, seither ist aber ein massiver Rückgang zu verzeichnen (2008/2013 -11,7%). Diese Tendenz lässt sich zum Teil auf eine generelle qualitative Verminderung der realisierten touristischen Nachfrage zurückführen. Die qualitative Verminderung der Nachfrage tritt dann ein, wenn der Gast bei der Unterkunftswahl 3*- statt 4*-Unterkünfte bevorzugt, Restaurantbesuche einschränkt oder weniger exklusive Shops aufsucht.

Das Jahr 2013 brachte einen weiteren Rückgang der Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen um insgesamt 0,6%. Die Dynamik schwächte sich dabei wie schon 2012 mit -0,4% gegenüber dem langfristigen Trend seit 2000 (-1,4% pro Jahr) ab. Besonders deutlich ist diese Entwicklung für die Aufenthaltsdauer ausländischer Gäste zu beobachten. Regional war die Situation 2013 unterschiedlich: Während die Aufenthaltsdauer im Burgenland, in Salzburg, in der Steiermark und in Tirol etwas stärker als im österreichischen Durchschnitt sank, zeigten sich in den anderen Bundesländern eher eine Stagnation oder leicht positive Tendenzen.

Die Übernachtungen von inländischen Gästen waren 2013 mit -0,6% leicht rückläufig, während die internationale Nachfrage um 1,9% stieg. Von den für Österreich

wichtigen Herkunftsmärkten nahm die Zahl der Übernachtungen aus China (+14,3%), Russland (+9,4%), Slowenien (+7,7%), den USA (+6,3%), der Slowakei (+6,0%), Großbritannien (+5,1%), Schweden (+2,5%) und Deutschland (+2,4%) relativ kräftig zu. Die Nachfrage des bedeutendsten Herkunftsmarktes Deutschland wuchs damit bereits das zweite Jahr in Folge überdurchschnittlich, sodass die langfristigen Einbußen zum Teil aufgeholt werden konnten. Unter dem Vorjahresniveau blieben vor allem die Nächtigungen von Gästen aus Ländern mit ökonomischen Problemen: Kroatien (-6,0%), Spanien (-5,2%), Italien (-4,8%), Rumänien (-3,4%), Niederlande (-2,7%), Japan (-1,2%), Frankreich (-0,6%), Ungarn (-0,2%).

Übersicht 15: Übernachtungen und Umsätze im österreichischen Tourismus seit 2000

	Übernachtungen			Binnenreiseverkehr ¹⁾		Umsätze		Gesamtreiseverkehr	
	Inländer	Ausländer In 1.000	Insgesamt			Internationaler Reiseverkehr Mio. €			
				Nominell	Real ²⁾	Nominell	Real ²⁾	Nominell	Real ²⁾
2000	31.153	82.534	113.686	4.060	4.625	12.201	13.825	16.261	18.450
2001	31.442	83.669	115.111	4.233	4.698	12.791	14.158	17.024	18.856
2002	31.013	85.792	116.804	4.207	4.548	13.198	14.259	17.405	18.807
2003	31.619	86.348	117.967	4.355	4.597	13.528	14.289	17.883	18.886
2004	31.329	85.922	117.251	4.483	4.597	13.897	14.268	18.380	18.864
2005	31.501	87.741	119.242	4.742	4.742	14.700	14.700	19.442	19.442
2006	32.130	87.274	119.403	4.971	4.844	15.144	14.858	20.115	19.701
2007	33.008	88.443	121.451	5.134	4.834	15.485	14.794	20.619	19.628
2008	33.879	92.840	126.719	5.382	4.920	16.513	15.281	21.895	20.201
2009	34.443	89.864	124.307	5.374	4.876	15.375	14.060	20.749	18.936
2010	35.024	89.857	124.881	5.442	4.815	15.705	14.113	21.147	18.927
2011	35.297	90.706	126.003	5.621	4.789	16.187	13.929	21.808	18.717
2012	35.964	95.052	131.016	5.680	4.720	16.661	14.042	22.341	18.762
2013	35.755	96.874	132.629	5.676	4.585	17.106	14.081	22.782	18.665
Veränderung gegen das Vorjahr in %									
2001	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 4,3	+ 1,6	+ 4,8	+ 2,4	+ 4,7	+ 2,2
2002	- 1,4	+ 2,5	+ 1,5	- 0,6	- 3,2	+ 3,2	+ 0,7	+ 2,2	- 0,3
2003	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 3,5	+ 1,1	+ 2,5	+ 0,2	+ 2,8	+ 0,4
2004	- 0,9	- 0,5	- 0,6	+ 2,9	- 0,0	+ 2,7	- 0,2	+ 2,8	- 0,1
2005	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 5,8	+ 3,2	+ 5,8	+ 3,0	+ 5,8	+ 3,1
2006	+ 2,0	- 0,5	+ 0,1	+ 4,8	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,3
2007	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,3	- 0,2	+ 2,3	- 0,4	+ 2,5	- 0,4
2008	+ 2,6	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,8	+ 1,8	+ 6,6	+ 3,3	+ 6,2	+ 2,9
2009	+ 1,7	- 3,2	- 1,9	- 0,1	- 0,9	- 6,9	- 8,0	- 5,2	- 6,3
2010	+ 1,7	- 0,0	+ 0,5	+ 1,3	- 1,3	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,9	- 0,0
2011	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 3,3	- 0,5	+ 3,1	- 1,3	+ 3,1	- 1,1
2012	+ 1,9	+ 4,8	+ 4,0	+ 1,0	- 1,4	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,4	+ 0,2
2013	- 0,6	+ 1,9	+ 1,2	- 0,1	- 2,9	+ 2,7	+ 0,3	+ 2,0	- 0,5

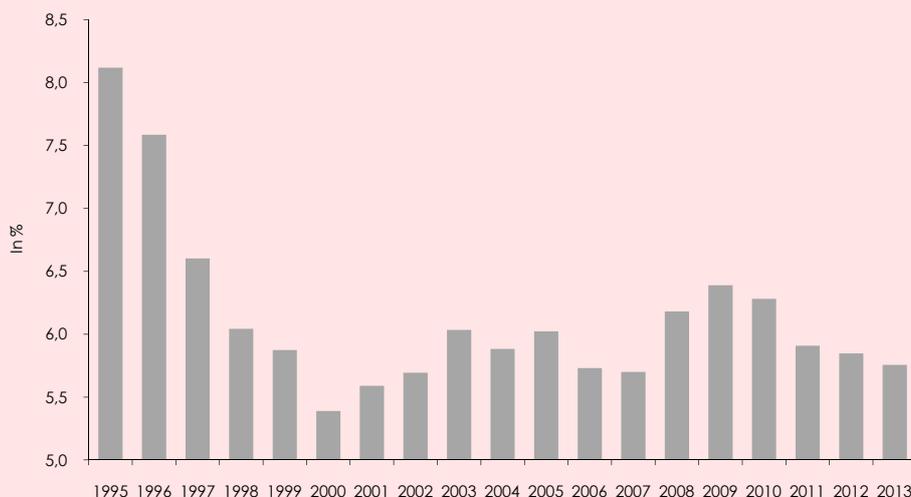
Q: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Niveaushiftung gegenüber den Vorjahren wegen Verbesserung der Berechnungsmethode. – ²⁾ Zu Preisen von 2005.

Regional zeigten sich erhebliche Unterschiede: Am stärksten stiegen die Nächtigungen in Wien, Vorarlberg, Salzburg und Tirol. Das Nachfragewachstum in der Steiermark entsprach etwa dem Österreich-Durchschnitt. In den anderen Bundesländern ging die Zahl der Übernachtungen zurück.

In der Wintersaison 2012/13 entwickelten sich die Nächtigungen neuerlich (+1,9%, 2011/12 +3,6%) etwas dynamischer als im Sommer (+1,2%, 2012 +2,6%). Hingegen expandierten die Umsätze im Gesamtreiseverkehr in der Sommersaison 2013 (+3,0%) kräftiger als in der Wintersaison 2012/13 (+1,0%). Im Tourismusjahr 2011/12 war eine gegenläufige Entwicklung verzeichnet worden.

Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15 verlor Österreich 2013 weiterhin Marktanteile (Abbildung 9). Nach leichten Zugewinnen 2009 waren 2010 geringe Einbußen zu verzeichnen, die sich 2011 deutlich verstärkten und 2012 bzw. 2013 abgeschwächt fortsetzten. Gegenwärtig liegt der österreichische Marktanteil mit 5,76% um rund 0,4 Prozentpunkte über dem bisherigen Tiefstwert des Jahres 2000 (5,39%).

Abbildung 9: Österreichs Marktanteil am internationalen europäischen Tourismus
Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15



Q: IWF, OeNB, UNWTO, WIFO, wiiw. Ohne internationalen Personentransport.

5.2 Tourismus generiert 7,4% des BIP

Den aktuellen Berechnungen zum Tourismus-Satellitenkonto für Österreich lagen erstmals die Multiplikatoren aus der Input-Output-Tabelle 2007 zugrunde. Auf dieser Basis wurden für 2012 direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte des Tourismus von 22,71 Mrd. € ermittelt (+4,2% gegenüber 2011)⁷⁾. Der Tourismus trug damit 7,4% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) bei, 2013 lag diese Kennzahl ersten Schätzungen zufolge bei 7,3%.

Zur vollständigen Erfassung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft ist zusätzlich der nicht-touristische Freizeitkonsum der Österreicherinnen und Österreicher am Wohnort zu berücksichtigen. Diese Aufwendungen erreichten im Jahr 2012 aktuellen Berechnungen zufolge 29,54 Mrd. €. Anhand der neu ermittelten Input-Output-Multiplikatoren ergeben sich daraus direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 22,82 Mrd. € (+2,9%) bzw. 7,4% des BIP. 2013 dürfte der Beitrag zur Gesamtwirtschaft leicht auf 7,5% gestiegen sein.

Eine Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen für den touristischen Konsum und den nicht-touristischen Freizeitkonsum der Österreicherinnen und Österreicher am Wohnort verdeutlicht die beachtliche Dimension der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich:

- Die direkten und indirekten Wertschöpfungseffekte erreichten 2012 ein Gesamtvolumen von 45,53 Mrd. € (+3,5% gegenüber 2011).
- Damit stieg der Beitrag der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft zum BIP gegenüber 2011 etwas auf 14,8% (+0,1 Prozentpunkt).
- Für 2013 und 2014 wird mit einer Stagnation des Gewichtes des Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung gerechnet.

5.3 Tourismus trägt knapp 10% zur Gesamtbeschäftigung bei

Durch Anwendung der neu ermittelten Input-Output-Multiplikatoren auf die revidierte Datenbasis wurden für das Jahr 2012 direkte und indirekte Beschäftigungseffekte des Tourismus von rund 331.200 Vollzeitäquivalenten ermittelt. Der Beitrag des Sektors zur Gesamtbeschäftigung erreichte damit 9,2% (Vollzeitäquivalente; 2011: 9,0%).

⁷⁾ Laimer, P., Ehn-Fragner, S., Smeral, E., Ein Tourismus-Satellitenkonto für Österreich. Methodik, Ergebnisse und Prognosen für die Jahre 2000 bis 2014, Statistik Austria und WIFO, Wien, 2013, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/47138>.

Eine erweiterte Sicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Beschäftigungseffekte der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft schließt zusätzlich den nicht-touristischen Freizeitkonsum der Österreicherinnen und Österreicher am Wohnort ein. Diesbezügliche Schätzungen ergaben für das Jahr 2012 eine direkte und indirekte Beschäftigungswirkung von rund 283.000 Vollzeitäquivalenten. Die Effekte des Freizeitkonsums leisteten somit einen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung von 7,9%.

2012 waren daher rund 614.200 Vollzeit Arbeitsplätze direkt und indirekt der Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuzurechnen (+2,4% gegenüber dem Vorjahr). Die gesamte Tourismus- und Freizeitwirtschaft generierte damit 17,1% aller Vollzeit Arbeitsplätze in Österreich.

Egon Smeral (Egon.Smeral@wifo.ac.at)
 Statistik: Sabine Ehn-Fragner (Sabine.Ehn-Fragner@wifo.ac.at),
 Susanne Markytan (Susanne.Markytan@wifo.ac.at)

6. Privater Konsum keine wesentliche Konjunkturstütze

6.1 Sowohl Konsumausgaben als auch verfügbare Einkommen rückläufig

Die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte wurde im Jahr 2013 aufgrund der schwachen Entwicklung der heimischen Wirtschaft durch mehrere Faktoren getrübt. So stieg die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf um etwas mehr als 26.000, die Arbeitslosenquote erhöhte sich um mehr als ½ Prozentpunkt. Die Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf nahmen nominell zwar 2013 um 2,1% zu, jedoch dämpfte die Inflation von 2% die Kaufkraft der Einkommen beträchtlich. Die Entwicklung der realen Lohn- und Gehaltseinkommen pro Kopf (netto) war 2013 weiterhin negativ. Auch die Vermögenseinkommen dürften nach vorliegenden Schätzungen teils kräftig geschrumpft sein. Die gesamten real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gingen daher nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 2013 mit -1,2% deutlich zurück (Übersicht 16).

Übersicht 16: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2001/2005	+ 3,4	+ 1,7	+ 3,9	+ 2,2	- 0,5
Ø 2005/2009	+ 2,9	+ 1,1	+ 3,3	+ 1,5	- 0,4
Ø 2009/2013	+ 3,3	+ 0,8	+ 2,0	- 0,5	+ 1,3
2010	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,3	- 0,5	+ 2,5
2011	+ 4,4	+ 0,8	+ 2,3	- 1,3	+ 2,1
2012	+ 3,1	+ 0,5	+ 3,7	+ 1,1	- 0,6
2013	+ 2,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,2	+ 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Angesichts dieser mäßigen Einkommensentwicklung und der erhöhten Arbeitsplatzunsicherheit waren die privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) in ihren Konsumausgaben sehr zurückhaltend. Sie gaben im Jahr 2013 etwas mehr als 172 Mrd. € für Verbrauchszwecke aus; nominell bedeutet dies eine Steigerung um 2,0%, real war der Konsum mit -0,2% jedoch erstmals seit 1997 rückläufig. Die Konsumquote erhöhte sich zwar (+1,0%), wie dies in Phasen schwacher Konjunktur und mäßiger Einkommensentwicklung durchaus zu erwarten wäre, weil die Haushalte ihre Ausgaben nicht so deutlich einschränken und an bestehenden Konsumplänen festhalten wollen. Die stabilisierende Wirkung dieses anti-zyklischen Konsumverhaltens auf die heimische Wirtschaft war im Jahr 2013 jedoch nur bedingt zu beobachten. Die Einkommensverluste wurden wegen der bereits sehr niedrigen Sparquote weniger deutlich als in der Krisenperiode 2009/10 durch "Entsparen" kompensiert.

Von Mitte 2012 bis Anfang 2013 entwickelte sich die Konsumnachfrage gedämpft (1. Halbjahr 2012 real +1,6% gegenüber dem Vorjahr, 2. Halbjahr –0,5%, I. Quartal 2013 –0,9%, II. Quartal –0,7%). Erst ab Mitte 2013 trat im Vorjahresvergleich eine leichte Verbesserung ein, die realen Konsumausgaben stiegen im 2. Halbjahr 2013 um 0,4%. Bereinigt um Saison- und irreguläre Schwankungen stagnierte die reale Konsumnachfrage im Vorquartalsvergleich wie schon das gesamte Jahr 2012 hindurch.

6.2 Nettovermögen der Haushalte gesunken, Sparquote historisch niedrig

Laut vorläufigen Ergebnissen der Finanzierungsrechnung der OeNB (Übersicht 17) nahm das Nettovermögen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) in den ersten drei Quartalen 2013 um 3,3 Mrd. € ab. Dieser Rückgang ist fast vollständig auf eine starke Verringerung der Geldvermögensbildung zurückzuführen, vor allem im Bereich Bargeld und Einlagen (–2,7 Mrd. €). Das anhaltend niedrige Niveau der Einlagenzinssätze für täglich fällige bzw. kurzfristig gebundene Sparformen trug dazu entsprechend bei. Versicherungssparprodukte wurden um rund 0,3 Mrd. € weniger nachgefragt als im Vorjahr, Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate etwas mehr (Abbildung 10). Die Ausweitung der Verschuldung der privaten Haushalte um 0,1 Mrd. € dämpfte das Nettovermögen kaum. Ihr Anstieg im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2013 um 0,7 Mrd. € entsprach etwa jenem im Vergleichszeitraum 2012 (+0,6 Mrd. €), war jedoch deutlich geringer als 2011 (+2,1 Mrd. €). Die merkliche Abkühlung des Konsumentenvertrauens seit Mitte 2011 spiegelt sich somit auch in der Zurückhaltung und Bereitschaft privater Haushalte zur Neuverschuldung.

Übersicht 17: Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

	2011	2012	2011	2012	2013
			I. bis III. Quartal		
	Mio. €				
Geldvermögensbildung ¹⁾	9.175	10.093	7.560	8.733	5.546
Bargeld und Einlagen	5.773	4.162	4.180	4.710	1.968
Wertpapiere	1.506	46	1.756	– 121	– 1.867
Börsennotierte Aktien	339	125	110	86	– 110
Investmentzertifikate	– 1.750	1.043	– 1.413	353	2.443
Versicherungssparprodukte	2.039	2.807	1.750	2.606	2.270
Lebensversicherungen	1.192	1.330	1.010	1.062	833
Finanzierung ²⁾	2.704	1.035	2.088	608	747
Nach der Laufzeit					
Kurzfristige Kredite	– 1.546	– 629	– 1.052	– 264	– 216
Langfristige Kredite	4.346	1.601	3.343	986	1.258
Nach dem Zweck					
Wohnbaukredite	3.546	2.684	2.477	1.919	1.258
Konsumkredite	– 797	– 747	– 647	– 272	334
Sonstige Kredite	52	– 965	461	– 926	– 551
Finanzierungssaldo	6.471	9.058	5.473	8.125	4.800

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 1) Enthält "Sonstige Forderungen, einschließlich Finanzderivate" und "Sonstige Anteilspapiere". – 2) Enthält "Sonstige Verbindlichkeiten, einschließlich Finanzderivate".

Der Rückgang des Nettovermögens lässt auf eine Abnahme der Sparneigung der privaten Haushalte schließen. Nach vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria⁸⁾ sank die Sparquote im Jahr 2013 auf einen Tiefstwert von 6,6%, nach 7,4% 2012. Die Einbußen an realem verfügbarem Einkommen im Jahr 2013 machten zur Aufrechterhaltung des Konsumniveaus dieses Entsparen notwendig.

⁸⁾ Stand 7. April 2014.

Abbildung 10: Struktur der Veranlagungen des privaten Haushaltssektors

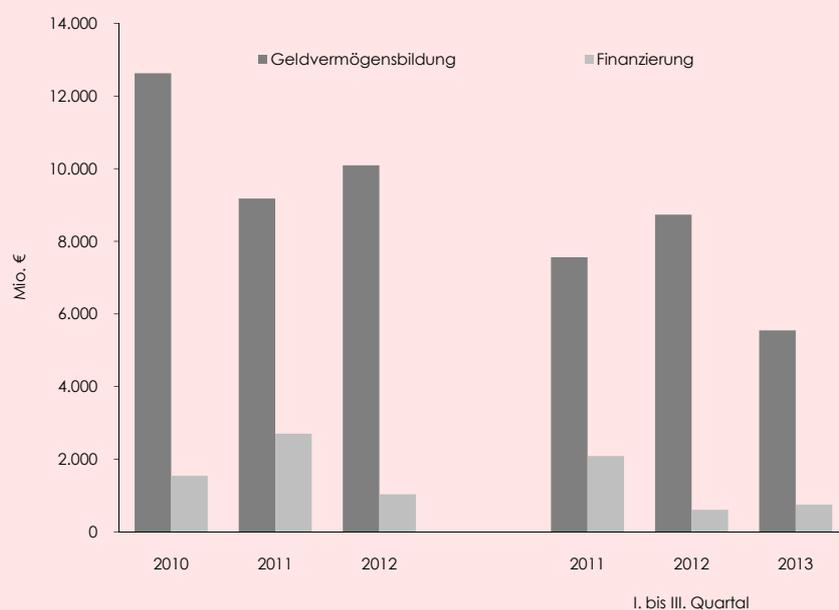
Transaktionen



Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Abbildung 11: Vermögensaufbau und Verschuldung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen



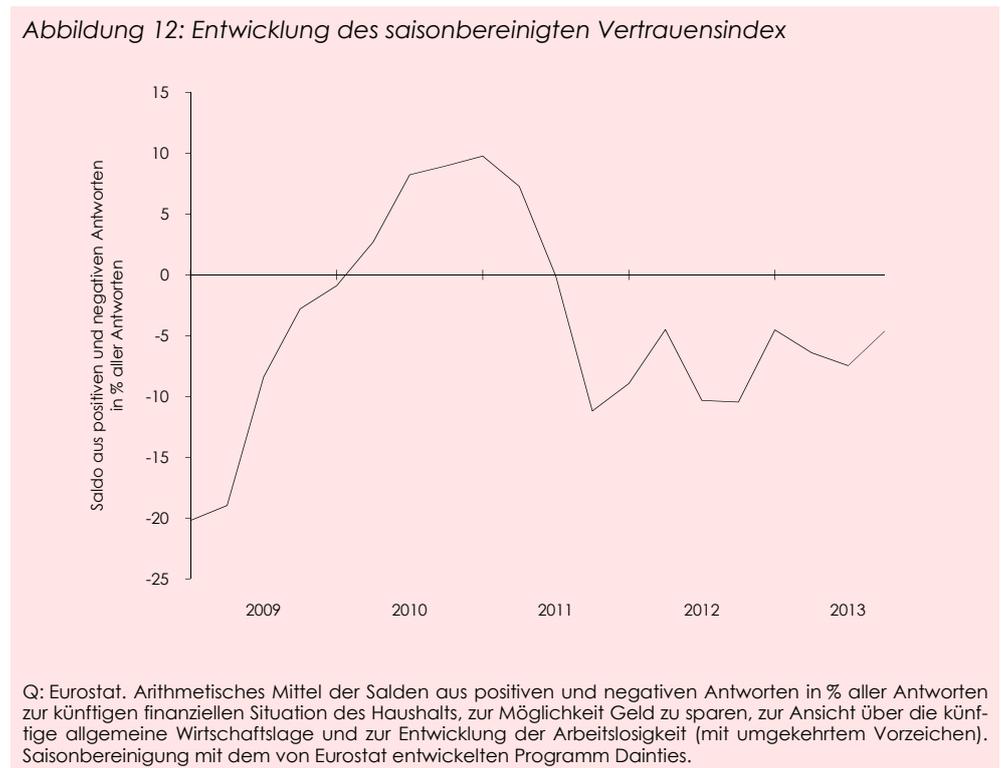
Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

6.3 Bereitschaft zum Kauf langlebiger Konsumgüter verhalten

Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Pkw, Einrichtungsgegenstände, Haushaltselektronik usw.; rund 10% der gesamten Konsumausgaben) reagiert deutlich auf Konjunkturschwankungen. Da der Preis dieser Güter im Vergleich mit jenen des täglichen Bedarfs sehr hoch ist, hängt die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte maßgeblich vom verfügbaren Haushaltseinkommen (Determinante der

Kauffähigkeit) sowie von den Stimmungen und Erwartungen (Determinante der Kaufwilligkeit) ab. Beide Determinanten entwickelten sich im Jahr 2013 wenig dynamisch: Die real verfügbaren Einkommen gingen um 1,2% zurück, und im Konsumentenvertrauen der österreichischen Haushalte⁹⁾ (Abbildung 12) überwiegen weiterhin die negativen Einschätzungen. Die realen Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter sanken in der Folge insbesondere in den ersten drei Quartalen 2013 (Jahresdurchschnitt –2,2%). Wie der geringfügige Anstieg des Konsumklimaindikator zeigt, stabilisierte sich die Bereitschaft zum Kauf langlebiger Konsumgüter zum Jahresende hin etwas, auch weil vor der geplanten Anhebung der Normverbrauchsabgabe Pkw-Vorzahkäufe getätigt wurden. Die realen Ausgaben für Waren des täglichen Bedarfs sowie für Dienstleistungen stagnierten 2013 und stützten damit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht maßgeblich. Für Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe, Wohnen und Freizeitaktivitäten wurde 2013 real mehr ausgegeben als im Vorjahr, für Gesundheit, Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie bei Auslandsaufenthalten hingegen weniger.

Abbildung 12: Entwicklung des saisonbereinigten Vertrauensindex



6.4 Großhandel drückt Umsatzentwicklung des Handels

Die Umsätze des Handels entwickelten sich 2013 ähnlich schwach wie im Vorjahr und blieben sowohl nominell (–2,0%) als auch real (–2,1%) bei nahezu stagnierenden Preisen hinter dem Ergebnis von 2012 zurück (Übersichten 19 und 20). Ein nomineller Umsatzrückgang war zuletzt im Krisenjahr 2009 zu beobachten gewesen. Bestimmend waren die hohen Umsatzeinbußen im Großhandel (ohne Kfz-Handel), auf den rund die Hälfte des gesamten Umsatzes im Handel entfällt und der durch die Schwäche des privaten Konsums wie auch der Investitionstätigkeit und des Außenhandels gedämpft wurde. 2013 setzte der Großhandel mit 111,3 Mrd. € um 4,2% weniger um als 2012. Aufgrund sinkender Preise (–0,7%) fiel der reale Rückgang mit –3,3% etwas geringer aus. Mit Ausnahme der Handelsvermittlung schrumpfte der Absatz in allen Großhandelsbranchen nominell teils kräftig. Die Beschäftigung ging 2013 im Großhandel um 0,8% zurück.

⁹⁾ Laut Konsumklimaindikator der Europäischen Kommission, der die Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit sowie zum Sparen in den nächsten 12 Monaten zusammenfasst.

Übersicht 18: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 2001/2005	Ø 2005/2009	Ø 2009/2013	2010	2011	2012	2013
	Veränderung in % p. a.						
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,6	- 0,2	+ 0,3	+ 1,9	- 0,6	- 0,5	+ 0,6
Tabakwaren, alkoholische Getränke	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,7	- 0,8
Bekleidung, Schuhe	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,7	+ 4,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,8
Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,9	- 0,2	- 0,6
Gesundheitspflege	- 0,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 3,1	+ 0,9	+ 1,0	- 0,7
Verkehr	+ 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,5	+ 2,2	- 0,6	- 1,2
Nachrichtenübermittlung	+ 7,3	+ 0,6	- 0,8	- 5,5	- 1,3	+ 3,5	+ 0,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 2,0	+ 5,4	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,6
Bildungswesen	- 1,1	- 2,5	+ 1,9	- 0,8	+ 4,0	+ 4,3	+ 0,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,5	+ 2,6	+ 1,5	+ 3,3	+ 2,5	+ 1,9	- 1,6
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 2,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 6,3	+ 1,0	- 1,0	- 0,1
Ausgaben von Gebietsansässigen im Ausland	- 1,0	- 1,0	- 2,8	- 1,8	- 4,9	+ 0,1	- 4,5
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 0,1	+ 3,3	+ 5,3	+ 1,5
Privater Konsum insgesamt	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,4	+ 4,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,6	- 2,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 19: Entwicklung der Umsätze im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Nominell</i>				
2011	+ 4,9	+ 8,1	+ 5,3	+ 2,5
2012	+ 0,0	- 3,9	+ 0,1	+ 1,8
2013	- 2,0	- 0,6	- 4,2	+ 1,4
1. Halbjahr	- 3,0	- 3,7	- 4,6	+ 0,7
2. Halbjahr	- 1,1	+ 2,9	- 3,6	+ 2,1
I. Quartal	- 4,3	- 6,9	- 6,2	+ 0,5
II. Quartal	- 1,6	- 0,8	- 3,2	+ 1,0
III. Quartal	- 1,2	+ 0,6	- 3,4	+ 2,7
IV. Quartal	- 1,0	+ 5,2	- 3,7	+ 1,6
<i>Real</i>				
2011	- 0,4	+ 6,5	- 1,7	- 1,1
2012	- 1,9	- 5,3	- 1,8	- 0,6
2013	- 2,1	- 0,9	- 3,3	- 0,2
1. Halbjahr	- 3,8	- 4,7	- 4,9	- 1,1
2. Halbjahr	- 0,4	+ 3,2	- 1,9	+ 0,7
I. Quartal	- 5,4	- 8,2	- 6,7	- 1,6
II. Quartal	- 2,3	- 1,5	- 3,3	- 0,8
III. Quartal	- 0,6	+ 0,7	- 1,9	+ 1,3
IV. Quartal	- 0,3	+ 5,7	- 1,8	+ 0,2

Q: Statistik Austria.

Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) erhöhten sich die Umsätze 2013 netto (ohne Umsatzsteuer) um 1,4% auf 59,7 Mrd. €. Nach Ausschaltung der Preissteigerungen bedeutet dies jedoch einen leichten Umsatzrückgang von 0,2%. Nominell entwickelten sich die Einzelhandelsumsätze wie in Deutschland, real etwas schlechter, da der Preisauftrieb in Deutschland geringer ausfiel als im Inland. Die Beschäftigung wurde wie im Krisenjahr 2009 leicht verringert.

Der Nahrungsmittelseinzelhandel verzeichnete sowohl nominell (+4,0%) als auch real (+1,0) Umsatzsteigerungen, im Nicht-Nahrungsmittelbereich ging die Nachfrage hingegen zurück. Der österreichische Kfz-Handel (rund 15% der gesamten Handelsumsätze) erzielte 2013 mit 26,9 Mrd. € nominell um 0,6% geringere Umsätze als im Vorjahr (real -0,9%), wobei im Jahresverlauf eine stetige Verbesserung zu beobachten war – insbesondere im IV. Quartal, als die privaten Haushalte wie auch die Unternehmen mit Pkw-Vorziehkäufen auf die bevorstehende Anhebung der Normverbrauchsab-

gabe mit 1. März 2014 reagierten. Der deutliche Umsatzrückgang (2012 nominell -3,9%, real -5,3%) ließ im Jahresdurchschnitt 2013 nach.

Übersicht 20: Preise und Beschäftigung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Preise (Ø 2010 = 100)</i>				
2011	+ 5,4	+ 1,4	+ 7,2	+ 3,7
2012	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,4
2013	+ 0,1	+ 0,4	- 0,7	+ 1,6
1. Halbjahr	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,9
2. Halbjahr	- 0,7	- 0,3	- 1,7	+ 1,4
I. Quartal	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,9
II. Quartal	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 1,8
III. Quartal	- 0,6	- 0,1	- 1,5	+ 1,4
IV. Quartal	- 0,8	- 0,4	- 1,9	+ 1,4
<i>Beschäftigung</i>				
2011	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3
2012	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,8
2013	- 0,5	- 1,3	- 0,8	- 0,2
1. Halbjahr	- 0,4	- 1,2	- 0,5	- 0,1
2. Halbjahr	- 0,7	- 1,4	- 1,2	- 0,2
I. Quartal	- 0,3	- 1,2	- 0,3	± 0,0
II. Quartal	- 0,5	- 1,2	- 0,7	- 0,1
III. Quartal	- 0,6	- 1,4	- 1,1	- 0,3
IV. Quartal	- 0,7	- 1,4	- 1,2	- 0,3

Q: Statistik Austria.

Jürgen Bierbaumer-Polly (Juergen.Bierbaumer-Polly@wifo.ac.at)
Statistik: Martina Agwi (Martina.Agwi@wifo.ac.at)

7. Verteuerung von Nahrungsmitteln und Dienstleistungen und Verbilligung von Mineralölprodukten bestimmen Inflationsverlauf

Die Inflationsrate erreichte im Jahresdurchschnitt 2013 auf Basis des Verbraucherpreisindex 2,0% (2011: 3,3%, 2012: 2,4%; Übersicht 21) und entsprach damit dem Durchschnitt der letzten zwei Jahrzehnte. Von 2,7% im Jänner 2013 verringerte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf (mit Ausnahme der Monate Mai und Dezember) stetig. Im Februar 2014 lag die Inflationsrate bei 1,5%. Diese rückläufige Entwicklung war wesentlich bestimmt durch den im Jahresverlauf zunehmenden negativen Inflationsbeitrag von Mineralölprodukten. Hätten sich die Preise von Mineralölprodukten im Jahresdurchschnitt wie der gesamte Warenkorb des VPI entwickelt, dann wäre die Inflationsrate um 0,3 Prozentpunkte höher ausgefallen. Daher veränderte sich die Kerninflation (Gesamtinflation ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, gemäß VPI) gegenüber dem Vorjahr kaum (2012: 2,2%, 2013: 2,1%). Dienstleistungen (+2,7%)¹⁰⁾ und Nahrungsmittel (+3,9%, II. Quartal 2013 +4,9%) trugen überdurchschnittlich zur Teuerung bei. Auch in diesen Gruppen ließ der Preisauftrieb im Laufe des Jahres nach.

Die Verbilligung von Mineralölprodukten war auf den Rückgang der Rohölpreise auf Euro-Basis zurückzuführen (Brent -5,6%).

Der überdurchschnittliche Anstieg der Mieten ergab sich zum einen aus der dynamischen Preisentwicklung in der Neuvermietung von frei vereinbarten Mieten. Zum anderen wirkte ein Struktureffekt auf die Bestandsmiete: Wenn Altverträge mit niedrigerer Miete durch Neuverträge mit höherer Miete auf Basis des freien Marktes bzw. des

¹⁰⁾ Hier vor allem Dienstleistungen für das Wohnen (Mieten +3,2%, Instandhaltung und Reparatur +3,0%, Betriebskosten i. w. S. +3,5% – einschließlich Gebühren für Wasserversorgung, Müllabfuhr, Abwasserentsorgung und Rauchfangkehrer) und Bewirtungsdienstleistungen (+3,6%).

Richtwertsystems ersetzt werden, bewirkt dies eine Zunahme der durchschnittlichen Bestandsmieten, auch wenn die Durchschnittsmieten bei Neuvermietung unverändert geblieben wären.

Übersicht 21: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0
Kerninflationsrate laut VPI ¹⁾	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1
Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH)	+ 0,9	+ 2,0	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,2
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	- 0,2	+ 0,6	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,4
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	- 3,4	+ 3,4	+ 6,7	+ 3,7	+ 1,3
Gebühren und Tarife ²⁾	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,2	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,4
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 1,2	+ 2,0	+ 4,1	+ 2,5	+ 3,5
Bekleidung und Schuhe	+ 1,5	+ 1,1	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,8
Wohnung, Wasser, Energie	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,3
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,8
Gesundheitspflege	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,5	+ 3,1
Verkehr	- 4,3	+ 3,4	+ 5,6	+ 2,6	- 0,3
Nachrichtenübermittlung	- 1,0	+ 1,9	+ 0,9	- 0,1	+ 1,3
Freizeit und Kultur	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,8
Erziehung und Unterricht	- 11,6	- 4,7	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,2
Restaurants und Hotels	+ 2,3	+ 1,1	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,2
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,4	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 1,7
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 0,5	+ 2,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 5,0
Verarbeitete Nahrungsmittel ⁴⁾	+ 0,4	+ 0,1	+ 4,7	+ 3,3	+ 2,8
Energie	- 9,5	+ 7,6	+ 11,0	+ 4,9	- 0,9
Industriegüter	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1
Dienstleistungen	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ WIFO-Berechnungen. – ³⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ⁴⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Am stärksten verteuerten sich im Jahr 2013 die folgenden zehn Indexpositionen (gereiht nach ihrem Inflationsbeitrag): Restaurants, Cafés (+3,6%, Beitrag zur Inflationsrate +0,23 Prozentpunkte), Fleisch (+4,9%, +0,13 Prozentpunkte), Wohnungsmieten (+3,2%, +0,13 Prozentpunkte), Elektrizität (+4,5%, +0,10 Prozentpunkte), Tabakwaren (+4,0%, +0,09 Prozentpunkte), Möbel und Innenausstattung (+2,7%, +0,09 Prozentpunkte), Wohnung – Instandhaltung – Material (+1,8%, +0,07 Prozentpunkte), Mobiltelefon, Grundentgelt (+13,1%, +0,07 Prozentpunkte), Betriebskosten, Mietwohnung (+3,9%, +0,07 Prozentpunkte) und Wohnung – Instandhaltung – Reparatur (+3,0%, +0,07 Prozentpunkte).

Am deutlichsten inflationsdämpfend wirkte die Preisentwicklung folgender Positionen: Dieseltreibstoff (-3,7%, Beitrag zur Inflationsrate -0,09 Prozentpunkte), Superbenzin (-3,8%, -0,07 Prozentpunkte), Heizöl extra leicht/Großabnahme (-5,1%, -0,04 Prozentpunkte), Mobiltelefon, Gesprächsentgelt (-4,8%, -0,04 Prozentpunkte), Flachfernseher (-5,5%, -0,03 Prozentpunkte), private Krankenversicherung (-1,3%, -0,03 Prozentpunkte), Pkw gebraucht (-3,0%, -0,02 Prozentpunkte), PC-Zubehör (-15,3%, -0,02 Prozentpunkte) und Geräte für Foto und Film (-7,5%, -0,01 Prozentpunkte).

Die administrierten Preise (im VPI enthaltene öffentliche Tarife und Gebühren) wurden 2013 mit +2,3% etwas über der Inflationsrate angehoben (2011 +2,0%, 2012 +2,4%) und trugen damit 0,2 Prozentpunkte zur Teuerung bei. Wie der harmonisierte Verbraucherpreisindex zu konstanten Steuersätzen zeigt, ging wie auch im Vorjahr von den Verbrauchssteuern kein zusätzlicher Beitrag zur Inflationsdynamik aus.

Der Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH) stieg im Jahresdurchschnitt 2013 um 2,2% (2011 +3,4%, 2012: 2,6%), um 0,2 Prozentpunkte stärker als der VPI. Diese Differenz geht auf die unterschiedliche Gewichtung der Positionen im PIPH und im VPI zu-

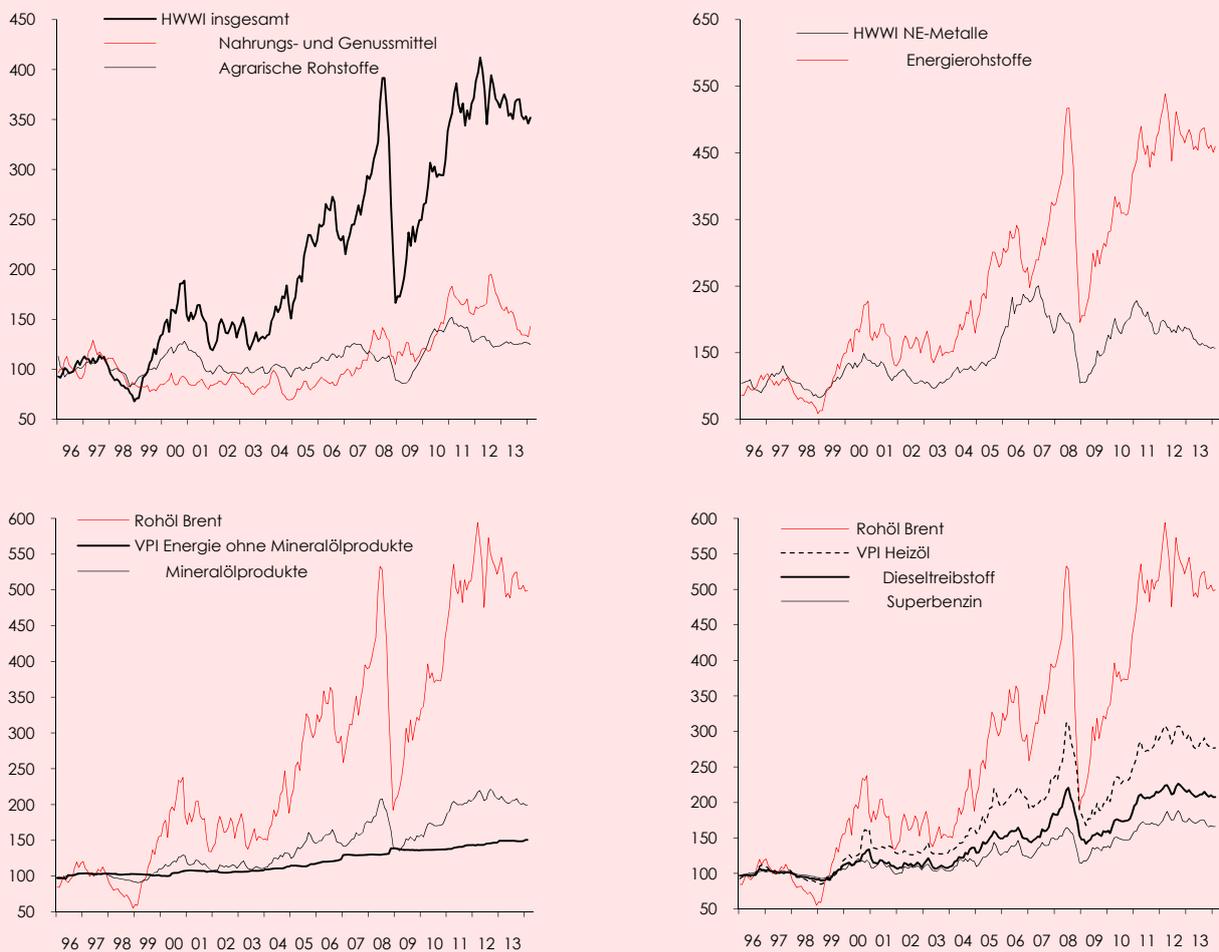
Die Inflationsrate betrug im Jahr 2013 2,0%. Einem Anstieg der Preise von Nahrungsmitteln und Dienstleistungen (Wohnkosten, Bewirtung) stand die Verbilligung von Mineralölprodukten gegenüber.

rück. Die Preisentwicklung der folgenden Gütergruppen trug aufgrund eines höheren Gewichtes im PIPH dazu bei: Gesundheitspflege (pharmazeutische Erzeugnisse, stationäre Gesundheitsdienstleistungen; Beitrag zum Inflationsunterschied zwischen PIPH und VPI +0,14 Prozentpunkte) und Wohnungsaufwand ohne Miete (Wohnungsinstandhaltung – Material und Dienstleistungen, Haushaltenergie +0,04 Prozentpunkte), Nahrungsmittel (einschließlich Alkohol +0,03 Prozentpunkte), für Senioren relevante soziale Dienstleistungen (Senioren-Wohnplatz, Heim-, Pflege- und Altenhilfe +0,02 Prozentpunkte). Treibstoffe haben zwar im PIPH ein geringeres Gewicht, ihr Preisrückgang erhöhte das Differential zum VPI jedoch um 0,04 Prozentpunkte.

Aufgrund eines niedrigeren Gewichtes wirkte die Preisentwicklung in den folgenden Produktgruppen auf das PIPH-VPI-Differential dämpfend: Bewirtung (–0,05 Prozentpunkte), Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen (Kindergartengebühr; –0,05 Prozentpunkte), Wohnungsmieten, Möbel und Innenausstattung sowie Tabak (jeweils –0,03 Prozentpunkte). Private Krankenversicherungen haben zwar im PIPH ein höheres Gewicht, ihr Preisrückgang senkte aber das Differential zum VPI um 0,02 Prozentpunkte.

Abbildung 13: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise

1996 = 100, auf Euro-Basis



Q: HWWI, Statistik Austria. HWWI . . . Weltmarktpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Die internationale Konjunkturschwäche schlug sich 2013 in der Rohstoffpreisentwicklung nieder. Gemäß dem HWWI-Index auf Euro-Basis sanken die Weltmarktpreise von Rohstoffen im Jahr 2013 um 5,1% (2011 +22,4%, 2012 +5,3%; Übersicht 22). Die Weltmarktnotierungen von Nahrungs- und Genussmitteln brachen um 14% ein (2011 +22,8%, 2012 +3,2%), jene von Industrierohstoffen gingen um knapp 6% zurück

(2011+8,7%, 2012 –8,9%), und Rohöl der Sorte Brent war um 5,6% billiger als ein Jahr zuvor (2011 +33,2%, 2012 +8,6%).

Übersicht 22: Entwicklung der Rohstoff- und Großhandelspreise

	Ø 2003/ 2013	Ø 2008/ 2013	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in % p. a.						
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>							
Dollarbasis	+ 12,3	+ 0,6	– 34,7	+ 28,9	+ 28,6	– 2,8	– 1,9
Euro-Basis	+ 10,5	+ 2,9	– 30,7	+ 36,4	+ 22,4	+ 5,3	– 5,1
Ohne Energierohstoffe	+ 5,7	+ 1,6	– 19,1	+ 37,4	+ 12,4	– 5,4	– 8,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 6,3	+ 3,0	– 8,7	+ 16,8	+ 22,8	+ 3,2	– 14,0
Industrierohstoffe	+ 5,5	+ 1,0	– 23,0	+ 46,6	+ 8,7	– 8,9	– 5,8
Agrarische Rohstoffe	+ 2,4	+ 3,0	– 12,6	+ 41,8	+ 5,1	– 9,8	– 1,3
NE-Metalle	+ 4,9	– 1,3	– 26,7	+ 45,3	+ 6,5	– 7,4	– 10,8
Energierohstoffe	+ 11,8	+ 3,2	– 33,2	+ 36,1	+ 25,0	+ 7,8	– 4,4
Rohöl	+ 11,9	+ 3,7	– 32,8	+ 35,7	+ 25,5	+ 9,1	– 3,9
<i>Index der Großhandelspreise</i>							
Konsumgüter	+ 2,7	+ 1,3	– 7,5	+ 5,0	+ 8,3	+ 2,4	– 1,1
Investitionsgüter	+ 2,5	+ 2,5	– 1,4	+ 2,1	+ 10,0	+ 4,0	– 1,7
Intermediärgüter	– 1,1	– 0,6	– 1,7	+ 1,2	– 3,1	+ 0,3	+ 0,6
Intermediärgüter	+ 4,1	+ 0,7	– 13,8	+ 8,8	+ 10,3	+ 1,1	– 0,8

Q: HWWI.

Übersicht 23: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2009		2010		2011		2012		2013	
	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,4
Kerninflationsrate ¹⁾	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,3
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,0
<i>COICOP-Gliederung</i>										
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 4,4	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,4
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 1,3	+ 4,1	+ 2,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,8
Bekleidung und Schuhe	+ 1,5	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,4
Wohnung, Wasser, Energie	+ 1,5	+ 0,0	+ 2,8	+ 2,0	+ 3,6	+ 4,9	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,2
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,9
Gesundheitspflege	+ 2,6	+ 1,4	+ 1,9	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,2	– 0,2
Verkehr	– 4,8	– 2,8	+ 3,4	+ 4,6	+ 6,1	+ 5,5	+ 3,1	+ 4,0	– 0,1	+ 0,5
Nachrichtenübermittlung	– 1,2	– 1,0	+ 1,4	– 0,8	+ 0,7	– 1,3	– 0,3	– 3,2	+ 1,4	– 4,2
Freizeit und Kultur	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,9	– 0,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,9
Erziehung und Unterricht	– 9,6	+ 1,0	– 4,2	+ 1,7	+ 4,1	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 3,9	+ 2,8
Restaurants und Hotels	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,7	+ 1,9	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,2
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,4	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5
<i>Sondergliederung</i>										
Unbearbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,0	+ 4,9	+ 3,5
Bearbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	+ 4,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,2
Energie	– 10,4	– 8,0	+ 7,6	+ 7,4	+ 11,3	+ 11,9	+ 5,1	+ 7,6	– 1,0	+ 0,6
Industriegüter	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,6
Dienstleistungen	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,4

Q: Eurostat. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

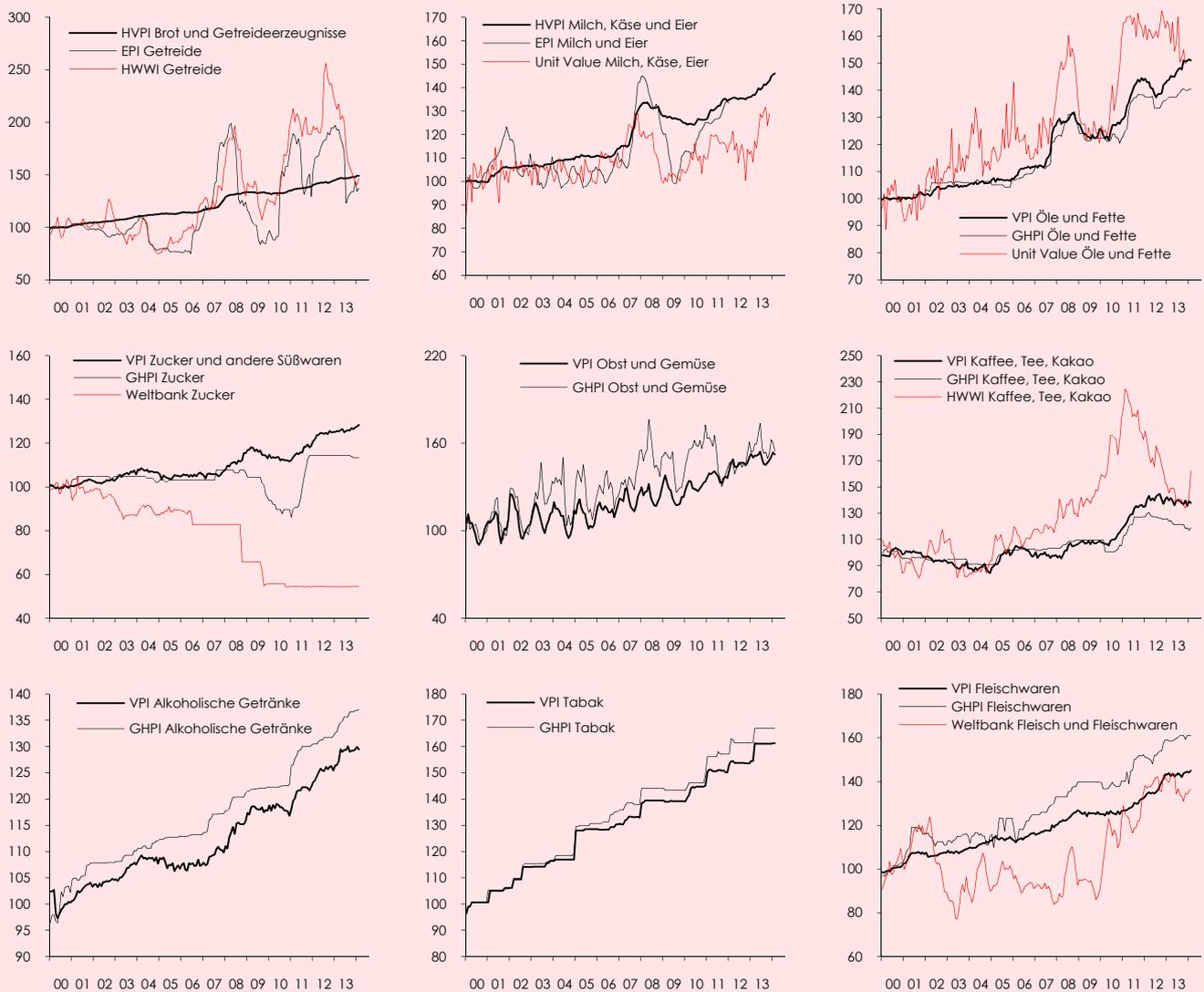
Die rückläufige Entwicklung der internationalen Rohstoffpreise spiegelt sich auch im Rückgang des Großhandelspreisindex (–1,1%, 2011 +8,3%, 2012 +2,4%).

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der für die EU-Länder nach weitgehend einheitlicher Methode erhoben wird, betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2013 2,1% (2011: 3,6%, 2012: 2,6%; Übersicht 23) und die Kerninflation 2,3% (ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel; 2011: 2,8%, 2012: 2,3%; Übersicht 23). Der Unterschied von +0,1 Prozentpunkten gegenüber der Inflationsrate laut VPI geht auf das abweichende Gewichtungsschema der beiden Indizes zurück: Der HVPI wird nach dem Inlandskonzept erstellt; Ausgaben von ausländischen Rei-

senden (vor allem für Restaurants und Hotels +0,17 Prozentpunkte, Kraft- und Schmierstoffe -0,04 Prozentpunkte, Kultur- und Freizeitdienstleistungen +0,02 Prozentpunkte) werden mit berücksichtigt und daher höher gewichtet als im VPI. Dies erhöhte die Inflationsrate laut HVPI 2013 um etwa 0,15 Prozentpunkte. Die Ausgaben für eigentümergegenutztes Wohnen sind im HVPI nicht enthalten, sodass auch die Ausgaben für die Wohnungsinstandhaltung in den HVPI mit einem geringeren Gewicht eingehen als in den VPI. Versicherungsleistungen werden im HVPI nach dem Nettokonzept erfasst (Prämienzahlungen minus Versicherungsleistungen; in den VPI gehen nur die Versicherungsprämien ein). Zusammengefasst dämpfte das die Inflationsrate laut HVPI 2013 um 0,1 Prozentpunkt.

Abbildung 14: Preisindizes für ausgewählte Nahrungsmittel in Österreich

2000 = 100, auf Euro-Basis



Q: Eurostat, HWWI, Statistik Austria, Weltbank. VPI ... Verbraucherpreisindex, HVPI ... harmonisierter Verbraucherpreisindex, EPI ... Erzeugerpreisindex, GHPI ... Großhandelspreisindex, HWWI ... Weltmarktpreisindex.

Das Inflationsdifferential gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes und gegenüber Deutschland war 2013 das dritte Jahr in Folge (2012 zwar nicht im Jahresdurchschnitt, jedoch im Jänner und im IV. Quartal) deutlich ausgeprägt und betrug +0,7 bzw. +0,5 Prozentpunkte (Deutschland); im Jahresverlauf schwankte es zwischen +0,5 und +1,1 Prozentpunkten (Deutschland -0,1 bis +1,0 Prozentpunkte). Auch im I. Quartal 2014 betrug der Unterschied noch +0,8 Prozentpunkte (Deutschland +0,4 Prozentpunkte). Mit dem Inkrafttreten der Verbrauchssteuererhöhungen in

Österreich ab März 2014 dürfte sich der Inflationsabstand neuerlich vergrößern und im weiteren Jahresverlauf nur langsam verringern.

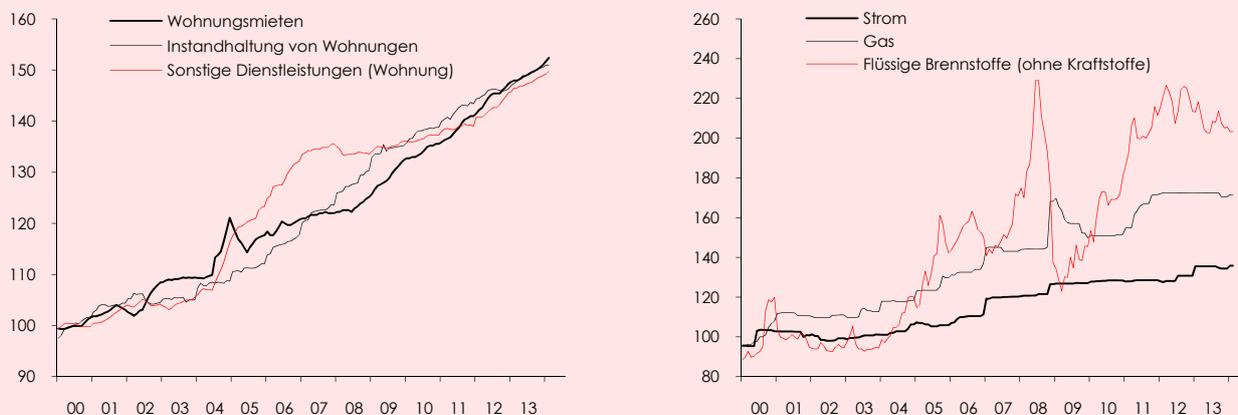
Maßgebend für die Inflationsdifferenz war der deutlich stärkere Anstieg der Dienstleistungspreise in Österreich (+3,0%; Euro-Raum +1,4%, Deutschland +1,5%). In erster Linie war dafür die erneut höhere Verteuerung von Dienstleistungen aus Bewirtung (Österreich +3,5%, Euro-Raum +1,7%, Deutschland +2,4%), Wohnen (+3,3%, +1,7% bzw. +1,2%) sowie Nachrichtenübermittlung (+1,4%, -4,2% bzw. -1,3%) und ambulante medizinische Dienstleistungen (+2,3%, -3,3% bzw. -12,2%)¹¹⁾ bestimmend. Die Preise industrieller Güter (ohne Energie; vor allem Möbel und Einrichtungsgegenstände) trugen knapp +0,2 Prozentpunkte zum Inflationsunterschied gegenüber dem Euro-Raum bzw. Deutschland bei. Die Energiepreise dämpften das Inflationsdifferential zum Euro-Raum 2013 um 0,2 Prozentpunkte jenes gegenüber Deutschland um 0,3 Prozentpunkte. Strom verteuerte sich in Österreich um 4,5%, im Durchschnitt des Euro-Raumes um 5,7% und in Deutschland um knapp 12%¹²⁾. Zudem gingen die Preise von Kraft- und Schmierstoffen in Österreich stärker zurück als im Durchschnitt des Euro-Raumes (Österreich -3,7%, Euro-Raum -2,2%, Deutschland -3,5%). Nahrungs- und Genussmittel (+3,5%, +2,7% bzw. +3,4%) lieferten aufgrund des in Österreich geringen Gewichts im Warenkorb für das Jahr 2013 keinen Beitrag zum Inflationsdifferential.

Laut HVPI betrug die Inflationsrate 2013 im Durchschnitt des Euro-Raumes 1,4% (2011: 2,7%, 2012: 2,5%). Die Bandbreite reichte in den einzelnen Ländern von Deflation in Griechenland (-0,9%) bis zu einer Teuerungsrate von 3,2% in Estland. Mit 2,1% verzeichnete Österreich die vierthöchste Inflationsrate im Euro-Raum. Die Inflationsdispersion (gemessen an der BIP-gewichteten Standardabweichung der Inflationsraten im Euro-Raum) nahm 2013 wieder zu, blieb aber unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre.

Der Preisauftrieb war 2013 in Österreich erneut höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,7 Prozentpunkte) und in Deutschland (+0,5 Prozentpunkte). Der Inflationsunterschied war maßgeblich auf den in Österreich zeitweise deutlich größeren Inflationsbeitrag der Dienstleistungen zurückzuführen.

Abbildung 15: Verbraucherpreisindizes für Wohnungsaufwand und Haushaltsenergie

2000 = 100, auf Euro-Basis



Q: Statistik Austria.

Das relative Preisniveau von Konsumgütern (tatsächlicher Individualverbrauch) veränderte sich in Österreich im Vergleich mit den anderen Ländern des Euro-Raumes in den letzten 5 Jahren im Gesamttaggregat aller erhobenen Konsumgüter und Dienstleistungen nicht wesentlich (gemäß den relativen Preisniveauindizes RPNI von Eurostat bis zum Jahr 2012; die Werte für 2013 werden erst im Sommer 2014 veröffentlicht). Die RPNI weisen Österreich das sechstöchste Preisniveau unter den Ländern

¹¹⁾ In Deutschland wurde mit 1. Jänner 2013 die quartalsweise zu entrichtende Praxisgebühr beim Besuch einer Arztpraxis abgeschafft.

¹²⁾ Die Umlage zur Förderung erneuerbarer Energieträger wurde in Deutschland mit 1. Jänner 2013 beinahe verdoppelt.

des Euro-Raums zu (2011 7. Rang; 2008 6. Rang). Über alle erhobenen Produktgruppen war das Preisniveau in Österreich um 7,3% höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes und um +9,6% höher als in Deutschland (Übersicht 24).

Übersicht 24: Vergleichende Preisniveauindizes für einzelne Länder des Euro-Raumes 2012

	Euro-Raum 17	Belgien	Deutschland	Irland	Grüechenland	Spanien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Finnland	Österreichs Rang
	EU 27 = 100													
Tatsächlicher Individualverbrauch	102,4	112,6	100,3	119,7	88,7	94,2	109,2	102,2	136,2	111,0	109,9	83,1	122,4	6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,0	109,7	105,9	118,0	103,9	92,9	108,8	111,6	115,8	96,2	119,5	90,0	118,7	1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Narkotika	96,5	94,6	90,6	174,9	92,4	85,4	105,9	99,4	85,3	102,1	89,5	84,8	135,2	11
Bekleidung und Schuhe	102,0	110,6	102,6	101,2	92,0	88,7	103,5	106,5	102,0	107,1	98,5	98,0	121,8	10
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	102,6	110,0	104,6	113,2	82,1	96,0	111,8	98,8	161,4	114,0	94,7	79,3	124,8	10
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	101,5	104,7	97,3	104,7	93,9	96,8	110,4	102,2	107,0	102,6	108,9	87,3	110,1	3
Gesundheitspflege	107,0	126,6	97,5	153,7	76,4	103,1	114,6	109,9	170,7	133,6	130,2	90,6	122,5	4
Verkehr	100,4	100,8	103,8	104,4	92,8	94,0	102,2	97,0	93,2	108,4	104,2	91,4	115,7	4
Nachrichtenübermittlung	103,2	123,5	81,4	119,4	127,5	147,0	109,5	106,2	90,1	124,4	96,0	114,6	79,3	10
Freizeit und Kultur	102,4	101,8	102,0	114,5	95,8	98,2	105,8	103,0	106,0	101,4	108,1	93,9	122,4	3
Erziehung und Unterricht	104,9	143,7	104,8	109,0	78,8	89,5	118,1	96,3	297,9	117,9	157,9	58,5	133,7	2
Gaststätten und Hotels	99,9	112,5	100,8	121,9	95,4	92,1	103,1	105,7	107,3	104,3	105,3	77,8	130,1	6
Sonstige Waren und Dienstleistungen	102,2	114,2	98,3	122,4	86,6	88,3	110,1	101,3	125,1	112,2	109,3	81,1	127,0	7

Q: Eurostat.

Josef Baumgartner (Josef.Baumgartner@wifo.ac.at)
 Statistik: Ursula Glauninger (Ursula.Glauninger@wifo.ac.at)

8. Reallöhne stagnieren

Die Einkommensentwicklung wurde im Jahr 2013 maßgeblich von der Erwartungshaltung der Tarifpartner im Herbst 2012 beeinflusst. Die Aussichten hatten sich im Herbst 2012 gegenüber der Juni-Prognose merklich verschlechtert: Für 2012 rechnete das WIFO Ende September 2012 mit einem realen Wirtschaftswachstum von 0,6% nach 2,7% im Jahr 2011, für 2013 wurde eine reale Zuwachsrate von 1,0% prognostiziert. Zudem wurde von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote ausgegangen, obwohl auch für die Beschäftigung eine neuerliche Zunahme erwartet wurde. Die Inflationsprognose sah eine merkliche Abschwächung vor (2,3% nach 3,3% im Vorjahr). Vor dem Hintergrund dieser verhaltenen Entwicklungen und der Nulllohnrunde im öffentlichen Dienst war das Jahr 2013 von einer Stagnation der Reallöhne gekennzeichnet: Die Nominallohne je Beschäftigungsverhältnis (einschließlich Teilzeit- und geringfügig Beschäftigter) stiegen im Durchschnitt mit +2,1% geringfügig stärker als die Verbraucherpreise (+2,0%).

8.1 Abschlüsse in der Herbstlohnrunde 2012

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Metallindustrie vereinbarten eine Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter um durchschnittlich 3,4%. Damit lag der neue Mindestlohn in diesem Wirtschaftszweig bei 1.636,35 €. Die Ist-Löhne wurden um denselben Prozentsatz angehoben. Nominell lag dieser Abschluss deutlich unter dem des Vorjahres (+4,2%).

Auch 2013 hatte der Abschluss der Metallindustrie offenbar Signalwirkung für die zeitlich nachgelagerten Lohnabschlüsse, denn die nominellen Entgelte stiegen in den meisten anderen Branchen ebenfalls schwächer als im langjährigen Durchschnitt. Im Metallgewerbe einigten sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter auf eine Steigerung der Mindestlöhne um 3,4%, während die Ist-Löhne und Ist-Gehälter um 3,2% angehoben wurden. In der Mineralölindustrie stiegen ab Februar 2013 die Kollektivvertragsbezüge um 3,4% und die Ist-Bezüge um 3,1%. Für die Beschäftigten der Ener-

gieversorgungsunternehmen wurden je nach Einkommenshöhe im Februar 2013 Steigerungen zwischen 2,8% und 3,2% wirksam.

In den meisten Dienstleistungsbereichen blieben die Abschlüsse ebenfalls deutlich unter denen für das Jahr 2012. Im Handel einigten sich die Tarifpartner auf eine durchschnittliche Anhebung der Mindestlöhne und -gehälter der 530.000 Angestellten um 3,0% (im Vorjahr +3,6%). Der Abschluss der Gesundheits- und Sozialberufe, der im Februar 2013 wirksam wurde, sah eine Steigerung der Mindestlöhne und Mindestgehälter um 2,7% vor. Im Gesundheits- und Sozialbereich wurden die Einstiegs-löhne und -gehälter auf 1.400 € pro Monat angehoben. Im Finanzbereich wurde das Kollektivvertragsgehalt der etwa 80.000 Beschäftigten um 2,5% erhöht. Für die Vertragsbediensteten und Beamten im öffentlichen Dienst einigten sich Gewerkschaft und Bundesregierung für das Jahr 2013 auf eine Nulllohnrunde.

Übersicht 25: Lohnrunde 2013

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss	
		Mindestlöhne Erhöhung in %	Ist-Löhne
<i>Bedienstete</i>			
Öffentlicher Dienst	November 2012	+ 0,0 ¹⁾	+ 0,0 ¹⁾
<i>Arbeiter</i>			
Metallindustrie und Bergbau, Gas- und Wärmeversorgung	November 2012	+ 3,4	+3,0 bis +3,3
Metallgewerbe	Jänner 2013	+ 3,4	+ 3,2
Handel	Jänner 2013	+ 3,0	²⁾
Mineralölindustrie	Jänner 2013	+ 3,4	+ 3,1
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2013	+ 3,2	+ 3,0
Gesundheits- und Sozialberufe	Februar 2013	+2,7 bis +2,75 ³⁾	
Bauhilfs- und -nebegewerbe	März 2013	+2,5 bis +3,1 ⁴⁾	⁵⁾
Graphisches Gewerbe	April 2013	+ 2,64 ⁵⁾	+ 2,64
Stein- und keramische Industrie	April 2013	+ 3,2	+ 3,0
Elektro- und Elektronikindustrie	April 2013	+3,0 bis +3,2	+2,8 bis +3,0
Textilindustrie	April 2013	+ 3,0	+ 2,8
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2013	+ 3,1 ⁵⁾	
Chemische Industrie	Mai 2013	+ 3,3 ⁶⁾	+ 3,2 ⁶⁾
Holz- und kunststoffverarbeitendes Gewerbe	Mai 2013	+2,5 bis +2,8 ⁷⁾	
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	Mai 2013	+ 3,1	+2,7 bis +3,0
Holzverarbeitende Industrie	Mai 2013	+3,0 bis +3,2	+ 2,8 ⁸⁾
Hotel- und Gastgewerbe	Mai 2013	+3,0 bis +3,45 ⁹⁾	+3,0 bis +3,45
Glasbe- und -verarbeitung	Juni 2013	+ 3,05	+ 2,8
Sägeindustrie	Juni 2013	+3,0 bis +3,2	+ 2,8
		Mindestgehälter	Ist-Gehälter
<i>Angestellte</i>			
Stein- und keramische Industrie	November 2012	+ 3,4	+ 3,2
Metallindustrie und Bergbau, Gas- und Wärmeversorgung	November 2012	+3,3 bis +3,4 ¹⁰⁾	+3,0 bis +3,3
Metallgewerbe	Jänner 2013	+3,0 bis +3,2	+2,95 bis +3,1
Handel	Jänner 2013	+3,5 bis +3,85	
Mineralölindustrie	Jänner 2013	+ 3,4	+ 3,1
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2013	+2,9 bis +3,2	+2,8 bis +3,0
Gesundheits- und Sozialberufe	Februar 2013	+2,7 bis +2,75 ³⁾	
Finance	April 2013	+ 2,55	
Graphisches Gewerbe	April 2013	+ 2,64 ⁵⁾	+ 2,64
Elektro- und Elektronikindustrie	April 2013	+3,0 bis +3,2 ¹¹⁾	+2,8 bis +3,0
Textilindustrie	April 2013	+ 3,0	+ 2,8
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2013	+ 3,0	
Chemische Industrie	Mai 2013	+ 3,3 ⁶⁾	+ 3,2
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	Mai 2013	+ 3,1	+2,7 bis +3,0
Holzverarbeitende Industrie	Mai 2013	+2,6 bis +3,2	+2,6 bis +3,0
Hotel- und Gastgewerbe	Mai 2013	+3,0 bis +3,45 ⁹⁾	+3,0 bis +3,45
Glasbe- und -verarbeitung	Juni 2013	+ 3,10	+2,6 bis +3,0
Sägeindustrie	Juni 2013	+2,6 bis +3,2	+2,6 bis +3,0

Q: Gewerkschaften. – ¹⁾ Nulllohnrunde für 2013. – ²⁾ Überzahlungen bleiben aufrecht, centgenau. – ³⁾ Anhebung der Einstiegsgehälter auf 1.400 €. – ⁴⁾ +3,1% für alle Betriebe, die nicht dem Bauarbeiterurlaubs- und Abfertigungsgesetz (BUAG) unterliegen. – ⁵⁾ Ist-Löhne: Parallelverschiebung. – ⁶⁾ Mindestens +63 €. – ⁷⁾ Mit 1. Mai 2014: Erhöhung um Inflationsrate laut VPI plus 0,4%. – ⁸⁾ Mindestens +65 €. – ⁹⁾ Doppelabschluss: mit 1. Mai 2013 Anhebung um Inflationsrate laut VPI (Zwölfmonatsdurchschnitt April 2012 bis März 2013) plus 0,5%. – ¹⁰⁾ Neues Mindestgehalt in BG-A: 1.636,3 €. – ¹¹⁾ Laut GPA durchschnittlich +3,15%.

8.2 Frühjahrslohnrunde 2013 bestätigt Trend der Herbstabschlüsse 2012

Im Jahr 2012 fielen die Arbeitslosenquote höher und die Beschäftigung niedriger aus als im Herbst 2012 erwartet wurde. Die Abschlüsse der Lohnverhandlungen im Frühjahr 2013 waren in der Folge entsprechend niedriger als im Vorjahr.

Die Mindestlöhne und -gehälter der rund 60.000 Beschäftigten in der Elektro- und Elektronikindustrie wurden gestaffelt um 3,0% bis 3,2% erhöht (2012 +3,8 bis +4,5%). Der Abschluss in der Textilindustrie sah eine Steigerung der Mindestlöhne und Mindestgehälter um 3,0% vor (2012 +3,75%). In diesen Branchen wurden die Ist-Löhne jeweils um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte weniger erhöht als die entsprechenden Kollektivvertragsbezüge.

Die Vertreter der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bauindustrie und im Baugewerbe einigten sich im Frühjahr 2013 auf eine Anhebung der Mindestlöhne um 3,1% (2012 +3,75%). Etwas niedrigere Abschlüsse wurden im Bauhilfs- und Baunebengewerbe vereinbart (+2,5% bis +3,1%). Die Angestellten in der Baubranche erzielten mit einer Erhöhung der Mindestgehälter um 3,0% einen ähnlichen Abschluss wie die Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Hotel- und Gastgewerbe wurden die Kollektivvertragslöhne um 2,96% erhöht; bereits im Vorjahr war die Einführung eines Mindestlohnes von 1.320,00 € pro Monat mit Mai 2013 vereinbart worden. In der chemischen Industrie – mit rund 45.000 Beschäftigten – wurden die kollektivvertraglichen Mindestbezüge ebenfalls unter dem Vorjahresniveau angehoben (+3,3%).

Übersicht 26: Tariflohnindex 2006

	Arbeiter und Arbeiterinnen		Angestellte		Beschäftigte insgesamt	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Tariflohnindex insgesamt					+ 3,3	+ 2,6
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,1
Gewerbe	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,2
Baugewerbe	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,4
Industrie	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,8 ¹⁾	+ 3,4
Handel	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,1
Transport und Verkehr	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,6
Tourismus und Freizeitwirtschaft	+ 2,4	+ 5,1 ¹⁾	+ 2,2	+ 3,9	+ 2,3	+ 4,8 ¹⁾
Bank und Versicherung	+ 2,5	+ 4,5	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2 ¹⁾	+ 2,8
Freie Berufe	+ 3,6	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,2
Land- und Forstwirtschaft	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,9
Öffentlicher Dienst					+ 2,6	+ 0,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Rundungsdifferenzen gegenüber den von Statistik Austria veröffentlichten Indexwerten.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerbezüge in den einzelnen Branchen spiegelt sich auch in den aggregierten Daten des Tariflohnindex. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne stiegen demnach im Jahr 2013 im Durchschnitt über alle Branchen um 2,6%, um 0,7 Prozentpunkte schwächer als im Vorjahr (Übersicht 26). Eine Ausnahme von diesem Muster bildete die Entwicklung in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft: Hier stieg der Tariflohnindex u. a. als Folge der Anhebung des Mindestlohnes im Hotel- und Gastgewerbe um 4,8% (2012 +2,3%). In allen anderen Branchen stiegen die Mindestlöhne schwächer als im Jahr davor, etwa im Gewerbe um 3,2% (2012 +3,5%), im Handel um 3,1% (2012 +3,5%), im Banken- und Versicherungssektor um 2,8% (2012 +3,2%) sowie im Transport und Verkehr um 2,6% (2012 +3,4%). Im öffentlichen Dienst erhöhten sich die Bezüge 2013 aufgrund der Nulllohnrunde mit +0,7% deutlich schwächer als im Vorjahr (2012 +2,6%) und als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

8.3 Inflation zehrt 2013 beinahe gesamten Einkommenszuwachs auf

Das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme verlangsamte sich 2013 erstmals seit 2009 beträchtlich. Mit +2,9% (2012 +4,0%) nahm die Lohn- und Gehaltssumme aber stärker zu als das nominelle Bruttoinlandsprodukt (+2,0%). Die bereinigte Bruttolohnquote – der makroökonomische Indikator für den Lohnanteil am Volkseinkommen – stieg von 69,3% 2012 auf 70,1% 2013 (+0,8 Prozentpunkte) und bestätigte damit eine

Entwicklung, die seit 2007 (mit Ausnahme des Jahres 2010) zu beobachten ist (2007/2013 +3,9 Prozentpunkte).

Übersicht 27: Löhne und Einkommen

	2011	2012	2013	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			In €
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,9	+ 4,0	+ 2,9	
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾				
Brutto nominell	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	
Brutto real ²⁾	- 1,4	- 0,1	+ 0,1	
Netto nominell	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,7 ³⁾	
Netto real ²⁾	- 1,8	- 1,1	- 0,3 ³⁾	
Bruttoverdienst pro Kopf ¹⁾ (mit Sonderzahlungen, ohne Abfertigungen)				
Sachgüterproduktion (ÖNACE)				
Pro Monat	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,5	3.462,211
Pro Stunde	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,8	21,23
Industrie (Fachverbandsgliederung)				
Pro Monat	+ 3,1	+ 3,4	+ 2,6	3.781,243
Pro Stunde	+ 3,2	+ 2,2	+ 3,0	23,03

Q: Statistik Austria, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI). – ³⁾ Laut WIFO-Prognose vom März 2014.

Die Trendwende in der Entwicklung der Lohnquote seit 2007 wurde insbesondere von der schwachen Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenserträge geprägt: Während im Krisenjahr 2009 die Arbeitnehmerentgelte noch geringfügig wuchsen (+0,9%), brachen die Unternehmens- und Vermögenserträge um 15,8% ein und schrumpften 2012 und 2013 weiter. Dieser Rückgang hatte eine Abnahme des Volkseinkommens im Jahr 2009 zur Folge; seit 2012 blieb das Wachstum des Volkseinkommens hinter dem der Arbeitnehmerentgelte zurück.

In der Gesamtwirtschaft, d. h. unter Berücksichtigung der geringfügig Beschäftigten, betrug das monatliche Bruttoeinkommen (einschließlich Sonderzahlungen) im Jahr 2013 je Beschäftigungsverhältnis 2.875,6 €. In der exportorientierten Sachgüterindustrie mit ihrer überdurchschnittlichen Produktivität lag das Monatseinkommen bei 3.462,2 €. In der Industrie (gemäß Fachverbandsgliederung) betrugen die Bruttomonatsverdienste 3.781,2 €.

Je Beschäftigungsverhältnis erhöhten sich die Löhne und Gehälter 2013 gegenüber dem Vorjahr deutlich schwächer als die Lohn- und Gehaltssumme. Der Zunahme der unselbständigen Beschäftigung von 0,6% und der geringfügigen Beschäftigung um 2,4% stand ein Wachstum der Lohnsumme von 2,9% und der Bruttoeinkommen (je Beschäftigungsverhältnis) von 2,1% gegenüber. Bezogen auf die Aktivbeschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte) lag das Einkommenswachstum je Beschäftigungsverhältnis bei 2,4%. In der Fachverbandsgliederung der Industrie stiegen die Bruttomonatsverdienste je Beschäftigungsverhältnis (Jänner bis Dezember 2013) mit +2,6% stärker als in der Gesamtwirtschaft und auch stärker als in der Sachgütererzeugung (+2,5%).

Insgesamt hielt die seit 2009 beobachtete negative Lohndrift 2013 an: Die tarifvertraglichen Mindestlöhne erhöhten sich in der Gesamtwirtschaft laut Tariflohnindex um 2,6%, die Steigerung der Bruttoeinkommen je Beschäftigungsverhältnis blieb um rund 0,5 Prozentpunkte unter dieser Rate. Ohne Berücksichtigung des öffentlichen Dienstes und der dort wirksamen Nulllohnrunde stieg der Tariflohnindex im Jahr 2013 allerdings deutlich stärker (+3,1% gegenüber dem Vorjahr), was die negative Lohndrift noch verstärkte. Gemessen an einem anhand der Lohn- und Gehaltssumme und des geleisteten Arbeitsvolumens laut VGR berechneten durchschnittlichen Stundenverdienst war 2013 keine negative Lohndrift der Stundenlöhne zu verzeichnen.

Nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge waren die Nettoeinkommen 2013 mit 1.983,9 € je Beschäftigungsverhältnis wie in den Vorjahren um knapp 30% niedriger als die Bruttoeinkommen. Für die reale Einkommensentwicklung

je Beschäftigungsverhältnis ist die Preisentwicklung entscheidend. Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (2013 +2,0%) stagnierten die realen Bruttolöhne und -gehälter. Daten zur Entwicklung der Stundenverdienste liegen nur aus der Sachgütererzeugung vor (Jänner bis November 2013). Einschließlich Sonderzahlungen waren hier die Bruttostundenverdienste 2013 mit 21,23 € um 2,8% höher als im Vorjahr. In der Industrie erhöhten sich die Stundenbruttoverdienste mit +3,0% etwas stärker als in der Sachgütererzeugung und betragen 23,03 €.

8.4 2014 abermals Stagnation der Realeinkommen

Die Konjunktur gewinnt 2014 nur langsam an Schwung. Während die exportorientierte Wirtschaft keine deutlichen Produktionssteigerungen erzielen wird, steigen die Bruttoinvestitionen wie auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte etwas stärker als 2013 angenommen. Die Wirtschaft wächst dennoch zu wenig, um die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen, auch wird das Arbeitskräfteangebot weiterhin zunehmen.

Die Lohnabschlüsse vom Herbst 2013 für das laufende Jahr 2014 waren gekennzeichnet von den abermals getrennten Verhandlungen der sechs Verbände der Metallindustrie. Sie brachten ähnliche Abschlüsse für die Mindestlöhne und für die Istlöhne mit einer Bandbreite zwischen +2,5% und +3,2%. Der Abschluss im Handel wurde für zwei Jahre festgelegt; er beträgt für 2014 +2,5% bis +2,55%, für 2015 orientiert sich die Erhöhung am Verbraucherpreisindex mit einem Aufschlag von 0,4 Prozentpunkten. Der Mindestlohn im Handel liegt derzeit bei 1.450 € und steigt 2015 auf 1.500 €. Nach der Nulllohnrunde im öffentlichen Dienst für das Jahr 2013 wurde auch hier ein Zweijahresabschluss festgelegt: Mit 1. März 2014 werden die Mindestlöhne und -gehälter gestaffelt um 1,55% bis 2,53% angehoben, 2015 werden sie mit der Inflationsrate und einem Aufschlag von 0,1 Prozentpunkt angepasst werden.

2014 verlangsamt sich der Preisaufrtrieb auf 1,9%. Die Abschlüsse aus der Lohnrunde vom Herbst 2013, die knapp über der Inflationsrate liegen, lassen eine Einkommenssteigerung je Beschäftigungsverhältnis um 2,1% und damit eine geringere Dynamik als im Vorjahr erwarten. Die Nettoeinkommen könnten damit 2014 erneut real nicht zunehmen, eine Entwicklung die bereits seit 2010 anhält. Auch heuer steigen die Istlöhne schwächer als die vertraglichen Mindestlöhne, die negative Lohndrift könnte sich so das sechste Jahr in Folge fortsetzen.

Christine Mayrhuber (Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at)

Silvia Rocha-Akis (Silvia.Rocha-Akis@wifo.ac.at)

Statistik: Martin Keppelmüller (Martin.Keppelmüller@wifo.ac.at)

9. Beschäftigungsaufbau verlangsamt, Arbeitslosigkeit steigt angebotsbedingt

Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes war 2013 geprägt von Sondereffekten wie dem Einsetzen strengerer Regeln für den Pensionszugang und dem Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus den Nachbarländern. Sie übertraf den Beschäftigungsanstieg deutlich, sodass die Zahl der Arbeitslosen wie 2012 im gesamten Jahresverlauf zunahm. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich der Konjunkturlage und der Angebotsausweitung entsprechend auf 7,6%.

Vor dem Hintergrund der verhaltenen Konjunktur verlangsamte sich das Beschäftigungswachstum im Jahresverlauf 2013 schrittweise, insbesondere im 2. Halbjahr. Insgesamt war es 2013 weniger als halb so hoch wie 2012 (+21.226 oder +0,6% nach +47.155 oder +1,4% im Jahr 2012). Die Zahl der aktiven unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse betrug im Jahresdurchschnitt 3,391.706. Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit und des Stellenangebotes spiegelt die angespannte Konjunkturlage noch deutlicher wider: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit verdoppelte sich von +13.941 oder +5,7% im Jahr 2012 auf +26.563 oder +10,2% (auf 287.207), während die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen das zweite Jahr in Folge sank (-3.039 oder -10,3% auf 26.383). Auch die Zahl der Schulungsteilnahmen von Arbeitslosen stieg doppelt so rasch wie im Vorjahr (2012 +3.371 oder +5,3%, 2013 +6.914 oder +10,4% auf 73.516).

Die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes fiel 2013 mit +44.105 (+1,2%) etwas geringer aus als 2012, als sie so hoch wie zuletzt vor 20 Jahren (1992) gewesen war.

Die Zahl der aktiven Erwerbspersonen im Inland stieg um 56.890 oder 1,4% auf 4,129.013. Die Erwerbsquote der aktiv Erwerbstätigen erhöhte sich um 0,8 Prozentpunkte auf 72,3%, die Beschäftigungsquote wurde dagegen etwas weniger stark auf 67,3% ausgeweitet (+0,4 Prozentpunkte).

Übersicht 28: Der Arbeitsmarkt für Männer und Frauen im Überblick

	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2012/13	
					Absolut	In %
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	3.360.238	3.421.748	3.465.454	3.482.996	+ 17.542	+ 0,5
Männer	1.786.206	1.822.970	1.846.535	1.853.144	+ 6.609	+ 0,4
Frauen	1.574.032	1.598.778	1.618.918	1.629.852	+ 10.934	+ 0,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ²⁾	3.260.013	3.323.325	3.370.480	3.391.706	+ 21.227	+ 0,6
Männer	1.775.518	1.812.437	1.836.116	1.843.305	+ 7.189	+ 0,4
Frauen	1.484.495	1.510.888	1.534.363	1.548.401	+ 14.038	+ 0,9
Unselbständig aktiv beschäftigte inländische Arbeitskräfte	2.808.737	2.834.391	2.843.418	2.834.954	- 8.464	- 0,3
Männer	1.509.498	1.522.793	1.523.884	1.514.877	- 9.007	- 0,6
Frauen	1.299.239	1.311.598	1.319.533	1.320.077	+ 544	+ 0,0
Unselbständig aktiv beschäftigte ausländische Arbeitskräfte	451.276	488.934	527.062	556.752	+ 29.690	+ 5,6
Männer	266.020	289.644	312.232	328.428	+ 16.196	+ 5,2
Frauen	185.256	199.290	214.830	228.324	+ 13.494	+ 6,3
Selbständige und Mithelfende ³⁾	432.500	436.500	441.000	450.100	+ 9.100	+ 2,1
Männer	264.400	264.100	264.500	268.000	+ 3.500	+ 1,3
Frauen	168.100	172.400	176.500	182.100	+ 5.600	+ 3,2
Aktiv Erwerbstätige	3.692.513	3.759.825	3.811.480	3.841.806	+ 30.327	+ 0,8
Männer	2.039.918	2.076.537	2.100.616	2.111.305	+ 10.689	+ 0,5
Frauen	1.652.595	1.683.288	1.710.863	1.730.501	+ 19.638	+ 1,1
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	250.782	246.702	260.643	287.207	+ 26.564	+ 10,2
Männer	145.106	139.095	148.355	165.195	+ 16.840	+ 11,4
Frauen	105.676	107.607	112.288	122.012	+ 9.724	+ 8,7
Personen in Schulungen ⁴⁾	73.190	63.231	66.602	73.516	+ 6.914	+ 10,4
Männer	36.641	30.833	32.299	35.844	+ 3.545	+ 11,0
Frauen	36.549	32.398	34.303	37.672	+ 3.369	+ 9,8
Erwerbspersonen ⁵⁾	3.943.295	4.006.527	4.072.123	4.129.013	+ 56.890	+ 1,4
Männer	2.185.024	2.215.632	2.248.971	2.276.500	+ 27.529	+ 1,2
Frauen	1.758.271	1.790.895	1.823.151	1.852.513	+ 29.362	+ 1,6
Bevölkerung 15 bis 64 Jahre ⁶⁾	5.644.186	5.675.483	5.693.436	5.707.452	+ 14.016	+ 0,2
Männer	2.821.355	2.837.876	2.845.981	2.852.345	+ 6.364	+ 0,2
Frauen	2.822.831	2.837.607	2.847.455	2.855.107	+ 7.652	+ 0,3
Beim Arbeitsmarktservice gemeldete sofort verfügbare offene Stellen	31.009	32.310	29.422	26.383	- 3.039	- 10,3
				In %		
Erwerbsquote ⁵⁾	69,9	70,6	71,5	72,3		
Männer	77,4	78,1	79,0	79,8		
Frauen	62,3	63,1	64,0	64,9		
Beschäftigungsquote ⁷⁾	65,4	66,2	66,9	67,3		
Männer	72,3	73,2	73,8	74,0		
Frauen	58,5	59,3	60,1	60,6		
<i>Arbeitslosenquote</i>						
Laut AMS und Hauptverband der öster- reichischen Sozialversicherungsträger	6,9	6,7	7	7,6		
Männer	7,5	7,1	7,4	8,2		
Frauen	6,3	6,3	6,5	7,0		
Laut Eurostat	4,4	4,2	4,3	4,9		
Männer	4,6	4,0	4,4	4,9		
Frauen	4,2	4,3	4,3	4,9		

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Unselbständige laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Präsenzdiener, ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen und Arbeitslose in Schulungen im Beschäftigungsstand; WIFO-Berechnungen. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁵⁾ Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – ⁶⁾ Bevölkerung zur Jahresmitte laut Statistik Austria; 2011: vorläufig. – ⁷⁾ Aktiv Erwerbstätige.

Wegen der Konjunkturschwäche nahm die Beschäftigung der Männer merklich schwächer zu als 2012 (2013 +7.189 oder +0,4%, 2012 +23.679 oder +1,3%). Im Jahresdurchschnitt 2013 waren 1.843.305 Männer unselbständig beschäftigt.

Auch die Frauenbeschäftigung wuchs langsamer als 2012 (2013 +14.038 oder +0,9%, 2012 +23.476 oder +1,6%), allerdings wesentlich stärker als die Männerbeschäftigung, weil sie mehr auf den Inlandsmarkt als auf die exportorientierten Wirtschaftsbereiche konzentriert ist. Im Jahresdurchschnitt lag die Frauenbeschäftigung bei 1.548.401 Beschäftigungsverhältnissen. Der Frauenanteil an der Aktivbeschäftigung betrug 45,7%.

Am stärksten stieg 2013 die Beschäftigung in der Altersgruppe 50 bis 54 Jahre (+19.470), in erster Linie weil die Babyboom-Generation (geboren Anfang der 1960er-Jahre) derzeit dieses Alter erreicht. Am stärksten rückläufig war die Beschäftigung in der Altersgruppe der 40- bis 44-Jährigen (-15.997).

Die Zahl der Personen mit Kindergeldbezug aus einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis sank im Jahresdurchschnitt 2013 neuerlich (-3.285 oder -3,7% auf 84.604).

9.1 Zahl der Selbständigen steigt in der Nicht-Landwirtschaft beschleunigt

Der Anstieg der Selbständigenzahl erhöhte sich im Jahresverlauf 2013 laut WIFO-Berechnungen¹³⁾ beträchtlich (+9.100 oder +2,1% auf 450.100). Wie in den letzten Jahren war diese Entwicklung zu einem Großteil eine Folge der anhaltenden Expansion der selbständigen Tätigkeit von Frauen aus den neuen EU-Ländern (Beitritt 2004 und 2007), die persönliche Dienstleistungen erbringen.

9.2 Anhaltender Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus den EU-Nachbarländern

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte entwickelt sich seit dem Ende der Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern sehr dynamisch. Auch 2013 hielt dieser Trend an, wenngleich etwas abgeschwächt. Im Jahresdurchschnitt waren um 29.690 ausländische Arbeitskräfte mehr unselbständig beschäftigt als im Vorjahr (+5,6%, 2012 +38.128 oder +7,8%). Insgesamt entfielen 16,4% der gesamten Aktivbeschäftigung auf ausländische Arbeitskräfte. Das Arbeitskräfteangebot an ausländischen Arbeitskräften erhöhte sich dementsprechend etwas weniger stark als in den zwei Jahren zuvor, als Wachstumsraten wie zuletzt 1991 verzeichnet worden waren (2013 +6,8%, 2012 +8,2%).

Weiterhin kamen besonders viele Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern (Beitritt 2004: 2013 +20.106 oder +17,3%, 2012 +27.818 oder +31,4%; Beitritt 2007: 2013 +2.390 oder +9,1%, 2012 +2.694 oder +11,4%) und aus den anderen EU-Ländern bzw. dem EWR (einschließlich Schweiz; 2013 +4.547 oder +3,9%, 2012 +4.579 oder +4,1%). Die Beschäftigung von Arbeitskräften aus Drittländern stagnierte neuerlich (+0,7%, 2012 +0,9%). Aus Kroatien, das Mitte 2013 als 28. Mitgliedsland der EU beiträt, kamen 2013 857 zusätzliche Arbeitskräfte (+4,8% auf 18.607).

Übersicht 29: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Veränderung 2012/13	
							Absolut	In %
Insgesamt	437.055	431.552	451.276	488.934	527.062	556.752	+ 29.690	+ 5,6
Männer	262.654	254.858	266.020	289.644	312.232	328.428	+ 16.197	+ 5,2
Frauen	174.401	176.694	185.256	199.290	214.830	228.324	+ 13.494	+ 6,3
<i>Herkunft</i>								
EU 15 ohne Österreich, EFTA, Schweiz	94.150	96.851	103.743	110.540	115.119	119.666	+ 4.547	+ 3,9
Neue EU-Länder								
Beitritt 2004	61.055	63.442	69.019	88.493	116.312	136.418	+ 20.106	+ 17,3
Beitritt 2007	17.809	18.405	20.458	23.636	26.330	28.721	+ 2.390	+ 9,1
Kroatien	15.194	15.193	16.053	17.001	17.750	18.607	+ 857	+ 4,8
Übriges Ausland	248.848	237.660	242.002	249.264	251.551	253.341	+ 1.790	+ 0,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

¹³⁾ Die Berechnung der Selbständigenzahlen durch das WIFO berücksichtigt alle Personen, die gemäß Erwerbskarrierenmonitoring der Arbeitsmarktdatenbank von AMS und Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ausschließlich als Selbständige in bzw. außerhalb der Land- und Forstwirtschaft tätig sind (Selbständige mit einer zusätzlichen unselbständigen Beschäftigung bleiben unberücksichtigt). Darüber hinaus wird die Zahl der Rechtsanwälte bzw. Rechtsanwältinnen, Notare bzw. Notarinnen und Ziviltechniker bzw. Ziviltechnikerinnen in Österreich laut den Länderkammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag und der Österreichischen Notariatskammer einbezogen.

Personen aus den neuen EU-Ländern (Beitritt 2004) bildeten 2013, wie bereits erstmals 2012, die größte Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte mit 4,0% der aktiv unselbständigen Beschäftigung. 0,8% der Beschäftigten entfielen auf Arbeitskräfte aus den EU-Beitrittsländern von 2007, 3,5% auf Arbeitskräfte aus dem EWR und den anderen Ländern der EU 15 (einschließlich Schweiz). Arbeitskräfte aus Drittländern stellten 7,5%, jene aus Kroatien 0,5% der gesamten aktiven unselbständigen Beschäftigung.

9.3 Beschäftigungszuwachs fast ausschließlich im Dienstleistungssektor

Die Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftsklassen war gekennzeichnet von Zuwächsen in fast allen Dienstleistungsbranchen mit Ausnahme von Verkehr und Lagerei, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, während die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung – entsprechend der verhaltenen Konjunkturlage – stagnierte.

Innerhalb der Sachgütererzeugung sank die Beschäftigung insbesondere in den Bereichen Textil, Bekleidung, Leder, Herstellung von Holzwaren, Papier- und Druckerzeugnissen, Herstellung von chemischen Erzeugnissen, Herstellung von Glaswaren, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, Fahrzeuge, Möbel; einzig im Maschinenbau ergaben sich weiterhin nennenswerte Zuwächse.

Auch im Bauwesen, insbesondere im Tiefbau, sank die Beschäftigung, nachdem sie zwei Jahre hindurch ausgeweitet worden war.

Übersicht 30: Unselbständige Beschäftigung nach Wirtschaftsklassen

ÖNACE-2008-Abschnitte

	2012	2013	Veränderung 2012/13	
			Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	20.577	21.018	+ 441	+ 2,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5.668	5.615	- 53	- 0,9
Herstellung von Waren	583.285	583.300	+ 15	+ 0,0
Energieversorgung	26.668	27.078	+ 410	+ 1,5
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	14.537	14.744	+ 207	+ 1,4
Bauwesen	248.066	247.120	- 946	- 0,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	525.227	528.007	+ 2.780	+ 0,5
Verkehr und Lagerei	182.793	182.217	- 576	- 0,3
Beherbergung und Gastronomie	191.606	195.894	+ 4.288	+ 2,2
Information und Kommunikation	77.963	79.930	+ 1.967	+ 2,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117.986	117.709	- 277	- 0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	40.794	41.838	+ 1.044	+ 2,6
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	155.330	158.245	+ 2.915	+ 1,9
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	184.735	183.282	- 1.453	- 0,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	540.810	544.392	+ 3.582	+ 0,7
Erziehung und Unterricht	96.495	98.564	+ 2.069	+ 2,1
Gesundheits- und Sozialwesen	230.966	234.277	+ 3.311	+ 1,4
Kunst, Unterhaltung und Erholung	34.920	35.525	+ 605	+ 1,7
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	87.300	88.160	+ 860	+ 1,0
Hauspersonal in privaten Haushalten, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	3.020	3.078	+ 58	+ 1,9
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	647	661	+ 14	+ 2,2
Wirtschaftsklasse unbekannt	1.088	1.052	- 36	- 3,3
Aktiv unselbständig Beschäftigte	3.370.480	3.391.706	+ 21.226	+ 0,6
Präsenzdiener	7.084	6.686	- 398	- 5,6
Personen mit Kinderbetreuungsgeldbezug	87.890	84.604	- 3.286	- 3,7
Unselbständig Beschäftigte	3.465.454	3.482.996	+ 17.542	+ 0,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Im Dienstleistungssektor verzeichneten die Bereiche Tourismus und Gastgewerbe, Information und Kommunikation (und hier hauptsächlich die Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie) sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen besonders starke Zuwächse. Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (öffentliche

Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen) erhöhte sich die Beschäftigung um 1,0%.

Die Arbeitskräfteüberlassungsstatistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz wies mit Stichtag 31. Juli 2013 mit 71.741 überlassenen Arbeitskräften (-6.673 oder -8,5%) deutlich weniger Leiharbeitskräfte aus als 2011 und 2012. Damit war die Zahl der Leiharbeitskräfte erstmals seit dem Krisenjahr 2009 rückläufig: 2013 verlief die Produktion vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche ohne Spitzen, die durch Leiharbeitskräfte abzudecken gewesen wären. In der Industrie sank die Zahl der Leiharbeitskräfte bereits das zweite Jahr in Folge (-1.801 oder -6,2%), 2013 hauptsächlich in der Metallindustrie. Die meisten Leiharbeitskräfte wurden wieder in Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungen eingesetzt (39,6%) sowie in der Industrie (38,0%). Der Männeranteil an den Leiharbeitskräften war mit 78,6% unverändert hoch¹⁴⁾.

9.4 Zunahme der Teilzeitarbeit, Abnahme der Vollzeitbeschäftigung

Auch die durchschnittliche Arbeitszeit reagierte 2013 auf die Konjunkturschwäche. Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im Jahresverlauf 2013 um 25.850 oder 3,3% auf 819.850, während die Vollzeitbeschäftigung um 34.600 Personen zurückging. 84,9% der Teilzeitarbeitskräfte waren Frauen. Damit sank die durchschnittliche tatsächlich geleistete Arbeitszeit je unselbstständig erwerbstätige Person von 31,4 auf 31,1 Stunden.

Wie im Vorjahr verlangsamte sich laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger das Wachstum der ebenso frauendominierten geringfügigen unselbstständigen Beschäftigung (2013 +7.677 oder +2,4%, 2012 +8.769 oder +2,8%). Der Frauenanteil lag bei 63,6%.

Die Zahl der freien Dienstverträge, die ebenfalls mehrheitlich auf Frauen entfallen, verringerte sich 2013 wieder etwas stärker als 2012 (-931 oder -4,8%, 2012 -403 oder -2,0%).

Übersicht 31: Atypische Beschäftigungsformen

	2010	2011	2012	2013
Personalverleih	66.054	74.783	78.414	71.741
Männer	51.079	57.919	61.299	56.368
Frauen	14.975	16.864	17.115	15.373
Freie Dienstverträge	21.771	19.884	19.481	18.550
Männer	10.228	9.503	9.318	8.893
Frauen	11.544	10.381	10.163	9.657
Geringfügige Beschäftigung	296.463	307.741	316.510	324.187
Männer	103.640	109.113	113.668	117.972
Frauen	192.823	198.627	202.842	206.216
Teilzeitbeschäftigung ¹⁾	749.500	757.300	794.000	819.850
Männer	106.600	107.700	112.500	124.175
Frauen	642.900	649.600	681.500	695.675

Q: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria. – ¹⁾ Unselbständig Erwerbstätige (Labour-Force-Konzept), Wochenarbeitszeit 12 bis 35 Stunden.

9.5 Arbeitslosigkeit steigt – Ältere und ausländische Arbeitskräfte überdurchschnittlich betroffen

2013 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, als sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zunehmend verschärfte. Die Zunahme fiel 2013 doppelt so hoch aus wie 2012 (+26.563 oder +10,2%, 2012 +13.941 oder +5,7%).

Die Schulungsmaßnahmen des AMS wurden wieder in allen Bundesländern ausgeweitet, hauptsächlich in Wien. Im Jahresdurchschnitt nahm die Zahl der Personen in

¹⁴⁾ http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/4/CH2128/CMS1393406558751/erlaeuterungen_2013.pdf.

AMS-Kursmaßnahmen um 6.914 oder 10,4% auf 73.516 zu. Die Summe aus registrierten Arbeitslosen und Personen in AMS-Kursmaßnahmen erhöhte sich somit um 33.477 oder 10,2%.

Bereits 2012 waren Männer aufgrund ihrer Konzentration auf exportabhängige Branchen stärker vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen; diese Entwicklung setzte sich 2013 fort. Die Männerarbeitslosigkeit nahm um 16.840 oder 11,4% auf 165.195 zu. Seit 2011 steigt auch die Zahl der arbeitslosen Frauen, 2012 und 2013 (+9.724 oder +8,7% auf 122.012) jedoch schwächer als die der Männer.

Die Arbeitslosenquote erhöhte sich 2013 auf Basis der Registerdaten von AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger um 0,6 Prozentpunkte auf 7,6% und war damit ähnlich hoch wie zuletzt in den frühen 1950er-Jahren (Männer +0,8 Prozentpunkte auf 8,2%, Frauen +0,5 Prozentpunkte auf 7,0%). Laut Eurostat (Labour Force Survey) lag die Arbeitslosenquote bei 4,9% (Männer 4,9%, Frauen 4,9%). Die erweiterte Arbeitslosenquote, die neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen in AMS-Kursmaßnahmen, sofort verfügbare Lehrstellensuchende, Personen mit Bezug von Pensionsvorschuss und Übergangsgeld berücksichtigt, betrug 2013 9,9% (2012: 9,4%).

Ausländische Arbeitskräfte waren bereits seit dem Frühjahr 2011 mit steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Dieser Trend verstärkte sich 2013; im Jahresdurchschnitt 2013 stieg deshalb die Zahl der arbeitslosen ausländischen Arbeitskräfte wie im Vorjahr überdurchschnittlich (2013 +9.872 oder +17,4%). Die Arbeitslosenquote war mit 10,7% (+1,0 Prozentpunkte) um 3,7 Prozentpunkte höher als die der österreichischen Staatsangehörigen.

Mit Ausnahme der Jugendlichen bis 19 Jahre nahm die registrierte Arbeitslosigkeit in allen Altersklassen zu, insbesondere in der Gruppe ab 50 Jahren. Jugendliche profitieren weiterhin von dem seit 2008 geltenden Jugendbeschäftigungspaket, das für jene, die nach dem Pflichtschulabschluss keine geeignete Lehrstelle finden, Lehr- und Ausbildungsplätze in überbetrieblicher Form bzw. über spezielle Ausbildungseinrichtungen zur Verfügung stellt.

Übersicht 32: Arbeitslose und Personen in AMS-Kursmaßnahmen nach Geschlecht und Alter

	2012	Arbeitslose				Personen in Schulung			
		2013	Veränderung 2012/13		2012	2013	Veränderung 2012/13		
			Absolut	In %			Absolut	In %	
Männer	148.355	165.195	+ 16.840	+ 11,4	32.299	35.844	+ 3.545	+ 11,0	
Bis 24 Jahre	23.013	24.791	+ 1.779	+ 7,7	13.552	14.488	+ 937	+ 6,9	
25 bis 49 Jahre	87.963	96.746	+ 8.782	+ 10,0	14.690	16.603	+ 1.913	+ 13,0	
50 Jahre oder älter	37.379	43.658	+ 6.279	+ 16,8	4.058	4.753	+ 695	+ 17,1	
Frauen	112.288	122.012	+ 9.724	+ 8,7	34.303	37.672	+ 3.369	+ 9,8	
Bis 24 Jahre	17.283	17.953	+ 670	+ 3,9	11.470	12.049	+ 579	+ 5,0	
25 bis 49 Jahre	73.172	78.490	+ 5.318	+ 7,3	19.822	22.020	+ 2.198	+ 11,1	
50 Jahre oder älter	21.833	25.569	+ 3.737	+ 17,1	3.011	3.603	+ 592	+ 19,7	
Insgesamt	260.643	287.207	+ 26.563	+ 10,2	66.602	73.516	+ 6.914	+ 10,4	
Bis 24 Jahre	40.296	42.744	+ 2.448	+ 6,1	25.021	26.537	+ 1.516	+ 6,1	
25 bis 49 Jahre	161.136	175.235	+ 14.100	+ 8,8	34.513	38.623	+ 4.111	+ 11,9	
50 Jahre oder älter	59.212	69.227	+ 10.015	+ 16,9	7.069	8.356	+ 1.287	+ 18,2	

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die Arbeitslosigkeit der Älteren erhöhte sich auch 2013 merklich. Dem steht jedoch eine markante Steigerung der Beschäftigung in den letzten Jahren gegenüber, nicht zuletzt infolge der vergangenen Pensionsreformen. Zudem gehören dieser Altersgruppe zunehmend stärker besetzte Jahrgänge an. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen am stärksten (+1,0 Prozentpunkte auf 9,1%, 50- bis 54-Jährige +0,6 Prozentpunkte auf 7,3%, 60- bis 64-Jährige +0,9 Prozentpunkte auf 11,9%).

Nach höchster abgeschlossener Ausbildung stieg vor allem die Arbeitslosigkeit von Personen mit Pflichtschulabschluss oder Lehrabschluss. Auch die Zahl der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung nahm abermals zu, allerdings weiterhin von sehr niedrigem Niveau aus. Insgesamt verfügten 46,3% der registrierten Arbeitslosen höchstens über einen Pflichtschulabschluss, 39,0% hatten eine Lehre oder berufsbildende mittlere Schule absolviert.

Unter den Geringqualifizierten war die Arbeitslosenquote weiterhin mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Arbeitskräfte, mit zunehmender Distanz zu den Hochqualifizierten. 2013 betrug die Arbeitslosenquote von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss 21,2% (Gesamtwirtschaft 7,6%), von Personen mit Universitäts- oder Hochschulausbildung dagegen nur 2,7%.

2013 traten Maßnahmen in Kraft, die die Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten steigern sollen: Das Mitte 2013 eingeführte Fachkräftestipendium bietet die Möglichkeit einer Höherqualifizierung in gefragten Berufen. Die ebenfalls Mitte 2013 eingeführte Bildungsteilzeit erlaubt zudem eine flexiblere Handhabung der Bildungskarriere: Durch eine Verringerung der Arbeitszeit soll die Vereinbarkeit von Beruf und Weiterbildung erleichtert werden.

Übersicht 33: Arbeitslose nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung

	2012	2013	Veränderung 2012/13	
			Absolut	In %
Männer	148.355	165.196	+ 16.841	+ 11,4
Keine abgeschlossene Ausbildung	9.416	10.407	+ 991	+ 10,5
Pflichtschule	58.402	64.885	+ 6.483	+ 11,1
Lehre	57.735	64.188	+ 6.453	+ 11,2
Berufsbildende mittlere Schule	4.877	5.268	+ 391	+ 8,0
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	11.114	12.545	+ 1.431	+ 12,9
Akademie	251	272	+ 21	+ 8,4
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	5.784	6.680	+ 896	+ 15,5
Unbekannt	776	951	+ 175	+ 22,6
Frauen	112.288	122.013	+ 9.725	+ 8,7
Keine abgeschlossene Ausbildung	7.226	7.956	+ 730	+ 10,1
Pflichtschule	45.687	49.673	+ 3.986	+ 8,7
Lehre	30.372	32.733	+ 2.361	+ 7,8
Berufsbildende mittlere Schule	9.238	9.726	+ 488	+ 5,3
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	11.726	12.816	+ 1.090	+ 9,3
Akademie	601	593	- 8	- 1,3
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	6.681	7.665	+ 984	+ 14,7
Unbekannt	758	851	+ 93	+ 12,3
Insgesamt	260.643	287.209	+ 26.566	+ 10,2
Keine abgeschlossene Ausbildung	16.642	18.363	+ 1.721	+ 10,3
Pflichtschule	104.089	114.558	+ 10.469	+ 10,1
Lehre	88.107	96.921	+ 8.814	+ 10,0
Berufsbildende mittlere Schule	14.115	14.994	+ 879	+ 6,2
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	22.840	25.361	+ 2.521	+ 11,0
Akademie	852	865	+ 13	+ 1,5
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	12.465	14.345	+ 1.880	+ 15,1
Unbekannt	1.534	1.802	+ 268	+ 17,5

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit nahm 2013 von 94 auf 97 Tage zu (Männer 98 Tage, Frauen 96 Tage). Besonders stark stieg die längerfristige Arbeitslosigkeit – ein Hinweis auf eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit insbesondere von Geringqualifizierten. Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen¹⁵⁾ erhöhte sich um ein Fünftel auf 57.462 (+10.130) und jene der Langzeitbeschäftigungs-

¹⁵⁾ Als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose gelten zum jeweiligen Stichtag beim AMS als arbeitslos vorgemerkte Personen, die länger als ein Jahr mit Unterbrechungen von weniger als 62 Tagen immer wieder den Status "vorgemerkt arbeitslos" erhalten haben.

losen¹⁶⁾ insgesamt um 13.469 oder 17,6% auf 89.826. Auch die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr war mit 6.795 (+1.428) um gut ein Viertel höher als 2012.

Im 1. Halbjahr 2013 war die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen merklich rückläufig (I. Quartal –10,5%, II. Quartal –12,7%). In der zweiten Jahreshälfte verflachte der Rückgang etwas. Insgesamt wurden 2013 um 3.039 oder 10,3% weniger Stellen beim AMS gemeldet als 2012. Aufgrund der Zunahme der Arbeitslosigkeit und des Rückganges des Stellenangebotes erhöhte sich die Stellenandrangsziffer von 8,9 auf 10,9 registrierte Arbeitslose je offene Stelle (I. und IV. Quartal fast 13 Arbeitslose je offene Stelle).

Laut Offener-Stellen-Erhebung von Statistik Austria sank das Stellenangebot im Jahresverlauf 2013 um 4.500 oder 6,5% auf 65.000. Von dieser Entwicklung waren alle Wirtschaftssektoren betroffen: Im Dienstleistungsbereich, auf den gut zwei Drittel der offenen Stellen entfielen, waren um 1.700 oder 3,9% weniger Stellen frei (43.500), im produzierenden Bereich fiel die Abnahme noch deutlicher aus (–1.900 oder –13,8% auf 11.900). Auch im öffentlichen Bereich sank das Stellenangebot (–900 oder –8,6% auf 9.600).

Julia Bock-Schappelwein (Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at)

Statistik: Stefan Fuchs (Stefan.Fuchs@wifo.ac.at),

Christoph Lorenz (Christoph.Lorenz@wifo.ac.at)

10. Langsame Erholung der Herstellung von Waren

Im Jahr 2013 erwirtschafteten in der Herstellung von Waren durchschnittlich 603.000 Beschäftigte 52,3 Mrd. € an Wertschöpfung (zu laufenden Preisen). Die durchschnittliche Wertschöpfung je Arbeitskraft lag bei rund 87.000 €. Nach dem schweren Einbruch der Nettoproduktion im Jahr 2009 und den hohen Zuwachsraten in den beiden Folgejahren wuchs die Nettoproduktion 2013 ebenso wie 2012 mit +1,2% sehr verhalten. Ein wesentlicher Faktor war der ebenfalls nur mäßige Anstieg der Warenexporte um 2,1%. Die Beschäftigung blieb zwar konstant, das Arbeitsvolumen war aber leicht rückläufig, sodass die Stundenproduktivität um 2,4% stieg (Übersicht 34). Zur Entwicklung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2013 liegen noch keine Daten vor.

Übersicht 34: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	Nettoproduktionswert real ¹⁾	Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	Stundenproduktivität ²⁾	Lohnstückkosten ³⁾	Warenexporte (SITC 5 bis 8)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
2001	+ 2,2	+ 0,1	+ 2,6	– 2,5	+ 6,1
2002	– 0,9	– 2,4	+ 2,4	+ 0,5	+ 3,1
2003	+ 0,5	– 0,7	+ 0,6	+ 5,7	+ 1,2
2004	+ 2,9	– 1,0	+ 3,0	+ 1,2	+ 13,4
2005	+ 4,9	+ 0,3	+ 3,9	– 0,0	+ 3,4
2006	+ 7,7	+ 0,3	+ 8,1	– 0,3	+ 12,3
2007	+ 8,3	+ 2,1	+ 6,0	– 0,6	+ 9,8
2008	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,4
2009	– 12,4	– 4,1	– 4,8	+ 0,6	– 20,9
2010	+ 7,8	– 1,3	+ 6,1	+ 1,9	+ 16,5
2011	+ 8,3	+ 1,7	+ 6,9	– 1,8	+ 11,3
2012	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,6	– 0,9	+ 1,2
2013	+ 1,2	– 0,0	+ 2,4		+ 2,1

Q: WIFO-Datenbank, WIFO-Prognose März 2014. – ¹⁾ Laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ³⁾ In einheitlicher Währung gegenüber Handelspartnern; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

¹⁶⁾ Alle Vormerkepisoden als arbeitslos, lehrstellensuchend und in Schulungsmaßnahmen mit Unterbrechungen bis zu 62 Tagen werden als eine Episode gezählt. Wenn eine Episode länger als ein Jahr dauert, gilt die Person als langzeitbeschäftigungslos.

Von dem im Rahmen der Strategie "Europa 2020" formulierten Ziel einer Steigerung des Anteils der Warenproduktion an der nominellen Wertschöpfung auf 20% ist Österreich laut den Daten der VGR mit 17,0% (2013) deutlich entfernt. Der Anteil der Sachgütererzeugung an der Entstehung des realen Bruttoinlandsproduktes (zu Preisen von 2005) betrug zwar 19,2%, ist aber stark von der Wahl des Basisjahres abhängig. Der Anteil der Herstellung von Waren an den unselbständig aktiv Beschäftigten erreichte 2013 17,2%.

Die mäßige Entwicklung der Herstellung von Waren insgesamt verdeckt zum Teil große Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen. Ein hohes Produktionswachstum verzeichneten neben der Herstellung von sonstigen Waren z. B. die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+9,5%), die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (+7,8%) oder der sonstige Fahrzeugbau (+6,9%). Mäßig stieg dagegen die Produktion von Leder, Lederwaren und Schuhen, von Nahrungs- und Futtermitteln, Getränken, Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren sowie von Gummi- und Kunststoffwaren. Die Herstellung von Textilien, der Maschinenbau sowie die Produktion pharmazeutischer Erzeugnisse blieben nahezu konstant. In allen anderen Branchen (9 der 22 Branchen) schrumpfte die Produktion (Metallerzeugung und -bearbeitung -6,2%, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen -5,8%, Herstellung von Bekleidung -5,1%, Herstellung von Druckerzeugnissen einschließlich Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern -5,0%).

Übersicht 35: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Herstellung von Waren 2013

ÖNACE 2008

	Produktionswert		Beschäftigte		Produktion pro Kopf		Erzeugerpreisindex	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	In €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2010 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	14.756,9	+ 4,2	55.421	+ 1,80	266.271	+ 3,6	112,4	+ 2,6
Getränkeherstellung	5.070,6	+ 1,5	8.112	+ 1,00	625.048	+ 10,4	104,8	+ 2,1
Herstellung von Textilien	1.270,1	+ 0,4	7.445	- 3,47	170.607	- 1,3	111,6	- 0,6
Herstellung von Bekleidung	767,8	- 5,1	5.163	- 7,90	148.714	- 9,2	109,8	+ 1,8
Herstellung von Leder, -waren und Schuhen	835,6	+ 4,8	3.665	+ 0,21	227.995	+ 0,2	111,1	+ 1,6
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren	7.211,6	+ 1,5	27.604	- 1,75	261.254	- 1,4	104,6	+ 1,2
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	6.109,5	- 1,4	16.541	+ 0,56	369.357	- 0,8	98,9	- 0,8
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	1.983,0	- 5	10.233	- 6,82	193.788	- 8,0	99,1	+ 0,5
Kokerei und Mineralölverarbeitung
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	7.746,6	- 2,3	15.927	- 2,55	486.379	+ 19,6	114,7	+ 0,5
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	3.238,9	+ 0,5	13.300	+ 6,19	243.519	- 6,9	100,0	+ 0,2
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	5.746,9	+ 0,8	27.056	- 0,60	212.407	- 3,6	103,9	+ 0,2
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	6.106,5	- 2,6	28.893	- 2,19	211.351	- 0,5	105,2	+ 0,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	14.677,8	- 6,2	34.496	+ 0,60	425.495	- 6,9	100,1	- 4,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	13.289,6	- 0,3	65.196	+ 0,72	203.842	+ 1,5	102,5	- 0,2
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	4.530,6	+ 2,9	20.363	+ 3,20	222.490	- 2,0	100,6	+ 0,3
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	9.894,8	- 5,8	39.468	- 2,88	250.705	- 4,9	104,8	+ 0,7
Maschinenbau	19.295,7	+ 0,5	72.899	+ 1,96	264.692	+ 2,9	103,9	+ 1,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	13.960,0	+ 9,5	29.523	- 2,83	472.849	- 6,2	101,0	+ 0,8
Sonstiger Fahrzeugbau	2.273,2	+ 6,9	5.658	+ 1,92	401.797	+ 1,9	108,2	+ 2,0
Herstellung von Möbeln	2.387,9	- 1,5	18.564	- 1,28	128.631	+ 2,9	107,6	+ 1,4
Herstellung von sonstigen Waren	4.248,6	+ 8,1	12.214	+ 6,33	347.859	- 23,1	106,1	+ 0,2
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	5.348,0	+ 7,8	25.559	+ 3,52	209.245	+ 6,5	104,5	+ 1,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Kräftig ausgeweitet wurde die Beschäftigung neben der Herstellung von sonstigen Waren (+6,3%) in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+6,2%) vor der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (+3,5%) sowie der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen

(+3,2%). Die größten Beschäftigungseinbußen gaben sich in der Herstellung von Bekleidung (-7,6%) sowie in der Herstellung von Druckerzeugnissen einschließlich Vielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern (-6,8%) vor der Textilbranche (-3,5%) und der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (-2,9%). Die Beschäftigtenproduktivität (Produktion pro Kopf) wurde dagegen in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+19,6%), der Getränkeherstellung (+10,4%) sowie in der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (+6,5%) am deutlichsten gesteigert, während sie in der Herstellung von sonstigen Waren (-23,1%), aber auch in der Bekleidungsbranche (-9,2%), der Herstellung von Druckerzeugnissen einschließlich Vielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern (-8,0%) sowie in der Metallherzeugung und -bearbeitung (-6,9%) einbrach. Die Produktivitätseinbußen in der Pharmaindustrie sind mit Vorsicht zu interpretieren, da diese Branche von der jüngsten Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige besonders betroffen war.

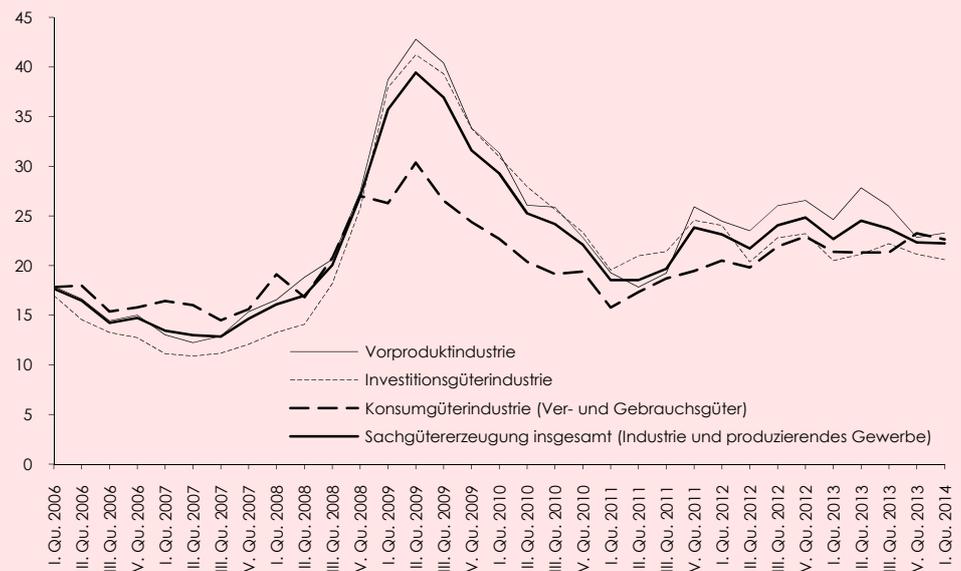
Die Erzeugerpreise veränderten sich in der Mehrzahl der Sachgüterbranchen nur wenig. Ein deutlicher Rückgang wurde in der Metallherzeugung und -bearbeitung (-4,8%) verzeichnet, ein merklicher Anstieg in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+2,6%), der Getränkeherstellung (+2,1%) sowie dem sonstigen Fahrzeugbau (+2,0%). Generell erhöhten sich die Erzeugerpreise seit 2010 in der Produktion von Investitionsgütern und Vorleistungen schwächer als jene in der Herstellung von langlebigen und insbesondere kurzlebigen Konsumgütern.

2013 entwickelten sich die Unternehmensinsolvenzen insgesamt ruhig. Die Zahl der Insolvenzen sank laut Insolvenzstatistik der Creditreform Österreich in der Gesamtwirtschaft um 8,3% von 6.266 auf 5.747 Fälle. Allerdings waren infolge der Großinsolvenzen Alpine Bau, Niedermeyer und Dayli laut Schätzung des Kreditschutzverbandes von 1870 um rund 37% mehr Beschäftigte von Insolvenzen betroffen als im Vorjahr. Das damit verbundene Insolvenzvolumen wird auf rund 6 Mrd. € geschätzt, nahezu doppelt so hoch wie im Vorjahr. Die Schätzung des Insolvenzvolumens bezieht sich auf die Zahl der eröffneten Insolvenzen (2013: 3.350). Die Zahl der mangels Masse nicht eröffneten Insolvenzverfahren verringerte sich 2013 auf 2.397 Fälle. Insgesamt sind laut Insolvenzstatistik der Creditreform Österreich rund 360 Fälle der Sachgüterherzeugung zuzurechnen (rund +2% gegenüber 2012). Die meisten Insolvenzen betrafen die unternehmensnahen Dienstleistungen, den Bausektor und das Gastgewerbe. Die wenig dynamische Industriekonjunktur schlug sich im Insolvenzgeschehen noch nicht nieder, teils wegen des mittlerweile recht sanierungsfreundlichen Rechtsrahmens in Österreich. Allerdings hinkt die Insolvenzentwicklung der Konjunktur in der Regel nach.

Interessanter für die Einschätzung des Jahres 2013 in der österreichischen Sachgüterherzeugung sind daher die Indikatoren aus dem WIFO-Konjunkturtest. Der Index der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Geschäftslage der Unternehmen (Abbildung 16) zeigt die insgesamt wenig dynamische Entwicklung im Jahr 2013. Die mit der Euro-Krise verbundenen Risiken blieben erhalten. Wie im Vorjahr war deshalb die Unsicherheit der österreichischen Unternehmen hinsichtlich der künftigen Geschäftslage hoch. Diese Werte waren zwar im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich, blieben aber deutlich unter den Höchstwerten im Verlauf der Wirtschaftskrise 2009. Erst Ende 2013 erholten sich die Einschätzungen etwas, insbesondere in den Vorprodukt- und Investitionsgüterbranchen. In der Konsumgüterbranche war die Unsicherheit dagegen auch Ende 2013 hoch.

Ein stärker akzentuiertes Muster zeigen die Branchenklimaindikatoren "Index der aktuellen Lagebeurteilungen" und "Index der unternehmerischen Erwartungen", die das WIFO auf Basis der Unternehmensbefragungen im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgüterherzeugung insgesamt sowie für die drei Branchengruppen Vorprodukt-, Investitionsgüter- und Konsumgüterherzeugung erstellt. Die Indizes umfassen einen Wertebereich von -100 (alle Unternehmen schätzen die Konjunktur negativ ein) bis +100 (alle Unternehmen schätzen die Konjunktur positiv ein).

Abbildung 16: Index der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Geschäftslage



Q: WIFO-Konjunkturtest. 0 . . . geringste Unsicherheit, 100 . . . höchste Unsicherheit.

Abbildung 17: Konjunkturbeurteilung durch die Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. -100 . . . pessimistische Meldungen, +100 . . . optimistische Meldungen.

Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen war 2013 von der Konjunkturschwäche geprägt und folgte bis Juni einem Abwärtstrend. Danach setzte eine vorsichtige Aufwärtsbewegung ein, die allerdings bis zum Jahresende für die Sachgüterbranche

wenig dynamisch und von Unsicherheit charakterisiert blieb. Der Index der unternehmerischen Erwartungen drehte sich dagegen im Herbst in den positiven Bereich. In der Erzeugung von Vorprodukten wiesen beide Indizes bis zur Jahresmitte deutlich abwärts, entwickelten sich danach aber wesentlich günstiger. Eine optimistischere Konjunktüreinschätzung zeigten die Indizes 2013 für die Investitionsgüterbranchen; gegen Jahresende setzte auch hier eine deutliche Aufwärtsbewegung ein. In den Konsumgüterbranchen schwankten beide Indizes wenig, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. In allen drei Branchengruppen zeigte der Index der unternehmerischen Erwartungen somit zum Jahresende eine vorsichtige Aufhellung der Konjunkturlage an.

Werner Hölzl (Werner.Hoelzl@wifo.ac.at),

Michael Peneder (Michael.Peneder@wifo.ac.at)

Statistik: Elisabeth Neppl-Oswald (Elisabeth.Neppl@wifo.ac.at)

Anna Strauss (Anna.Strauss@wifo.ac.at)

11. Verhaltene Entwicklung des Bauwesens

Im Jahr 2013 schwächte sich die Baukonjunktur in Österreich u. a. infolge der EU-Schuldenkrise ab, nachdem das Bauwesen in den zwei Jahren zuvor stark expandiert hatte. Das Wachstum der realen Bauinvestitionen fiel 2013 mit +0,7% entsprechend geringer aus als 2012 (+2,5%). Insbesondere der sonstige Hochbau und die Infrastrukturinvestitionen litten unter dem Mangel an privater und öffentlicher Nachfrage. Die Abflachung der Wohnbauentwicklung dämpfte das Wachstum im Bauwesen zusätzlich. Die Wohnbauinvestitionen wurden 2013 um nur 2,4% ausgeweitet, deutlich schwächer als 2012 (+4,5%).

Der Ausblick für das gesamte Bauwesen ist 2014 wieder günstiger. Besonders der sonstige Hochbau und der Tiefbau profitieren von der gesamtwirtschaftlichen Konjunkturerholung. Allerdings werden die Wohnbauinvestitionen nur wenig gesteigert. Insgesamt wird im Jahr 2014 mit einem etwas kräftigeren Wachstum der Bauinvestitionen als 2013 gerechnet (+1,2%).

Übersicht 36: Produktionswert des Bauwesens

	2012	2013	2013			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bauwesen, insgesamt laut ÖNACE ¹⁾	+ 5,3	- 0,2	- 1,0	- 2,2	- 0,4	+ 2,2
Hoch- und Tiefbau	+ 4,5	- 2,1	- 2,7	- 5,4	- 2,7	+ 1,8
Baunebengewerbe ²⁾	+ 6,3	+ 2,1	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,6
Bauwesen, insgesamt laut GNACE ³⁾	+ 5,8	+ 2,4	+ 5,1	- 2,3	+ 1,0	+ 6,8
Hochbau	+ 8,0	+ 3,3	+ 6,9	- 1,6	+ 2,4	+ 6,4
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 11,7	+ 8,1	+ 19,2	+ 2,9	+ 5,9	+ 9,0
Industrie- und Ingenieurbau	+ 9,5	- 6,5	+ 0,3	- 11,2	+ 1,0	- 14,3
Sonstiger Hochbau	- 0,7	+ 2,8	- 5,5	- 2,3	+ 0,7	+ 14,2
Adaptierungen im Hochbau	+ 10,2	- 1,1	- 0,2	- 5,1	- 1,7	+ 2,6
Tiefbau	+ 3,6	+ 0,7	+ 3,6	- 4,4	- 2,1	+ 7,1
Verkehrswegebau ⁴⁾	+ 6,0	+ 4,7	+ 1,3	- 3,3	+ 2,9	+ 15,2
Sonstiger Tiefbau ⁵⁾	+ 1,3	- 3,2	+ 6,2	- 5,5	- 7,3	- 1,1
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallationen, sonstiges Ausbaugewerbe	- 2,5	+ 5,0	- 9,5	+ 4,8	+ 8,6	+ 9,5

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der abgesetzten Produktion. – ²⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). – ⁴⁾ Brücken- und Hochstraßenbau + Straßenbau + Tunnelbau + Eisenbahnoberbau. – ⁵⁾ Rohrleitungs-Kabelnetzbau + Wasserbau + Spezial- und sonstiger Tiefbau.

Die abgesetzte Produktion des Bauwesens (ÖNACE) ging laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria 2013 im Vorjahresvergleich um 0,2% zurück. Eine wesentliche Stütze war hier die positive Entwicklung des Baunebengewerbes: Während das Ausbau-, Bauhilfs- und Baunebengewerbe einen kräftigen Produktionsanstieg von 2,1% verzeichnete, waren der Hochbau und der Tiefbau rückläufig (jeweils -2,1%).

Die von Statistik Austria erhobene technische Bauproduktion wuchs dagegen im Hochbau mit +3,3% wesentlich stärker als im Tiefbau (+0,7%). Das Baunebengewerbe wird von dieser Erhebung nicht erfasst. Die Abweichung der Produktionsergebnisse lässt sich auf die unterschiedlichen Erhebungsmethoden zurückführen. Während der Wert der abgesetzten Produktion (ÖNACE) sich auf Betriebe und Unternehmen mit Haupttätigkeit im Bauwesen bezieht, wird die technische Produktion (GNACE) durch Zuordnung nach dem Einsatz von charakteristischen Gütern ermittelt.

Im Bauhauptgewerbe stieg die technische Bauproduktion 2013 um 2,4% gegenüber dem Vorjahr. Dabei nahm der Produktionswert im öffentlichen Auftrag (vor allem im Wasser- und Verkehrswegebau, hier insbesondere Tunnelbau) mit +3,5% etwas stärker zu als die Leistungen für private Auftraggeber. Insgesamt wuchs die Produktion aber deutlich schwächer als im Vorjahr (2012 +8,0%).

Im Hochbau verlief die Entwicklung im Jahr 2013 sehr heterogen. Während der Wohnhaus- und Siedlungsbau wesentlich expandierte (+8,1%), schrumpfte die Produktion im Industrie- und Ingenieurbau aufgrund der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen empfindlich (-6,5%). Hingegen profitierte der sonstige Hochbau (+2,8%) von der Ausweitung der öffentlichen Aufträge (+7,3%).

Diese zwar abgeschwächte, aber günstige Entwicklung der Baunachfrage kam der Bauzulieferindustrie kaum zugute. Insbesondere die Glasindustrie verzeichnete erneut deutliche Einschnitte (2013 -5,7%). In der Holzverarbeitenden (-1,5%) sowie der stein- und keramischen Industrie (-1,3%) fiel der Rückgang geringer aus. Die Quartalsdaten zeigen allerdings eine stetige Besserung in diesen beiden Sparten.

Übersicht 37: Produktionswert der Bauzulieferbranchen

	Stein- und keramische Industrie ¹⁾	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2011	+ 3,4	+ 1,3	+ 8,4
2012	- 4,5	- 11,6	- 3,4
2013	- 1,3	- 5,7	- 1,5
I. Quartal	- 5,1	- 10,6	- 4,4
II. Quartal	- 3,0	- 7,5	- 4,2
III. Quartal	+ 0,4	- 6,7	+ 1,4
IV. Quartal	+ 1,3	+ 3,5	+ 1,2

Q: Statistik Austria, ÖNACE. – ¹⁾ Gliederung laut Wirtschaftskammer.

Übersicht 38: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

2000 = 100

	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Hochbau</i>	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5
Sonstiger Hochbau	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,7
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4
Baumeisterarbeiten	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8
Sonstige Bauarbeiten	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0
<i>Tiefbau</i>	+ 6,2	+ 3,5	+ 2,6	- 0,1
Straßenbau	+ 5,4	+ 3,2	+ 2,8	- 0,4
Brückenbau	+ 2,9	+ 3,6	+ 2,3	- 1,5
Sonstiger Tiefbau	+ 7,6	+ 3,8	+ 2,5	+ 0,4
Hoch- und Tiefbau	+ 3,8	+ 3,2	+ 2,6	+ 1,3

Q: Statistik Austria.

Die Preisentwicklung spiegelte 2013 die unterschiedlichen Tendenzen im Hoch- und Tiefbau wider. Aufgrund der Produktionssteigerung im Hochbau zogen die Preise mit +2,5% ähnlich kräftig an wie 2012 (+2,6%; Wohnhaus- und Siedlungsbau 2013 +2,4%). Im Tiefbau waren die Preise dagegen mit -0,1% leicht rückläufig – neben der ungünstigeren Produktionsentwicklung vor allem eine Folge der Energieverbilligung.

Die Abflachung der Baukonjunktur im Jahr 2013 schlug sich deutlich auf dem Arbeitsmarkt nieder. War die unselbständige Beschäftigung im Bauwesen 2011 und 2012 noch deutlich ausgeweitet worden, so sank sie 2013 um 0,4% auf rund 247.000 Personen. Die größten Beschäftigungseinbußen waren im Tiefbau zu verzeichnen (-4,0%), während im Hochbau zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt wurden (+1,0%) und die Beschäftigung im Baunebengewerbe stagnierte.

Vom Beschäftigungsrückgang im Bauwesen waren vor allem Arbeiter betroffen (-0,8%); auf sie entfällt der größte Anteil an den Arbeitskräften. Die Zahl der Angestellten wurde dagegen leicht ausgebaut (+0,7%). Über alle Beschäftigungsformen (Angestellte, Arbeiter, Teilzeit) verlor die Arbeitskräftenachfrage in den letzten drei Jahren erheblich an Kraft. Der Einbruch im Jahr 2013 ging mit einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit einher (Wirtschaftsklasse Bauwesen +12,5%, Arbeitslose mit Bauberufen +11,5%), das Stellenangebot sank im Bauwesen um 7,6%.

Übersicht 39: Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitslose in der Bauwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %
Arbeitskräfte insgesamt¹⁾			
2010	241.668	- 1.430	- 0,6
2011	245.370	+ 3.702	+ 1,5
2012	248.066	+ 2.696	+ 1,1
2013	247.120	- 946	- 0,4
Arbeitslose nach Wirtschaftsklassen (ÖNACE)			
2010	30.570	+ 26	+ 0,1
2011	27.928	- 2.642	- 8,6
2012	29.714	+ 1.786	+ 6,4
2013	33.416	+ 3.702	+ 12,5
Arbeitslose nach Bauberufen			
2010	26.212	- 449	- 1,7
2011	24.698	- 1.514	- 5,8
2012	26.825	+ 2.127	+ 8,6
2013	29.908	+ 3.083	+ 11,5
Offene Stellen			
2010	2.592	+ 153	+ 6,3
2011	2.379	- 213	- 8,2
2012	2.026	- 353	- 14,9
2013	1.872	- 154	- 7,6

Q: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Baunebengewerbe.

Übersicht 40: Auftragslage im Bauwesen

	Auftragsbestände		Auftragseingänge	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2012	10.004	+ 6,7	21.447	+ 2,2
I. Quartal	10.107	+ 7,1	6.105	- 4,6
II. Quartal	10.734	+ 10,8	6.920	+ 3,7
III. Quartal	9.973	+ 5,7	7.169	+ 5,8
IV. Quartal	9.199	+ 2,9	7.254	+ 3,6
2013	9.935	- 0,7	27.964	+ 1,9
I. Quartal	9.574	- 5,3	5.495	- 10,0
II. Quartal	10.184	- 5,1	7.192	+ 3,9
III. Quartal	10.277	+ 3,0	7.572	+ 5,6
IV. Quartal	9.705	+ 5,5	7.706	+ 6,2

Q: Statistik Austria, ÖNACE.

Die Auftragslage war im Bauwesen 2013 entsprechend verhalten, allerdings spiegelt sie die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegen Jah-

resende wider. Nach hohen Einbußen im I. Quartal 2013 erhöhten sich die Auftrags-eingänge kontinuierlich (Jahresdurchschnitt +1,9%). Dies reichte allerdings nicht aus, um eine Abnahme des Bestandes an Aufträgen zu verhindern (2013 –0,7%).

Der WIFO-Konjunkturtest vom März 2014 zeigt eine Besserung der Konjunktur im Bauwesen. Die Unternehmen berichten weiterhin von einem Anstieg der Produktion. Allerdings verfügen nur rund 64% der Unternehmen über ausreichende Aufträge. Der Auftragsmangel als primäres Produktionshindernis liegt mit 28% etwas über dem langjährigen Durchschnitt und birgt daher im 1. Halbjahr 2014 ein gewisses wirtschaftliches Risiko.

Michael Weingärtler (Michael.Weingaertler@wifo.ac.at)

12. Konjunkturschwäche und geringe Konsumneigung beeinträchtigen Neufahrzeugmarkt – Treibstoffpreise sinken leicht – Passagieraufkommen stagniert

Die Konjunkturabschwächung der letzten zwei Jahre in Österreich und bei vielen wichtigen Außenhandelspartnern beeinflusste die angebots- und nachfrageseitigen Determinanten von Mobilität und Transport zum Teil negativ. Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche (BIP 2013 +0,4%) drückte etwa 2013 in Österreich die Zahl der Pkw-Neuzulassungszahlen. Auf der Schiene wurde nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Angebotskonsolidierung des Marktführers im Inlandsverkehr (Rail Cargo Austria – RCA) weniger Tonnage transportiert. Schließlich litt der Arbeitsmarkt unter der Konjunkturlaute. Im öffentlichen Personenverkehr der großen Städte hingegen wurden erneut leichte Nachfragezuwächse verzeichnet (+0,2%). Auch der Güterverkehr auf der Straße und der Donau entwickelte sich tendenziell positiv. Der Flugverkehr verzeichnete 2013 einen leichten Rückgang des Passagieraufkommens um –1,0%, das Volumen der beförderten Fracht überstieg dagegen das Niveau des Vorjahres um 0,5%.

12.1 Transportintensive Branchen ohne signifikantes Output-Wachstum

Der Output der österreichischen Sachgüterproduktion und damit die im Inland zu verladende Gütermenge stiegen im Jahr 2013 im Vorjahresvergleich um nur 0,3% (laut arbeitstätig bereinigtem Produktionsindex). In den meisten Wirtschaftsabteilungen mit hoher Transportintensität nahm der Produktionsindex nur leicht zu, darunter im Bergbau (+0,4%), in der Papierindustrie (+0,6%) und in der Metallerzeugung (+1,3%). Ein kräftigeres Wachstum verzeichneten dagegen die Nahrungs- und Futtermittelindustrie (+2,9%) und insbesondere die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+7,7%). Die Autozulieferer profitierten offenbar trotz steigender Marktrisiken von der Zunahme der Nachfrage insbesondere deutscher Autohersteller, die ihren Absatz in China und den USA steigerten. Weniger produziert wurde in der Holzindustrie (–0,2%), im Maschinenbau (–0,8%), in der Glas- und Keramikindustrie bzw. der Verarbeitung von Steinen und Erden (–1,3%), in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (–1,5%) und insbesondere in Kokerei und Mineralölverarbeitung (–9,6%).

Mit dem gedämpften Wirtschaftswachstum in Österreich und in weiten Teilen Europas, aber auch teilweise in Übersee waren Importe und Exporte im Jahr 2013 insgesamt leicht rückläufig (gemessen am Wert –0,1%). Die Warenausfuhr in die Länder des Euro-Raumes wurde etwas gesteigert (+0,9%), die Exporte nach Deutschland (–0,3%) und Italien (–3,2%) blieben allerdings unter dem Vorjahresniveau. Das für den Transport gewichtigere Kriterium des Außenhandelsvolumens nach Tonnage war 2013 mit 144,0 Mio. t um 2,4% geringer als im Vorjahr.

Die Umsätze im österreichischen Einzelhandel (ohne Kfz und Tankstellen) als wichtiger Faktor des Binnengüterverkehrs gingen 2013 gegenüber dem Vorjahr real um 0,3% zurück. Mit dem Nachlassen der Nachfrage nach Pkw (siehe unten) sanken auch die Umsätze im Kfz-Handel (einschließlich Reparaturen; –0,9%). Im Großhandel lagen die Umsätze 2013 real um 3,3% unter dem Niveau des Vorjahres.

Der deutliche Beschäftigungszuwachs der Jahre 2010 bis 2012 (unselbständig Beschäftigte +3,5%) kam 2013 fast ganz zum Erliegen. Die Zahl der unselbständig Be-

schäftigten wuchs um nur noch 17.500 (+0,5%), während die Arbeitslosenquote österreichweit auf 7,6% stieg (Zahl der Arbeitslosen +10,2% oder +27.000). Der Berufs- und Geschäftsreiseverkehr sollte aus diesen Gründen etwa stagniert haben.

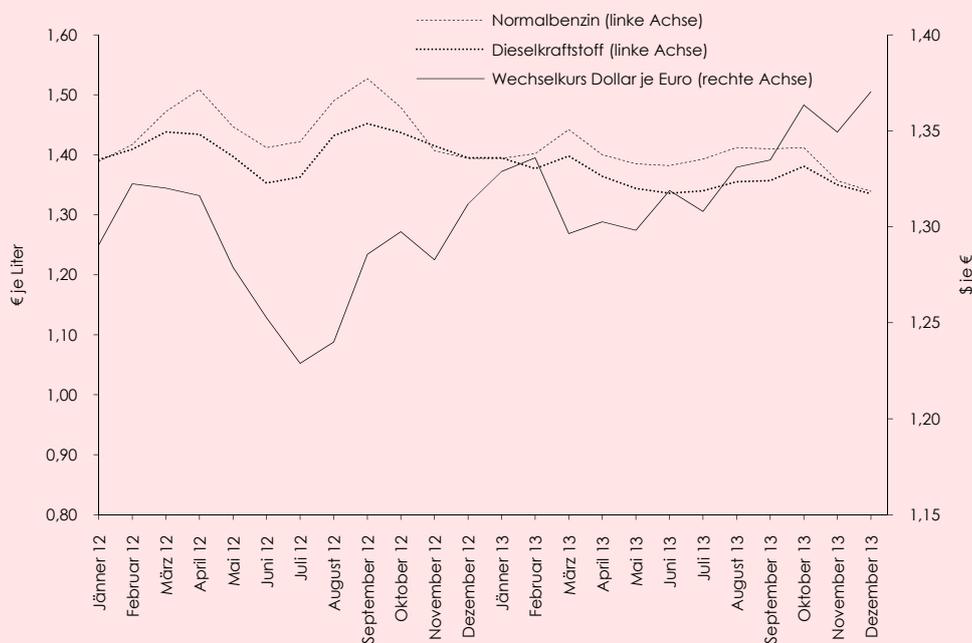
Der Reise- und Tourismusverkehr schließlich ist von der Nachfrage im österreichischen Beherbergungswesen abhängig: Die Ankünfte überstiegen das Vorjahresergebnis 2013 um 1,9%, die Nächtigungen um 1,2%. Wie 2012 war die Dynamik auf den Auslandsmärkten größer als auf dem Inlandsmarkt (Ankünfte ausländischer Gäste +2,7%, inländische Gäste +0,2%); die Entwicklung der Ankünfte profitierte vor allem von der Nachfrage aus dem näheren Einzugsbereich (Deutschland +3%, Schweiz +0,5%).

Genau empirische Evidenz zum Niveau des Personenverkehrs ist ab 2015 zu erwarten, wenn erste Ergebnisse der nunmehr kontinuierlich angelegten österreichweiten Mobilitätsdatenerhebung des Bundes vorliegen.

12.2 Treibstoffpreise nicht mehr inflationstreibend

Der Preisauftrieb war in Österreich im Jahresdurchschnitt 2013 mit +2,0% mäßig. Inflationsdämpfend wirkten dabei die Endpreise für Mobilität und Verkehr (-0,3%), nachdem in den Vorjahren private Haushalte und Unternehmen insbesondere für Treibstoffe deutlich mehr ausgeben hatten müssen. Treibstoffe verbilligten sich im Jahresdurchschnitt 2013 um 3,8%, und zwar gleichmäßig für Dieselmotoren (-3,7%) und Ottomotoren (-3,9%). Zurückzuführen war der Preisrückgang auf eine leichte Verbilligung von Rohöl im Gefolge der Konjunkturschwäche in wichtigen Weltwirtschaftsregionen und der Steigerung der Rohölproduktion in den USA (Rohstoffe aus unkonventionellen Lagerstätten – Fracking). Die weiteren verkehrsbezogenen Aufwendungen wie die Instandhaltung und Reparaturen von privaten Verkehrsmitteln sowie die Verkehrsdienstleistungen verteuerten sich 2013 um 3,2% bzw. 2,4%. Größeres Gewicht für den Gesamtwarenkorb des Verbraucherpreisindex hatte 2013 die Verteuerung von Nahrungsmitteln (+3,5%) und Wohnausgaben (Wohnung, Wasser, Energie; +2,4%); insbesondere Wohnungsmieten und Betriebskosten zogen gegenüber 2012 an (+3,1% bzw. +4,0%).

Abbildung 18: Treibstoffpreise



Q: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Statistik Austria.

Der Kraftstoffverbrauch stieg im Jahr 2013 allein aufgrund des Mehrverbrauches an Dieselmotorkraftstoff um insgesamt 3,9%¹⁷⁾. Der Verbrauch an Ottomotorkraftstoffen, der fast ausschließlich auf Pkw entfällt, sank um 2,9%; an Dieselmotorkraftstoff, der sowohl für Pkw als auch für Lkw zum Einsatz kommt, wurde dagegen um 5,8% mehr verbraucht als im Vorjahr. Den Verbrauchszuwachs erklärt die Mineralölindustrie insbesondere mit der schwachen, allerdings stabilen Konjunktur, die im gewerblichen Bereich eine Zunahme der Nachfrage nach Kraftstoffen zur Folge hatte. Die Stagnation bzw. der zeitweise Rückgang der Kraftstoffpreise könnten auch Verbrauchssteigerungen im Privatbereich ausgelöst haben.

12.3 Güterverkehr: Lkw-Fahrleistungen wachsen stärker als das BIP

Die Lkw-Fahrleistungen auf dem bemaßneten Netz der Asfinag stiegen im Jahr 2013 mit +1,2% stärker als die österreichische Wirtschaftsleistung. Insgesamt wurden auf den heimischen Autobahnen und Schnellstraßen fast 3,2 Mrd. Lkw-Fahrzeugkilometer zurückgelegt. Aufgrund der Schwäche des Außenhandels zwischen Italien und Deutschland, der wesentlich im Straßentransit über Tirol abgewickelt wird, wurde auf dem Brenner-Korridor etwas weniger Verkehr als im Vorjahr gezählt (-1,0%). Die Fahrleistungen wurden österreichweit zu 31% von Fahrzeugen der umweltfreundlichen Emissionsklassen EURO 6 und EEV erbracht (2012: 21%), zu 46% von Lkw der Emissionsklassen EURO IV und V (48%) und zu 23% von Fahrzeugen der Emissionsklassen EURO III und IV (31%). Diese Zahlen sprechen für die fortschreitende technologische Ökologisierung des Lkw-Transports, die stark von der emissionsabhängigen Staffelung der Mauttarife in Österreich wie in vielen anderen europäischen Ländern beeinflusst wurde und wird.

Übersicht 41: Güterverkehr

		2013 Absolut	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2008/2013 Veränderung in %
Schiengüterverkehr ¹⁾	Mio. n-t-km	13.536	- 3,9	- 2,6
Inland	Mio. n-t-km	3.357	- 9,5	- 5,0
Empfang	Mio. n-t-km	4.156	- 0,8	- 2,4
Versand	Mio. n-t-km	2.811	- 9,4	- 3,3
Transit	Mio. n-t-km	3.212	+ 4,0	+ 0,9
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	154.171	+ 1,4	- 2,9
Rohrleitungen (Erdöl und Erdgas)	1.000 t	73.667	+19,4	+ 3,1
Luffahrt	1.000 t	152	- 1,8	- 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ I. bis III. Quartal.

12.3.1 Investitionen in Transportkapazitäten gedämpft

Das österreichische Straßengüterverkehrsgewerbe investierte 2013 in Summe nur geringfügig mehr in neue Transportkapazitäten als 2012 (+1,4%), allerdings wurden aufgrund der strengeren Abgasnormen (EURO 6) deutlich mehr neue Zugmaschinen als im Jahr 2012 angeschafft.

12.3.2 Inlandsgüterverkehr auf der Schiene neuerlich gesunken

Überwiegend konjunkturbedingt ging das Volumen des Gütertransports auf der Schiene¹⁸⁾ in den ersten drei Quartalen des Jahres 2013 zurück (Tonnage -8,8%, Verkehrsleistung -3,9%). Im Transitverkehr expandierten hingegen Verkehrsaufkommen und -leistung sogar (+2,1% bzw. +4,0%). Im bilateralen Transport verringerte sich das beförderte Aufkommen um 12,2% (Empfang in Österreich) bzw. 12,0% (Versand aus Österreich; Leistung -0,8% bzw. -9,4%). Im Binnenverkehr wurden um 9,1% (Aufkommen) bzw. 9,5% (Leistung) weniger Güter transportiert. Das Angebot wurde hier ins-

¹⁷⁾ Berücksichtigt sind folgende Kraftstoffarten: Normalbenzin, Super Plus, Eurosuper nach Ö-Norm EN 228 mit beigemengtem biogenem Kraftstoff sowie Dieselmotorkraftstoff mit und ohne Beimengungen.

¹⁸⁾ Transporte der Unternehmen, die auf dem österreichischen Schienennetz aktiv sind.

besondere im Einzelwagenladungsverkehr in den letzten Jahren durch den Hauptbetreiber Rail Cargo Austria (RCA) konsolidiert.

Abbildung 19: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Asfinag.

Das Transportvolumen der Binnenschifffahrt erreichte 2013 ein ähnliches Niveau wie im Vorjahr: Die Tonnage sank um 0,8%, die Transportleistung im Inland (mit rund 1% ein sehr kleiner Teil der Gesamtnachfrage) erhöhte sich um 2,6%, jene im Versand ins Ausland um 7,1%. Der Güterverkehr in Rohrleitungen auf dem österreichischen Hoheitsgebiet wurde 2013 laut Statistik Austria deutlich gesteigert (Aufkommen +19,4% auf 74 Mio. t, Transportleistung +18,4% auf 17,8 Mio. t-km). Erdgas und Erdöl trugen in

etwa gleichem Maße dazu bei. Der größte Anteil der Transporte (mehr als 75%) von Erdgas wird im Transit zwischen den produzierenden Ländern Osteuropas und Italien bzw. Nordafrika sowie Deutschland abgewickelt, der Mineralöltransport vor allem zwischen den norditalienischen Häfen und Deutschland. Auf eine verstärkte heimische Nutzung der Energieträger kann aus dem deutlichen Anstieg des Transports nicht geschlossen werden.

Das Aufkommen an Luftfracht sank auf den österreichischen Flughäfen in den ersten drei Quartalen 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8%. Insgesamt wurden in dieser Periode 152.000 t Fracht umgeschlagen (-2.800 t). In den einzelnen Verkehrsbereichen divergierte die Entwicklung zwischen -3,0% im Inlandsverkehr (der strukturbedingt wenig zum Gesamtaufkommen beiträgt) und +11,2% im Transitverkehr.

12.4 Personenverkehr: Anhaltendes Wachstum im öffentlichen Personennahverkehr

Die großen städtischen Betreiber des öffentlichen Personennahverkehrs in Österreich¹⁹⁾ verzeichneten im Jahr 2013 ein geringes Wachstum der Fahrgastzahl (+0,2%). In Wien war die Nachfrage sogar leicht rückläufig (-0,7%), nachdem sie im Vorjahr aufgrund der neu eingeführten Tarifpolitik (Vergünstigung der Monats- und Jahreskarten) überdurchschnittlich gewachsen war.

Übersicht 42: Personenverkehr

		2013 Absolut	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2008/2013 Veränderung in %
Verkehrsbetriebe, insgesamt ¹⁾	Mio. Personen	1.155	+ 0,2	+ 2,2
Salzburger Verkehrsbetriebe ²⁾	Mio. Personen			
Innsbrucker Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	46	+ 6,6	+ 0,8
Linzner Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	103	+ 2,5	+ 1,9
Grazer Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	105	+ 3,4	+ 2,0
Wiener Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	900	- 0,7	+ 2,3
Luffahrt	1.000 Personen	26.334	- 1,0	+ 1,2

Q: Statistiken der städtischen Verkehrsbetriebe, regionale Flughäfen. – ¹⁾ Ohne Salzburg. – ²⁾ Aufgrund der Umstellung der Zählmethode nicht mehr verfügbar.

12.4.1 Stagnation der Passagierzahlen im Flugverkehr

Die österreichischen Flughäfen fertigten 2013 etwas weniger Passagiere als im Vorjahr ab (-1,0%). Der Rückgang betraf alle Flughäfen (abgesehen von Innsbruck: +5,4%), die Regionalflughäfen in Linz, Graz und Klagenfurt verzeichneten Einbußen bis -11%. Generell sind in Europa Regionalflughäfen und aufkommenschwache Verbindungen abseits der Zentren von den anhaltenden Konsolidierungsbemühungen der großen Fluglinien betroffen. Auch die Billigfluglinien tendieren inzwischen dazu, den Verkehr in der Fläche einzuschränken und vermehrt größere Flughäfen anzusteuern. Der Flughafen Wien, der gemessen am Passagieraufkommen zu den 20 größten europäischen Flughäfen gehört, war von diesem angespannten Marktumfeld im Luftverkehr ebenfalls betroffen, verzeichnete aber nur einen Rückgang der Passagierzahlen von 0,7%.

12.4.2 Pkw-Neuzulassungen deutlich unter Vorjahresniveau

Der europäische Pkw-Markt scheint vor einer Nachfragesättigung zu stehen, die von Überkapazitäten der Hersteller begleitet wird. In Österreich sank die Zahl der Pkw-Neuzulassungen 2013 das zweite Jahr in Folge (-5,1% auf 319.000, 2012: 336.000). Das Ergebnis 2013 entsprach aber noch dem langjährigen Durchschnitt (2004/2013: 318.000 Neuzulassungen). Die privaten Haushalte und Unternehmen lockerten ihre

¹⁹⁾ Stadtverkehr in Innsbruck, Graz, Linz und Wien; Fahrgastzahlen der ÖBB lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Kaufzurückhaltung erst im Dezember 2013 (+13,1%, EU +13,3%). In Österreich ist diese Entwicklung auch auf kurzfristige Kaufentscheidungen aufgrund eines Sondereffektes zurückzuführen (Vorziehkäufe wegen der Ankündigung einer Anhebung der Normverbrauchsabgabe im März 2014).

Übersicht 43: Neu- und Gebrauchtzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2013 Stück	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2008/2013 Veränderung in %
<i>Neuzulassungen</i>			
Pkw	319.035	- 5,1	+ 1,7
Bis 1.500 cm ³	130.116	- 4,1	+ 2,9
1.501 cm ³ und darüber	188.919	- 5,7	+ 1,0
Lkw	34.171	- 1,8	- 1,8
Bis 3.499 kg	31.086	- 2,4	- 1,3
3.500 bis 11.999 kg	1.750	+ 5,5	- 5,5
12.000 kg und darüber	1.335	+ 2,1	- 7,9
Anhänger	26.812	+ 0,0	+ 1,1
Bis 2.999 kg	21.190	- 0,3	+ 2,2
3.000 bis 6.999 kg	406	+ 3,6	+ 6,1
7.000 kg und darüber	5.216	+ 0,9	- 2,9
Sattelfahrzeuge	3.874	+ 18,0	+ 0,0
<i>Gebrauchtzulassungen</i>			
Pkw	823.417	+ 1,9	+ 2,2
Lkw	48.107	+ 1,1	+ 3,2

Q: Statistik Austria.

In der Kategorie der leistungsstarken Pkw (über 89 kW bzw. über 121 PS) wurden 2013 120.300 Pkw neu zugelassen; der Marktanteil dieser Kategorie lag bei 37,7% nach 35,5% im Vorjahr. Entgegen der Gesamtentwicklung überstiegen die Neuzulassungen das Vorjahresniveau um 0,9%. Schwach motorisierte Pkw (bis 67 kW) waren 2013 weniger gefragt (-9,9%). Ähnlich stieg die Neuzulassungszahl im Segment der Pkw mit einem Hubraum von mehr als 1.500 cm³ durchschnittlich (-5,8%, Marktanteil 59,0%) und sank in der Kategorie bis 1.500 cm³ deutlich (-9,6%, Marktanteil 35,2%). Gegen den Trend des Gesamtmarktes erhöhte sich die Nachfrage nach Pkw der untersten Hubraumklasse (bis 1.000 cm³) um gut die Hälfte (+54,3%); der Marktanteil dieser Fahrzeuge steigt allmählich, ist jedoch mit 5,6% nach wie vor gering.

Der Anteil der Diesel-Pkw an den Neuzulassungen nahm 2013 wieder leicht zu (auf 56,7%, 2012: 56,4%; Pkw mit Benzinmotor 42,1% bzw. 42,7%). Die Nachfrage nach Pkw mit alternativen Antriebsarten (Elektro-, Hybrid-, Gas-Motoren sowie deren Kombination mit konventionellen Kraftstoffmotoren) stieg um gut ein Viertel (+26,0%), wobei Elektrofahrzeuge (654 Pkw, +53,2%) und insbesondere Hybride (Benzin- und Elektroantrieb: 2.413 Pkw, +34,5%) die höchsten Wachstumsbeiträge lieferten. In Anbetracht der niedrigen Verkaufszahlen dieser Segmente kann von einer tiefgreifenden Ökologisierung der Fahrzeugflotte über die Wahl alternativer Antriebe noch nicht gesprochen werden. Die gewünschte Effizienzsteigerung im Kraftstoffverbrauch von Pkw und damit die Verringerung von Treibhausgasemissionen werden weiterhin vorrangig in der Herstellung der konventionellen Verbrennungsmotoren vorangetrieben: Insgesamt wurden im Jahr 2013 deutlich mehr Pkw mit einem CO₂-Ausstoß von weniger als 120 g je km zugelassen (120.000 Pkw, +16.500 oder +15,9%; 2012: 104.000), und der mittlere Ausstoß aller Neuzulassungen nahm gegenüber dem Vorjahr neuerlich ab (-3%). Die aktuell diskutierten EU-Vorgaben für das Jahr 2020 (Neufahrzeuge: höchstens 95 g CO₂ je km) erscheint allerdings noch weit entfernt; mittelfristig gewann der Markt für emissionsarme Elektro-Pkw wohl deutlich an Bedeutung.

Der Anteil der Tageszulassungen (26.200 Pkw) stieg 2013 auf 8,2% nach 7,7% im Jahr 2012. Die Zahl der Zulassungen von Gebrauchtpkw erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 1,9% auf 823.400.

Die Zahl der Pkw, die außer Verkehr bzw. Betrieb gesetzt wurden, war 2013 niedriger als im Vorjahr. Da zugleich die Neuzulassungen stiegen, war der österreichische Pkw-Bestand zum Stichtag 31. Dezember 2013 mit 4,64 Mio. Fahrzeugen um 1,7% höher als im Vorjahr. Mehr als 56% des Bestandes waren Dieselfahrzeuge. Fahrzeuge mit

umweltfreundlichen Motoren machten nach wie vor einen nur sehr kleinen Teil des Gesamtbestandes aus (16.500 Pkw, 0,4%).

12.5 Arbeitsmarkt des Sektors ebenfalls konjunkturbelastet

Die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt trübte sich 2013 allgemein ein (Arbeitslosigkeit +10,2%). Auch im Bereich Verkehr und Lagerei stieg die Arbeitslosigkeit um 9,1% auf über 14.000 Personen (zum Vergleich: Marktdienstleistungen +9,4%). Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stagnierte in den relevanten Branchen (Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt, Luftfahrt, Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr und Post-, Kurier- und Expressdienste) bei 182.000 (-0,3%). Damit entwickelte sich die Beschäftigung in diesem Sektor wie im Vorjahr ungünstiger als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (+0,5%).

Übersicht 44: Arbeitslosigkeit im Verkehrssektor

	2013 Absolut	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2008/2013 Veränderung in %
Arbeitslose insgesamt	287.207	+ 10,2	+ 6,2
Produzierender Bereich	62.067	+ 11,9	+ 5,1
Marktnahe Dienstleistungen ¹⁾	166.794	+ 9,4	+ 6,2
Verkehrssektor	14.333	+ 9,1	+ 5,4

Q: AMS. – ¹⁾ Marktnahe Dienstleistungen gemäß NACE H bis N und S.

Stefan Schönfelder (Stefan.Schoenfelder@wifo.ac.at)

Statistik: Michael Weingaertler (Michael.Weingaertler@wifo.ac.at)

13. Landwirtschaft leidet 2013 unter Wetterbedingungen

Die Produktion der Landwirtschaft war 2013 geprägt von einem Zusammentreffen widriger Wetterbedingungen. Zunächst dauerte der Winter länger als üblich, sodass sich der Anbau und die Produktion frühreifender Kulturen verzögerten. Im beginnenden Sommer, der einem ungewöhnlich warmen Frühling folgte, zogen starke Niederschläge mit Hagel und lokalem Hochwasser landwirtschaftliche Kulturen in Mitteleuropa. Die lange niederschlagsarme Periode im Sommer hatte in einzelnen Regionen massive Dürreschäden zur Folge. Die wetterbedingten Schäden erreichten 2013 einen Wert von 240 Mio. €. Ein Teil davon wurde aus Mitteln des Katastrophenfonds kompensiert. Die Auszahlung erfolgte 2014, wird jedoch in der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung im Jahr 2013 berücksichtigt.

Aufgrund außergewöhnlicher Wettereinflüsse nahm die landwirtschaftliche Produktionsmenge 2013 gegenüber 2012 ab. Da auch der Wert je Mengeneinheit geringer als im Vorjahr war, fiel der Produktionswert ebenfalls niedriger aus. Zwar stiegen die Kosten der Vorleistungen nur mäßig, wegen der deutlichen höheren Abschreibungen verringerte sich die Nettowertschöpfung aber deutlich. Ein Teil der wetterbedingten Schäden von etwa 240 Mio. € wurde durch Leistungen aus dem Katastrophenfonds abgedeckt. Dennoch sanken die Faktoreinkommen je Arbeitskraft in der Landwirtschaft gemäß den Ergebnissen der zweiten Vorausschätzung der LGR für 2013 von Statistik Austria um 7%. Im Vorjahr waren die realen Einkommen ebenfalls um 7,1% zurückgegangen.

13.1 Hochwasser und Dürre mindern Pflanzenproduktion

Tierproduktion, landwirtschaftliche Dienstleistungen und nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten (z. B. Urlaub auf dem Bauernhof) waren jene Komponenten der Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiches, deren Produktion gegenüber 2012 ausgeweitet wurde. In der Tierproduktion war die Produktionsmenge nahezu unverändert. Die Preise entwickelten sich jedoch günstig, der Produktionswert stieg 2013 um 3,6%. Tierische Erzeugnisse (Milch, Eier) konnten zu deutlich höheren Preisen abgesetzt werden als im Vorjahr, während die Preise von Nutz- und Schlachtvieh stagnierten. Gemessen am Produktionswert des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiches erhöhte sich der Anteil der Tierproduktion von 46% im Jahr 2012 auf 49%.

Die ungünstigen Wetterbedingungen trafen vor allem die Getreideproduktion und hier besonders die Maisezeugung. Während das übrige Getreide von den starken Niederschlägen im Mai profitierte, sank das Produktionsvolumen von Mais vor allem wegen der langen Trockenperiode im Sommer um 30%. Große Flächen konnten deshalb nicht als Körnermais genutzt werden, sondern wurden zur Silomaisproduktion herangezogen. Insgesamt fiel das Produktionsvolumen von Getreide um 6% nied-

riger aus als 2012. Zudem brachen die Preise um 22% ein, sodass letztlich ein Produktionsrückgang von 27% zu verzeichnen war. Auch für Ölsaaten wurde 2013 deutlich weniger gezahlt als im Jahr zuvor, die Produktionsmenge blieb jedoch nahezu unverändert.

Gesteigert wurde 2013 nur die Produktion von Obst und Erdäpfeln. Der Zuwachs der Obsterzeugung war vor allem auf Mengensteigerungen zurückzuführen, im Fall der Erdäpfel waren starke Preissteigerungen bestimmend, während die produzierte Menge neuerlich abnahm.

13.2 Einkommenseinbußen durch Rückgang der Produkterlöse und hohe Abschreibungen

Die Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiches, also der Produktionswert betrug im Jahr 2013 etwas mehr als 7 Mrd. € und war damit um nahezu 200 Mio. € niedriger als 2012. Der Wert der Vorleistungen war mit 4,2 Mrd. € 2013 nahezu gleich hoch wie im Jahr zuvor, die Abschreibungen dagegen um 2,9% höher. Dies ist auf die erhebliche Ausweitung der Investitionen im Gefolge des Anstieges der Agrarpreise seit 2007 zurückzuführen. Die Nettowertschöpfung nahm folglich merklich ab und betrug 2013 nur knapp über 1 Mrd. €. Die Zunahme der Subventionen machte einen Teil der Verluste wett, das Faktoreinkommen nahm jedoch gegenüber dem Vorjahr um 6,5% ab. Die Ausweitung der Subventionen ist nicht auf Änderungen der Agrarpolitik zurückzuführen, sondern spiegelt die Notmaßnahmen zur Entschädigung von Dürreopfern wider. 2013 fiel die Befreiung von der Mineralölsteuer für landwirtschaftliche Fahrzeuge weg.

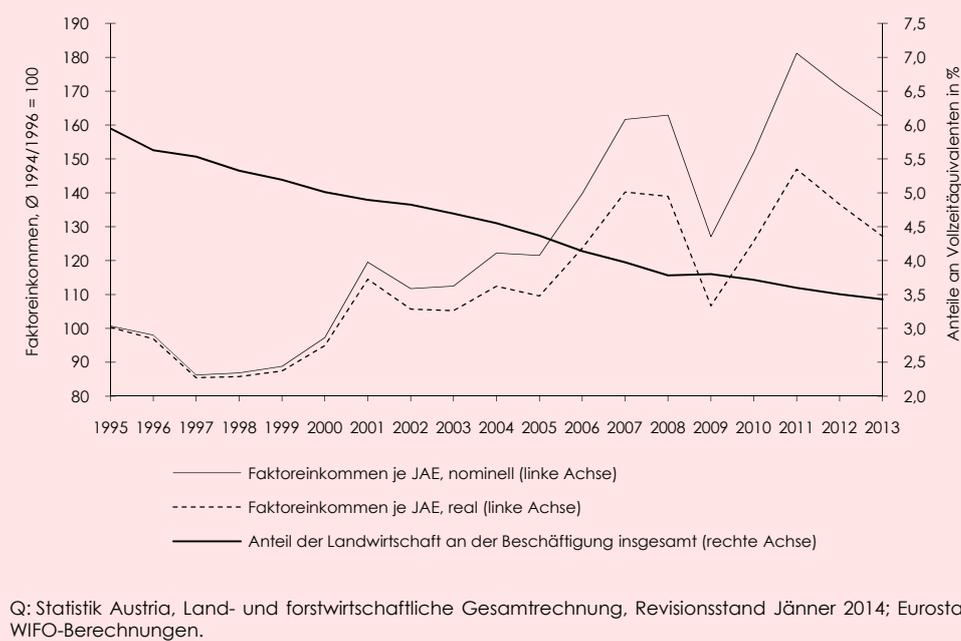
Übersicht 45: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	2012	Wert 2013 Mio. €	2013 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2013 Index 2012 = 100	Preise 2013
<i>Zu Erzeugerpreisen</i>					
Pflanzenbau ¹⁾	3.233	2.931	- 9,3	95,9	93,7
+ Tierproduktion	3.308	3.428	+ 3,6	99,0	103,7
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.541	6.359	- 2,8	97,5	98,9
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	294	295	+ 0,5	97,5	103,1
= Landwirtschaftliche Erzeugung	6.835	6.655	- 2,6	97,5	99,0
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	359	368	+ 2,5	99,1	102,8
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	7.194	7.023	- 2,4	97,5	99,2
<i>Zu Herstellungspreisen</i>					
Pflanzenbau	3.227	2.926	- 9,3	95,9	93,7
+ Tierproduktion	3.359	3.486	+ 3,8	98,9	104,0
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.586	6.412	- 2,6	97,4	99,0
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	294	295	+ 0,5	97,5	103,1
= Landwirtschaftliche Erzeugung	6.880	6.707	- 2,5	97,4	99,2
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	359	368	+ 2,5	99,1	102,8
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	7.239	7.075	- 2,3	97,5	99,4
- Vorleistungen insgesamt ¹⁾	4.241	4.265	+ 0,6	98,6	101,6
= Bruttowertschöpfung	2.998	2.810	- 6,3	96,0	96,2
- Abschreibungen	1.733	1.783	+ 2,9	101,2	101,6
= Nettowertschöpfung	1.265	1.026	- 18,8	88,9	87,8
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.312	1.381	+ 5,3		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.576	2.408	- 6,5		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE ²⁾	1.000 €	20,52	19,47	- 5,1	

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 2013, Stand Jänner 2014. – ¹⁾ Einschließlich innerbetrieblich erzeugter und verbrauchter Futtermittel. – ²⁾ Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nichtentlohnt).

Real sank das Faktoreinkommen gegenüber dem Jahr 2012 um 8,3%. Wie in den Jahren zuvor nahm die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Landwirtschaft 2013 zu. Der "entlohnte Arbeitseinsatz" stieg um 2,7% auf knapp unter 18.000 Vollzeitäquivalente. Das Arbeitsvolumen der selbständig Erwerbstätigen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,2%. Insgesamt sank die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (in Vollzeitäquivalenten) um 1,5%.

Abbildung 20: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Der Rückgang der Beschäftigung dämpft den Schwund des Faktoreinkommens je Arbeitskraft. Je Arbeitskraft verringerte sich das reale Faktoreinkommen folglich um 7%. Dies war der zweite Rückgang in Folge. 2013 erreichte das reale Faktoreinkommen je Arbeitskraft das Niveau von 2010 und 2006 und entsprach damit dem langjährigen Durchschnitt 2003/2013.

13.3 Dynamischer Agrarhandel – hoher Export von Getränken und Milchprodukten

Seit Österreichs EU-Beitritt wurde der Handel mit Agrargütern beständig ausgeweitet. Entgegen den Befürchtungen konnte sich die österreichische Agrar- und Lebensmittelwirtschaft auf dem Gemeinsamen Markt durchaus behaupten. Vor allem im Bereich von Milch und Milchprodukten stehen den zunehmenden Importen hohe Exporte gegenüber, der Exportüberschuss von etwas mehr als 400 Mio. € bestätigt die Wettbewerbsfähigkeit der Milchproduktion und Molkereiwirtschaft. Auch in der Fleischverarbeitung ist der Exportanteil bedeutend. Am höchsten ist der Exportüberschuss aber im Außenhandel mit Getränken. Auf diese Position entfallen mehr als 18% der Exporte von Agrargütern. Die wichtigsten Positionen der Agrarimporte sind traditionell Fleisch und Fleischwaren, Früchte, Milch und Milcherzeugnisse, Kaffee und pflanzliche Öle sowie andere Waren pflanzlichen Ursprungs. Laut der Statistik der Kombinierten Nomenklatur wurden 2013 die Exporte leicht gegenüber den Importen ausgeweitet. Der Wert der Agrarexporte, der vor allem verarbeitete Produkte umfasst, überstieg den Wert der von der österreichischen Landwirtschaft erzeugten Agrargüter um etwa 150%.

13.4 Produktionsmenge an Agrargütern in der EU 28 leicht ausgeweitet

Österreich gehört mit Deutschland, Frankreich, Estland und Kroatien zu einer Gruppe von Ländern, in denen die landwirtschaftlichen Einkommen 2013 deutlich geringer ausfielen als im Jahr 2012. Die Niederlande, Spanien und Rumänien verzeichneten hingegen Einkommenszuwächse von mehr als 10%. In der EU insgesamt nahmen die Einkommen in der Landwirtschaft gegenüber 2012 um 1,3% ab. Der Produktionswert landwirtschaftlicher Güter war in der EU nahezu unverändert. Ein geringfügiger Produktionszuwachs in der Tierproduktion (+1,5%) stand einem leichten Produktionsrückgang im Pflanzenbau gegenüber (-1,1%). Diese Abnahme war vor allem auf einen Preisverfall zurückzuführen, da die Produktionsmenge insgesamt um fast 3% gesteigert wurde. Tierhalter profitierten von einem mäßigen Anstieg der Preise (+1,6%),

die erzeugte Menge blieb jedoch weitgehend unverändert. Wie in Österreich verteuerten sich Vorleistungsprodukte in der EU insgesamt 2013 kaum (+0,8%).

Übersicht 46: Agraraußenhandel 2013

Kombinierte Nomenklatur (KNO)

Position	Export	Import	Insgesamt	Saldo	EU 28
	Anteile in %			EU 15	
				Mio. €	
01 Lebende Tiere	1,4	2,4	- 114,4	- 24,3	- 144,6
02 Fleisch und Fleischwaren	11,5	8,3	219,8	- 19,9	91,6
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,2	2,1	- 201,6	- 121,2	- 142,3
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	12,1	7,1	401,3	177,3	212,0
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,6	0,9	- 30,8	- 2,4	4,2
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,4	3,2	- 300,3	- 301,7	- 293,6
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,4	4,6	- 351,4	- 322,3	- 313,5
08 Früchte	2,3	7,8	- 602,6	- 270,7	- 274,5
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	1,5	4,1	- 290,9	- 172,2	- 136,9
10 Getreide	4,1	4,3	- 68,1	133,2	- 97,4
11 Müllereierzeugnisse	1,7	1,0	56,1	13,3	44,8
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	2,6	3,6	- 130,1	31,5	- 129,0
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	- 32,6	- 20,2	- 19,0
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	- 2,3	- 1,7	- 1,5
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	2,9	4,1	- 231,8	- 125,5	- 165,8
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	4,1	3,7	- 7,5	25,5	10,5
17 Zucker und Zuckerwaren	2,4	2,7	- 33,9	- 67,2	- 95,3
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,3	4,5	- 73,0	- 159,1	- 91,1
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	8,6	7,7	- 21,9	- 121,5	- 61,6
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,4	6,5	- 140,5	41,9	12,5
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	6,8	6,8	- 21,1	- 285,9	- 221,5
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	18,5	5,8	1.282,6	209,9	293,9
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	6,1	6,1	- 76,7	- 48,8	32,1
24 Tabak und Tabakwaren	0,0	2,5	- 382,5	- 106,0	- 263,2
			Mio. €		
Agrarhandel insgesamt laut KNO	9.472,4	10.494,4	- 1.022,0	- 1.538,1	- 1.749,0
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	9.413,5	10.635,5	- 1.222,1	- 1.543,3	- 1.758,5
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Agrarhandel insgesamt laut KNO ²⁾	+ 3,7	+ 3,3	+ 0,3	- 4,1	- 1,6
Agrarhandel insgesamt laut SITC ¹⁾	+ 4,0	+ 3,9	- 2,8	+ 0,5	+ 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank. 2013: vorläufige Werte. – ¹⁾ Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des jeweiligen Aggregationsverfahrens (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4) und der zunehmenden Zahl von Positionen mit Geheimhaltung in der KNO-Außenhandelsdatenbank voneinander ab. – ²⁾ Positives Vorzeichen: Rückgang des Importüberschusses.

13.5 Forstwirtschaft profitiert 2013 von Preisanstieg

Für den Holzeinschlag im Jahr 2013 lagen bei Redaktionsschluss noch keine Daten vor. Die Notierungen für Nadelsägerundholz ziehen seit dem II. Quartal 2009 kontinuierlich an. Die Verteuerung ließ 2013 zwar gegenüber 2010/11 deutlich nach, war mit durchschnittlich 3,5% jedoch höher als im Jahr 2012. Auch Nadelschleifholz kostete im Jahresdurchschnitt 2013 mehr als im Vorjahr: Auf einen Rückgang im I. und II. Quartal folgte in der zweiten Jahreshälfte ein Anstieg.

Ergebnisse zur Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (FGR) werden traditionell mit einer Verzögerung von einem Jahr publiziert. Daher liegen die Auswertungen für 2013 noch nicht vor. Im Jahr 2012 betrug der Produktionswert knapp 1,7 Mrd. € und war damit etwas geringer als im Jahr zuvor. Forstwirtschaftliche Dienstleistungen trugen 228 Mio. € zum Produktionswert bei; der weitaus größere Anteil entfiel aber mit 1,4 Mrd. € auf forstwirtschaftliche Güter.

Die Nettowertschöpfung der Forstwirtschaft war 2012 mit 0,96 Mrd. € um 4,4% niedriger als im Jahr 2011 (gut 1 Mrd. €). Subventionen und Produktionsabgaben halten

einander in der Forstwirtschaft nahezu die Waage. Das Faktoreinkommen betrug 959 Mio. € (-4,5% gegenüber 2011). Zur Herstellung einer Nettowertschöpfung von nahezu demselben Niveau wie die Landwirtschaft setzt die österreichische Forstwirtschaft deutlich weniger Ressourcen wie Kapital und Arbeitskräfte ein.

Übersicht 47: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2011	2012	2013	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.675	1.660	1.691	+ 1,9
Gütersubventionen	146	143	94	- 33,9
Pflanzenbau ¹⁾	5	0	0	-
Tierprämien	94	95	94	- 0,4
Sonstiges ²⁾	47	48	0	- 100,0
Sonstige Subventionen	1.529	1.517	1.597	+ 5,3
Zahlungsansprüche ³⁾	631	626	626	+ 0,0
Agrarumwelförderung	574	567	556	- 1,9
Ausgleichszulage	267	263	260	- 1,2
Andere	56	61	155	+ 154,6
Steuern und Abgaben	234	255	258	+ 1,1
Gütersteuern	55	50	42	- 15,5
Sonstige Produktionsabgaben	179	205	215	+ 5,2

Q: Statistik Austria, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 2013, Stand Jänner 2014. – ¹⁾ Nach dem Auslaufen der an die Produktion gekoppelten Prämien an Produzenten von Stärkekartoffeln 2011 keine weiteren Gütersubventionen. – ²⁾ Von 2005 bis 2012 Mineralölsteuerrückvergütung für Agrardieseltreibstoff. – ³⁾ Die handelbaren Zahlungsansprüche werden häufig auch als "Einheitliche Betriebsprämie" bezeichnet. Sie wurden bis 2004 unter anderen agrarpolitischen Bedingungen als Gütersubventionen gewährt.

Franz Sinabell (Franz.Sinabell@wifo.ac.at)

Statistik: Dietmar Weinberger (Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at)